

Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland –
ein erster Überblick



Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland –
ein erster Überblick

Autoren

David Schiefer
Jolanda van der Noll
Jan Delhey
Klaus Boehnke

Jacobs University Bremen

mit einer Einleitung von
Stephan Vopel und Kai Unzicker

Bertelsmann Stiftung

Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	8
1. Kohäsionsforschung	12
1.1 Relevanz	12
1.2 Akademische und gesellschaftspolitische Diskurse	13
1.2.1 Der akademische Diskurs	13
1.2.2 Der Policy-Diskurs	14
2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt	16
2.1 Definitionen	16
2.2 Dimensionen und Messindikatoren	18
2.3 Eigener Vorschlag: Definition und relevante Dimensionen	21
2.4. Schattenseite von Zusammenhalt	24
3. Stand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland	26
3.1 Soziale Beziehungen	27
3.1.1 Soziale Vernetzung	27
3.1.2 Partizipation	31
3.1.3 Vertrauen	36
3.1.4 Akzeptanz von Diversität	39
3.2 Verbundenheit	46
3.2.1 Identifikation und Zugehörigkeitsgefühl	46
3.3 Gemeinwohlorientierung	54
3.3.1 Gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein und Solidarität	54
3.3.2 Anerkennung sozialer Ordnung	60
3.4 Zusammenfassende Bewertung	67
Glossar der Umfrageprogramme	71
Literatur	74
Impressum	86



Vorwort

Eine Zeit gravierender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche geht immer auch mit einem Wertewandel einher und birgt die Gefahr zunehmender Orientierungslosigkeit. Viele Menschen befürchten, dass im Prozess der Modernisierung der Sinn für Zusammenhalt in der Gesellschaft schwindet. Manche von ihnen sehnen sich nach einer Vergangenheit, in der das gemeinschaftliche Miteinander scheinbar menschlicher, stabiler, herzlicher und moralischer gewesen sein soll. Mal werden das Scheitern des Bildungssystems, die Anonymität der Großstädte, die Medien oder die Erosion der Kleinfamilie, mal die Krise der Sozialsysteme, die wachsende Ungleichheit, zunehmende Einwanderung oder die Individualisierung der Lebensstile als Ursache für schwindenden Zusammenhalt identifiziert. Jüngst kommen die Globalisierung oder neue Kommunikationstechnologien als auseinandertreibende Kräfte ins Spiel.

Es ist offensichtlich, dass die westlichen Gesellschaften sich verändert haben: Sie sind vielfältiger und mobiler geworden. Ob dabei aber tatsächlich der gesellschaftliche Zusammenhalt abgenommen oder sich nur in seiner Struktur verändert hat, ist eine offene Frage. Genauso ungeklärt ist, welche Folgen ein sich verändernder Zusammenhalt für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen hat. Welche Bevölkerungsgruppen leiden unter möglicherweise schwächer werdenden Bindungen und für welche liegen darin neue Freiheiten und Lebenschancen?

Alle westlichen Gesellschaften haben in den letzten Jahrzehnten große Veränderungen erlebt und stehen vor entscheidenden Herausforderungen für die Zukunft: Demographischer Wandel und Umbau der Sozialsysteme, Wirtschafts- und Finanzkrisen, Einwanderung und Integration, Globalisierung und internationaler Wettbewerb. Die Frage lautet, wie es Gesellschaften gelingen kann, in Zeiten von Krisen, raschen sozialen Veränderungen und zunehmender sozialer Spaltung das notwendige Maß an gemeinsamer Identität, Solidarität, Vertrauen und Partizipation sicherzustellen.

In heterogenen Gesellschaften ist Zusammenhalt immer auch der Zusammenhalt von unterschiedlichen Menschen. Die Fähigkeit, mit Unterschiedlichkeit – z.B. bezüglich Religion, Werten oder Lebensstil – umzugehen, ist die wichtigste Voraussetzung für gelingendes Zusammenleben. Zusammenhalt kann nicht mehr allein auf Ähnlichkeit und Konformität beruhen, sondern muss in einer offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft den Respekt fördern, Unterschiede anerkennen, Freiheiten erlauben und persönliche wie kulturelle Entwicklung ermöglichen. Die Herausforderung besteht darin, zugleich die Teilhabe an einer gerechten Gesellschaft und die Bindung zu Mitmenschen zu erhalten.

Die Bertelsmann Stiftung will mit ihrem Programm „Lebendige Werte“ einen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland leisten. Dabei stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir richten unser Augenmerk darauf, wie mit Vielfalt umgegangen wird, welche neuen Bindungskräfte entstehen und welche klassischen Bindungen erhalten bleiben. Von besonderem Interesse sind für uns dabei die Werte, an denen

Menschen im Alltag ihr Leben ausrichten und die ihr Verhalten prägen. Wir prüfen, welche Wertorientierungen dem Zusammenleben in einer offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft zuträglich sind, den Zusammenhalt stärken und dazu beitragen, als Gesellschaft zukunftsfähig zu sein.

Der vorliegende Band ist ein erster Schritt zur Beantwortung dieser Fragen. Er liefert einen Überblick über die vorhandenen Studien und Datensätze zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Autoren nehmen dabei nicht nur Deutschland in den Blick, sondern bieten uns eine international vergleichende Perspektive.

Diese Bestandsaufnahme ist für uns zugleich der Ausgangspunkt für ein ambitioniertes Vorhaben. Wir wollen in einem nächsten Schritt durch die Entwicklung eines neuartigen Instruments zur Berichterstattung den aktuellen Zustand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und anderen Staaten präzise erfassen und mögliche Entwicklungsrichtungen vorhersagen. So können Risiken abgeschätzt, Krisenpotentiale frühzeitig erkannt und Lösungen erarbeitet werden, um unsere Welt ein Stück weit menschlicher, sozialer, gerechter und friedlicher zu gestalten.



Liz Mohn

Liz Mohn

stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes
der Bertelsmann Stiftung



Einleitung

von Kai Unzicker und Stephan Vopel

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein schillernder Begriff, der positive Assoziationen auslöst. Nicht ohne Grund ist er in den letzten Jahrzehnten zu einer wichtigen politischen und gesellschaftlichen Zielgröße geworden.

Zum einen wurde gesellschaftlicher Zusammenhalt als notwendiger Aspekt einer zukunftsfähigen und lebenswerten Gesellschaft erkannt und ist beispielsweise neben Generationengerechtigkeit, Lebensqualität und internationaler Verantwortung vierter Bestandteil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (*Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategien für eine nachhaltige Entwicklung*). Ebenso ist sozialer Zusammenhalt (bzw. Inklusion und Kohäsion) ein Gegenstand der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft*. In dieser Hinsicht wird gesellschaftlicher Zusammenhalt inzwischen in zahlreichen Ländern (z.B. Kanada, USA, Australien, Neuseeland) und von unterschiedlichen internationalen Organisationen (z.B. OECD, Weltbank, Europarat) als Indikator für Wohlstand und Lebensqualität erfasst und analysiert.

Zum anderen zeigen Umfragen, dass in der Bevölkerung mehrheitlich die Wahrnehmung existiert, der Zusammenhalt würde schwinden oder sei gefährdet. 2011 stimmten 74 Prozent der Befragten in einer repräsentativen Befragung der Aussage zu „Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander“ und in derselben Befragung waren mehr als die Hälfte der Meinung „Der Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet“ (Zick & Küpper 2012).

Trotz der Konjunktur des Themas gesellschaftlicher Zusammenhalt liegen bislang weder eine einheitliche Definition noch ein allgemein akzeptiertes Set an Indikatoren vor. Politische Akteure, sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf internationaler Ebene verfolgen unterschiedliche Ansätze und konkurrierende wissenschaftliche Konzepte. Dies erschwert es, verbindliche Aussagen über den Zustand und die Entwicklungen gesellschaftlichen Zusammenhalts zu treffen und die Entwicklungen in einzelnen Ländern sinnvoll miteinander zu vergleichen.

Anders ausgedrückt: Alle reden vom gesellschaftlichen Zusammenhalt; jeder meint aber etwas anderes damit, und kaum einer kann wirklich sagen, wie es darum beschaffen ist.

Trotz der Diskrepanz der unterschiedlichen Ansätze ist die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts fraglos eine der entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit: rascher wirtschaftlicher Strukturwandel, wachsende Mobilität, zunehmende gesellschaftliche Diversität bergen die Gefahren von Exklusion einzelner Bevölkerungsteile, Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppen, schwindender Solidarität und Legitimationsverlust politischer Institutionen.

Was bedeutet schwindender Zusammenhalt für jene, die auf ein engmaschiges informelles Solidaritätsnetzwerk angewiesen sind? Für die, die Hilfe und Unterstützung brauchen? Und was bedeutet es für das soziale Klima und die Art und Weise des Umgangs miteinander? Diese Fragen sind bislang ungeklärt.

Über die Studie

Die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von David Schiefer, Jolanda van der Noll, Jan Delhey und Klaus Boehnke durchgeführte und jetzt vorliegende Studie *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland* ist ein erster Schritt auf dem Weg, diese und weitere Fragen zu beantworten. Die Autoren liefern einen Überblick über die unterschiedlichen Konzepte und Ansätze und definieren und operationalisieren gesellschaftlichen Zusammenhalt so, dass es möglich ist, ihn zu messen und international zu vergleichen.

Gemäß ihrer Definition ist gesellschaftlicher Zusammenhalt ein beschreibendes und graduelles Merkmal von Gesellschaften mit drei Dimensionen:

- Soziale Beziehungen,
- Verbundenheit und
- Gemeinwohlorientierung.

Die Dimension soziale Beziehungen umfasst soziale Netzwerke, Partizipation, Vertrauen und die Akzeptanz von Diversität. Verbundenheit wiederum wird bestimmt durch Gefühle der Zugehörigkeit und Identifikation. Die Dimension Gemeinwohlorientierung enthält die Bestandteile gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein, Solidarität, und die Anerkennung sozialer Ordnung.

Definiert man gesellschaftlichen Zusammenhalt auf diese Weise, schließt man gleichzeitig Aspekte wie Gleichheit, Lebensqualität oder geteilte Werte aus. Diese Elemente, die häufig mit Zusammenhalt gleichgesetzt werden, sind hier wichtige Einflussfaktoren. Dass heißt beispielsweise, das Ausmaß von Gleichheit ist selbst kein Merkmal von gesellschaftlichem Zusammenhalt, beeinflusst aber die Qualität der sozialen Beziehungen, das Gefühl der Zugehörigkeit und die gelebte Solidarität stark und nachhaltig.

Die Autoren haben für diese Studie zahlreiche wissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgewertet, mit dem Ziel, eine erste Bestandsaufnahme zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu erstellen. Sie berichten für die einzelnen Dimensionen den aktuellen Stand und die zeitliche Entwicklung des Zusammenhalts, gehen auf Unterschiede innerhalb Deutschlands ein und liefern Vergleiche mit anderen Ländern.

Das Ergebnis dieser Sichtung ist ambivalent: Zwar lassen sich auf den ersten Blick keine dramatischen Einbrüche beim gesellschaftlichen Zusammenhalt aufzeigen, jedoch ist das Niveau im internationalen Vergleich eher im Mittelfeld. Ebenso gibt es strukturelle und qualitative Veränderungen in einigen Bereichen, deren Einfluss noch ungeklärt ist: beispielsweise verändert sich zwar die Anzahl der sozialen Beziehungen kaum, jedoch ihre Qualität erscheint flüchtiger, obere sozio-ökonomische Schichten schneiden bei zahlreichen Indikatoren deutlich erfolgreicher ab, Ost-West-Unterschiede existieren weiterhin und das Vertrauen in Institutionen sinkt zusehends. Gleichzeitig ist ungeklärt, ob jede Form von Zusammenhalt in jedem Fall erfreuliche und förderliche Auswirkungen hat. Man denke hier nur an die starke Identifikation mit einer rassistischen Gruppe oder die engen sozialen Beziehungen innerhalb einer fundamentalistischen Sekte. Es gibt somit auch Formen von Zusammenhalt, die einer offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft abträglich sind und die Zukunftsfähigkeit in einer globalisierten Welt gefährden können.

Wie ist Zusammenhalt in einer vielfältigen, demokratischen und offenen Gesellschaft möglich? Welche Werte und Grundhaltungen sind dafür nötig? Wie muss der Zusammenhalt beschaffen sein, damit eine Gesellschaft zukunftsfähig, innovativ und lebendig sein kann?

Dies ist der alte – aber keineswegs veraltete – Gegensatz von Freiheit und Bindung. Moderne Gesellschaften bedürfen eines ausgewogenen gesellschaftlichen Zusammenhalts: weder vollständige Konformität, noch umfassende Bindungslosigkeit. Nur so ermöglichen sie eine erfüllende menschliche und gesellschaftliche Entwicklung. Freie, offene und vielfältige Gesellschaften müssen Vielfalt zulassen, individuelle Potentialentfaltung und Teilhabe ermöglichen und gleichzeitig den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen.

Gliederung

Die Studie *gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland* gliedert sich in drei Hauptteile. Teil 1 *Kohäsionsforschung* stellt die aktuelle Relevanz des Themas dar und beschreibt sowohl den internationalen akademischen als auch den gesellschaftspolitischen Diskurs. Teil 2 *Gesellschaftlicher Zusammenhalt* diskutiert unterschiedliche Möglichkeiten, Zusammenhalt zu definieren, und schlägt Messindikatoren vor. Außerdem thematisiert er die Schattenseiten von Zusammenhalt. Die empirischen Ergebnisse, die die Autoren aus zahlreichen Studien und Datensätzen zusammengetragen haben, finden sich in Teil 3 *Stand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland*. Hier werden die Ausprägungen von Zusammenhalt mit Blick auf die drei Dimensionen Soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung referiert und kommentiert. Am Ende findet sich eine zusammenfassende Bewertung.

Blick nach vorn

Dieser erste Überblick über die Konzepte, Forschungen und Datensätze zum Thema zeigt, wie viele unbeantwortete Fragen es noch gibt und wie bedeutsam das Thema in den nächsten Jahren wird – denn die Vielfalt nimmt zu und die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse beschleunigen sich.

Methodisch besteht ein großer Bedarf nach standardisierten Messverfahren und internationalen Vergleichen. Hinzu kommt die Notwendigkeit, subjektive Umfragedaten mit objektiven Strukturdaten zu kombinieren. Außerdem ist zu klären, auf welcher Ebene gesellschaftlicher Zusammenhalt tatsächlich gemessen werden sollte: im persönlichen Nahbereich (Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft), mit Bezug auf abstraktere Größen (Vertrauen in Institutionen) oder auf der Ebene von Nationalstaaten oder darüber hinaus (z.B. Europa).

Das Ziel der Bertelsmann Stiftung ist es, ausgehend von dieser explorativen Vorstudie, ein Instrument zu entwickeln, das erstens gesellschaftlichen Zusammenhalt sowohl im internationalen Vergleich als auch differenziert innerhalb Deutschlands misst, zweitens in der Lage ist, Ursachen und Folgen von Veränderungen des Zusammenhalts systematisch zu analysieren, insbesondere mit Blick auf Wertorientierungen und Lebensqualität, und schließlich drittens über das Potential verfügt, Risiken zu identifizieren und Entwicklungen zu extrapolieren.

Stephan Vopel

Director

Programm Lebendige Werte

Kai Unzicker

Project Manager

Programm Lebendige Werte



1. Kohäsionsforschung

Ganz gleich welche Gründe ins Zentrum gerückt werden: Interessant ist die Beobachtung, dass unisono von einer Schwächung des sozialen Zusammenhalts ausgegangen wird. Dies ist bisher eine nicht hinterfragte Ausgangsthese. Hieraus ergibt sich unmittelbar die Relevanz einer systematischen Sozialberichterstattung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: Stimmt die Generalthese der schwindenden Kohäsion für Deutschland? Und wenn ja, welche Kräfte treiben die Gesellschaft auseinander?

1.1 Relevanz¹

In den letzten 20 Jahren hat das Thema ‚gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ sowohl im akademischen als auch im politischen Diskurs eine beachtliche Belebung erfahren (Beauvais & Jenson, 2002; Chan, To & Chan, 2006; Chiesi, 2004; Hulse & Stone, 2007; Jaschke, 2009; Jenson, 1998; 2010). Dies hat verschiedene Gründe, deren gemeinsame Grundlage die Wahrnehmung von Warnsignalen ist, die auf einen schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt hindeuten. Der Europarat (2005, S. 31) umschreibt dies mit ‚Negativ-Ansatz‘ (vgl. auch Jenson, 1998, S. 3). Am häufigsten wird in den Diskursen auf den Prozess der Globalisierung und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen Bezug genommen. Kritisch diskutiert wird dabei die Wirkung auf Armut, soziale Spaltung und Exklusion sowie die Beobachtung schwindender lokaler Identifikation und zunehmenden Individualismus (Chan et al., 2006; Chiesi, 2004; Hulse & Stone, 2007; Jenson, 2010; Mitchell, 2000; Jeannotte et al., 2002). Ein weiterer Forschungs- und Diskussionsstrang verweist auf die Wirkung globaler Migrationsbewegungen und wachsender ethno-kultureller Diversität auf nationalen Zusammenhalt (Beauvais & Jenson, 2002; Chan et al., 2006; Cheong, Edwards, Goulbourne & Solomos, 2007; House of Commons, 2008; Hulse & Stone, 2007; Niessen, 2000; Putnam, 2000). In einigen Ländern wurde die Beschäftigung mit gesellschaftlichem Zusammenhalt durch schwere soziale Konflikte und ethnische Spannungen ausgelöst, so zum Beispiel in Großbritannien (siehe Cheong et al., 2007; House of Commons, 2004; 2008; Hulse & Stone, 2007). Ebenfalls debattiert werden die Entwicklung computergestützter Kommunikation und ihre Auswirkungen auf soziale Beziehungen (Beauvais & Jenson, 2002; Ferlander & Timms, 1999; Rheingold, 2000). In Europa ist die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts auch im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union auf die politische Agenda gelangt. Drängende ‚Tagesordnungspunkte‘ sind hier das Aufbrechen nationaler Einheiten und Identifikationen sowie die Integration unterschiedlicher nationaler Wohlfahrtssysteme (Chan et al., 2006; Hulse & Stone, 2007; Hunt, 2005; Witte, 2004). Oft geht es hierbei allerdings um den europäischen Zusammenhalt im Singular, d.h. um die Kohäsion Europas als Staatengemeinschaft (Delhey, 2004).

¹ Wir möchten uns an dieser Stelle bei Theresa Geyer für ihre engagierte und umfangreiche Unterstützung bedanken.

1.2 Akademische und gesellschaftspolitische Diskurse

In der Debatte über gesellschaftlichen Zusammenhalt lassen sich zwei voneinander unterscheidbare, doch oft überlappende Diskurse ausmachen (vgl. Chan et al., 2006): der akademische und der gesellschaftspolitische (Policy-)Diskurs. Während der akademische Diskurs eher konzeptuell-erörternd und punktuell empirisch-testend vorgeht, ist der Policy-Diskurs eher an der spezifischen gesellschaftspolitischen Agenda orientiert und zielt auf die Beschreibung des Status Quo und mögliche Intervention ab.

1.2.1 Der akademische Diskurs

Seitens der Wissenschaft wird gesellschaftlicher Zusammenhalt von drei oder, je nach Definition, auch vier wissenschaftlichen Disziplinen bearbeitet: von der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie innerhalb der Psychologie von der Sozialpsychologie und der allgemeinen Psychologie. Die Soziologie beschäftigt sich mit gesellschaftlichem Zusammenhalt seit ihren Anfängen, insbesondere in den Arbeiten von Durkheim (1893/1977; vgl. Council of Europe, 2005; Jenson, 1998; Chiesi, 2004) aber auch von Tönnies (1887). Neuere Arbeiten thematisieren soziale Integration und Desintegration (z.B. Gough & Olofsson, 1999; Imbusch & Heitmeyer, 2008; Schimank, 2000), Konzepte, die eng mit sozialem Zusammenhalt verwandt sind (Chan et al., 2006; Chiesi, 2004). In der Politikwissenschaft spielt Kohäsion vor allem im Kommunitarismus eine Rolle. Putnam (2000) und Paxton (2002) beispielsweise sehen soziales Kapital als wichtige Voraussetzung für demokratische Strukturen und für die Problemlösungskapazität eines Gemeinwesens. In der Sozialpsychologie wird der Begriff Kohäsion vor allem mit Bezug auf die Bildung, Aufrechterhaltung und Leistungsfähigkeit von Kleingruppen diskutiert (Bollen & Hoyle, 1990; Chan et al., 2006; Moody & White, 2003). Eine Ausnahme bildet die Arbeit des Sozialpsychologen Erich Fromm, der schon in den 1930er Jahren vom ‚sozialen Kitt‘ sprach, der die Gesellschaft zusammenhält (vgl. Keupp, 2010). Klassische sozialpsychologische Arbeiten untersuchen einerseits, was eine Gruppe attraktiv für Menschen macht und sie dazu bewegt, Mitglied dieser Gruppe zu bleiben (Friedkin, 2004). Andererseits geht es ihnen um Kleingruppenphänomene wie Gruppenleistung, interpersonale Kommunikation und Konformitätsdruck (für einen Überblick siehe Bollen & Hoyle, 1990). Allgemein-psychologische Arbeiten schließlich betrachten eher die individuelle Ebene (etwa persönliche Einstellungen, Wahrnehmungen, Identifikationen, Zugehörigkeitsgefühle und individuelles Wohlbefinden).

Im deutschsprachigen Raum liegen einige neuere Arbeiten zu gesellschaftlichem Zusammenhalt vor, so zum Beispiel Monographien von Heitmeyer (1997), Kistler, Noll & Priller (2002), Vester, Oertzen, Gieling, Hermann & Müller (2001), Jaschke (2009) sowie Becker & Krätschmer-Hahn (2010). Hier lassen sich zwei inhaltliche Schwerpunkte ausmachen: Den ersten bildet das so genannte Sozialkapital (vgl. Braun, 2002), insbesondere die Themen bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft (Bornschieer, 2001; Braun, 2005; More-Hollerweger, 2008; Kistler et al., 2002). Beim zweiten Schwerpunkt handelt es sich um Inter-Gruppen-Beziehungen und die Akzeptanz kultureller Andersheit, für die vor allem Wilhelm Heitmeyer (2002-2011) steht.

1.2.2 Der Policy-Diskurs

Neben dem akademischen Diskurs gibt es weltweit eine Reihe gesellschaftspolitischer Institutionen (Regierungen, Denkfabriken und Verbände), die sich mit der Entwicklung gesellschaftlichen Zusammenhalts in ihrem jeweiligen nationalen bzw. im internationalen Kontext beschäftigen. Das Engagement dieser Institutionen ist weit stärker problemorientiert als dies im akademischen Kontext der Fall ist. Einige dieser Akteure verwenden den Begriff gesellschaftlicher Zusammenhalt jedoch recht unpräzise als *catch-all-term* für eine Vielzahl sozialer Phänomene (Chan et al., 2006). Im Folgenden werden einige dieser Institutionen vorgestellt.

Nationale Ebene

Auf nationaler Ebene sticht die Forschung in **Kanada** hervor, besonders die Arbeit eines ressortübergreifenden Forschungsnetzwerkes der kanadischen Regierung sowie des Canadian Policy Research Networks (CPRN) (vgl. Arbeiten von Jenson, 1998; Beauvais & Jenson, 2002; Jackson et al., 2000; Toye, 2007; Jeannotte, 2000; Stanley, 2003). In den **USA** ist dagegen der Begriff sozialer Zusammenhalt weniger gebräuchlich; vielmehr findet das Konzept des sozialen Kapitals Verwendung (Hulse & Stone, 2007). Dieses gründet nicht zuletzt auf der Arbeit Robert Putnams, dessen Buch *Bowling Alone* (Putnam, 2000) einige Berühmtheit erlangt hat. Eine aktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem Zusammenhalt findet auch in **Australien** (vgl. z.B. Jupp, Nieuwenhuysen & Dawson, 2007; Australian Institute of Health and Welfare, 2005), **Neuseeland** (vgl. Ministry of Social Development, 2004; Spoonley, Peace, Butcher & O'Neill, 2005) und in **Großbritannien** statt (Department for Communities and Local Government, 2008; Home Office Community Cohesion Unit, 2003; Cheong et al., 2007; House of Commons, 2004).

Transnationale Ebene

Auf transnationaler Ebene sind die Anstrengungen des **Europarats** (Council of Europe, 1998; 2004; 2005) sowie der **Europäischen Kommission** (Berger-Schmitt, 2000; European Commission, 1996; 2001; 2007) und der **Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen** (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 1998) hervorzuheben. Als weitere transnationale Akteure befassen sich die **Weltbank** (vgl. Ritzen, 2001, Easterly, Ritzen & Woolcock; Grootaert & van Bastelaer, 2001), und die **Organisation for Economic Co-Operation and Development** (OECD) mit dem Thema Zusammenhalt.

Deutschland

In **Deutschland** findet sich das Thema in Grundsatz- und Strategiepapieren der Bundesregierung und einiger Ministerien wieder (z.B. Bundesministerium des Innern, 2008; 2011), ferner in Veröffentlichungen von Parteien, Stiftungen (z.B. Witte, 2004) und Verbänden (Deutsche Rentenversicherung Bund, 2008; KfW Bankengruppe, 2010a); aber auch in öffentlichen Reden (Friedrich,

2011; Krüger, 2008), Leitartikeln (z.B. Schäuble & von der Leyen, 2009) und Veranstaltungstiteln (u.a. Bergedorfer Gesprächskreis im Jahr 1995; Regensburger Gespräche 2011). Am häufigsten Bezug genommen wird hier auf wirtschaftliche Veränderungen im Zuge der Globalisierung, auf die in diesem Zusammenhang schwindende Kraft des Sozialstaats sowie auf ein vermeintlich oder tatsächlich schwindendes bürgerschaftliches Engagement (u.a. Boehnke, Baier, Fuß & Boehnke, 2005; Bundesregierung, 2002; Castel, 2005; Dahrendorf, 1996; Jaschke, 2009; Münkler & Wassermann, 2008; Priller, 2006; Rauner, 2004; Vögele, 1992). Weitere prominente Themen sind Individualisierung und Ich-Bezogenheit (Bundesregierung, 2002; Jaschke, 2009; Keupp, 2005; Münkler & Wassermann, 2008; Rößler, 2006; Schäuble & von der Leyen, 2009) sowie Einwanderung und kulturelle Diversität (u.a. Akgün, 2008; Angenendt, 2008; Bundesregierung, 2002; Gundelach & Traunmüller, 2010). Das Thema Religion und gesellschaftlicher Zusammenhalt wird sowohl bezüglich zunehmender religiöser Pluralität als auch vor dem Hintergrund einer Schwächung der christlichen Kirche als sozial bindende Institution debattiert (Berger & Weiße, 2010; Friedrich, 2011; Görlach, 2009; Hervieu-Léger, 2007; Jähnichen, 2006; Krüger, 2008; Losansky, 2010). Schließlich wird gesellschaftlicher Zusammenhalt in einigen Arbeiten auch im Zusammenhang mit politischem Extremismus und Gewalt betrachtet (Bundesministerium des Innern, 2011; Jaschke, 2009; Krüger, 2008).



2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

2.1 Definitionen

Verschiedene akademische und politische Akteurinnen und Akteure betonen in ihren Definitionen zwar unterschiedliche Aspekte von sozialer Kohäsion; gleichwohl gibt es augenfällig einige Überschneidungen, die den Kerngehalt des Begriffs der Kohäsion zunächst auf sechs Aspekte eingrenzen lassen: Soziale Beziehungen, Verbundenheit, Gemeinwohlorientierung, geteilte Werte, Gleichheit/Ungleichheit, objektive und subjektive Lebensqualität.

Ein erster Schritt der Literatursichtung bestand darin, vorhandene Definitionen von gesellschaftlichem Zusammenhalt systematisch aufzuarbeiten. Schnell wurde deutlich, dass es derzeit keine konsensuelle Definition von Kohäsion gibt – trotz oder gerade wegen der großen Vielfalt der Akteure, die sich dem Thema widmet (vgl. Jenson, 1998). Dieser Umstand ist bekannt und wird regelmäßig in Fachtexten bemängelt (vgl. Bollen & Hoyle, 1990; Bernhard, 1999; Hulse & Stone, 2007; Jenson, 2010), ohne dass dies bisher zu einem Konsens geführt hätte. Die existierenden Definitionen sind unterschiedlich breit angelegt und weisen einen mal mehr, mal weniger hohen Abstraktionsgrad auf. Oft werden dabei determinierende, konstituierende und resultierende Aspekte unglücklich vermengt. Einigkeit herrscht lediglich darüber, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt ein Merkmal einer Gruppe bzw. einer Gesellschaft ist, kein Charakteristikum von Individuen. Ferner wird Zusammenhalt übereinstimmend als multidimensionales Konstrukt aufgefasst, das über Indikatoren auf der Mikro-, Meso- und Makroebene abgebildet werden kann.

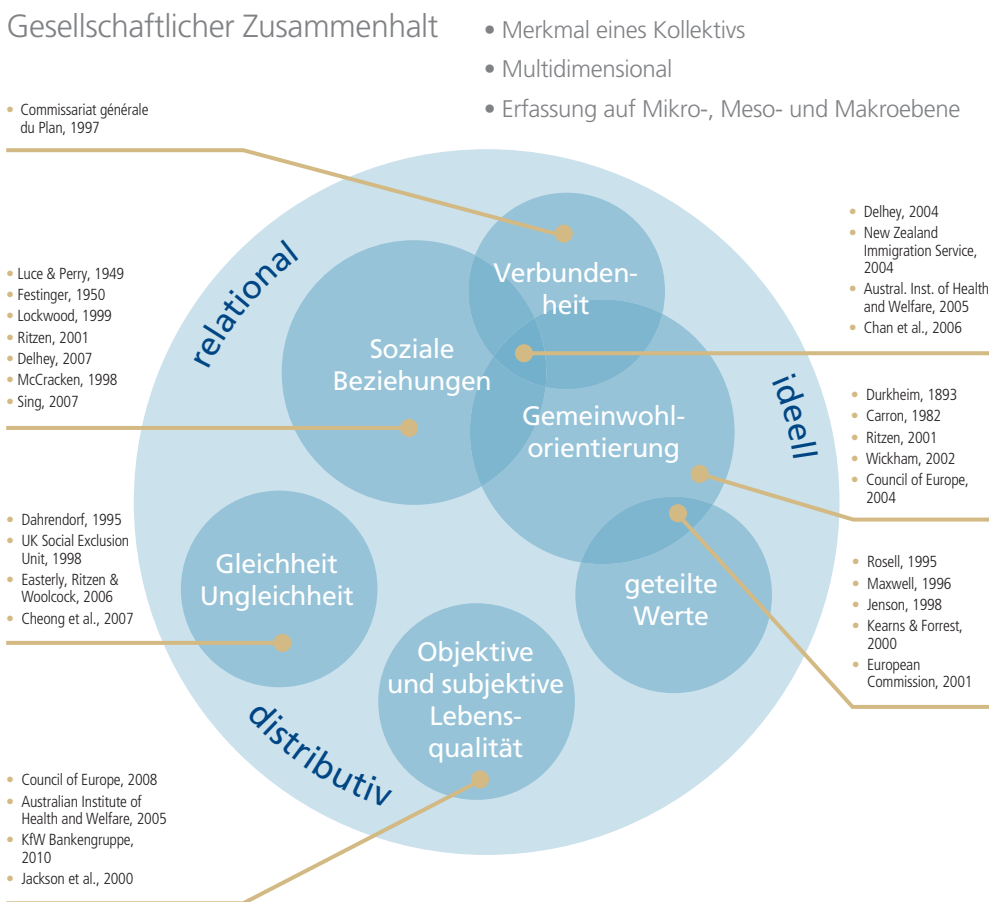
Aufgrund der angedeuteten Vielfalt verzichten wir an dieser Stelle auf eine Besprechung einzelner Definitionen. Stattdessen liefern wir eine Systematik, die darlegt, welche Aspekte von gesellschaftlichem Zusammenhalt in den Definitionen am häufigsten genannt werden.

Unsere Literatursichtung ergab sechs hinreichend häufig genannte Aspekte von Kohäsion. Diese sind in Abbildung 1 in Form von sechs Kreisen dargestellt. Der Abstand bzw. die Nähe einzelner Kreise symbolisiert die Häufigkeit von Parallelnennungen. Überlappende Kreise stellen dar, welche der sechs Aspekte den Bedeutungskern von Kohäsion ausmachen.

Wie der Abbildung zu entnehmen ist, heben viele der genannten Definitionen die **sozialen Beziehungen** zwischen Gruppen bzw. zwischen Gruppenmitgliedern hervor. Zentral sind hier soziale Netzwerke, wie sie auch im Konzept des sozialen Kapitals im Sinne Putnams (2000; vgl. Council of Europe, 2005; Jenson, 2010) aufgegriffen werden. Andere Definitionen betonen Kooperationsbereitschaft, Solidarität und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein (**Gemeinwohlorientierung**, z.B. Council of Europe, 2004; Ritzen, 2001). Eine dritte Gruppe von Definitionen vereint Gemeinwohlorientierung mit **geteilten Werten**, die es Menschen ermöglichen, gemeinsame Ziele und Vorhaben zu identifizieren (vgl. z.B. Kearns & Forrest, 2000; Maxwell, 1996). Andere Arbeiten stellen wiederum Zugehörigkeitsgefühl zu und Identifikation mit der Gesellschaft in den

Mittelpunkt ihrer Definitionen (**Verbundenheit**). Häufig wird auch die Verteilung von Ressourcen und die damit verbundene soziale Exklusion als Kernelement (fehlenden) Zusammenhalts definiert (**Gleichheit/Ungleichheit**, vgl. Easterly et al., 2006). In diesem Zusammenhang findet sich in den Definitionen auch der Aspekt der Diversität (bezüglich Kulturen, Religionen, Lebensstilen) (z.B. House of Commons, 2004), der wiederum eng mit Verteilungsfragen und sozialer Exklusion verknüpft ist. Schließlich stellen einige Definitionen die Aspekte Wohlbefinden, Wohlfahrt oder Lebensqualität in den Mittelpunkt (**subjektive und objektive Lebensqualität**, vgl. Council of Europe, 2005; Australian Institute for Health and Welfare, 2005).

Abbildung 1: Definitionen gesellschaftlichen Zusammenhalts: Aspekte, Überschneidungen und Autorenbeispiele



Quelle: Eigene Darstellung.

Diese sechs Kernthemen, die wir anhand der aufgelisteten Definitionen herausgearbeitet haben, lassen sich drei verschiedenen Gesichtspunkten von Zusammenhalt zuordnen: Werte, Gemeinwohlorientierung und Verbundenheit betreffen den **ideellen** Gesichtspunkt, also Kognitionen und affektive Orientierungen der Bürger. Die Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder untereinander und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stehen für den **relationalen** Gesichtspunkt von Zusammenhalt. Schließlich lassen sich Lebensqualität und Gleichheit/Ungleichheit dem **distributiven** Gesichtspunkt zurechnen, also der Verteilung von Lebenschancen und -bedingungen. Die Unterscheidung ideell und relational haben wir von Moody und White (2003) bzw. Janmaat (2011) übernommen; den dritten Gesichtspunkt, distributiv, haben wir ergänzt, um alle Definitionen klassifizieren zu können. Diese Zuordnung muss nicht in allen Fällen exklusiv sein; so hat der Kohäsionsaspekt Verbundenheit sowohl einen ideellen als auch einen relationalen Charakter. Die Nähe der sechs Kernthemen zu der Triade ideell – relational – distributiv ist in Abbildung 1 dargestellt.

2.2 Dimensionen und Messindikatoren

So vielfältig die Definitionen sind, so variantenreich sind auch die vorgeschlagenen Teildimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts. Als Teildimensionen bezeichnen wir inhaltliche Konkretisierungen der Aspekte von Zusammenhalt, wie sie oben identifiziert und definiert wurden (siehe Abbildung 1). Im Folgenden geben wir einen Überblick über die **Teildimensionen**, die in der Literatur häufig diskutiert werden. Dabei greifen wir die oben vorgenommene Einteilung zwischen ideellen, relationalen und distributiven Dimensionen auf und ordnen ihnen die Teildimensionen zu (siehe Abbildung 2).

Die ersten beiden ideellen Dimensionen lassen sich dem Aspekt der Verbundenheit zuordnen: **Zugehörigkeitsgefühl** zu und **Identifikation** mit bestimmten sozialen Einheiten (einer Gruppe, einer Region, einem Land, einer Gesellschaft oder einer supranationalen Gemeinschaft wie der EU). Zusammenhalt bezieht sich immer auf soziale Interaktionen innerhalb einer Gruppe oder eines bestimmten umgrenzten Raumes; daher ist ein gewisses Maß an Identifikation mit diesem Raum oder dieser Gruppe wesentlich (Chan et al., 2006). Identifikation ist außerdem Ausdruck von geteilten Werten, Lebensweisen und Sozialisierungskontexten, die Sicherheit und Selbstwert vermitteln und die Bereitschaft zur sozialen Vernetzung und Partizipation erhöhen (Kearns & Forrest, 2000). Ebenfalls zu den ideellen Aspekten gehören **geteilte Wertvorstellungen**, die in vielen Arbeiten als konstituierender Bestandteil von Zusammenhalt aufgefasst werden (z.B. Kearns und Forrest, 2000; eine Übersicht bietet Council of Europe, 2005, S. 25). Ins Zentrum der Betrachtungen gestellt wird dabei zum einen der Inhalt der Werte, d.h. die Frage, welche Werte geteilt werden müssen, um Zusammenhalt zu ermöglichen (z.B. Respekt, Toleranz, Mitmenschlichkeit; vgl. Jenson, 1998; Bundesministerium des Innern, 2011; Jaschke, 2009). Zum anderen wird außerdem der **Wertekonsens** diskutiert (vgl. z.B. Council of Europe, 2005), die, so die Annahme, soziale Interaktionen erleichtert, da man sich auf geteilte Normen verlassen kann. Die Notwendigkeit eines Wertekonsenses ist allerdings umstritten. Neuere Arbeiten sehen eher den konstruktiven

Umgang mit divergierenden Wertvorstellungen als Voraussetzung für Zusammenhalt (vgl. z.B. Council of Europe, 2004; 2005; Stanley, 2003; siehe auch unsere Ausführungen unten). Eine weitere ideelle Dimension ist das **gesellschaftliche Verantwortungsgefühl** (u.a. Chan et al., 2006; Council of Europe, 2004, 2005). Zusammenhalt bedingt einen gewissen Grad an Hingabe und Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft sowie die Bereitschaft, das Gemeinwohl über die eigenen Interessen zu stellen. Damit eng verknüpft ist die **Solidarität** zwischen Menschen einer Gesellschaft.² Schließlich wird auch die **Anerkennung einer sozialen Ordnung** sowie von **Regeln und Normen** als konstituierende Dimension von Zusammenhalt postuliert. Institutionen, die die soziale Ordnung regeln und überwachen, muss ein Mindestmaß an Legitimität zugestanden werden (vgl. Jenson, 1998; Kearns & Forrest, 2000).³ Fehlende Anerkennung sozialer Ordnung und Regeln drückt sich dagegen im Begriff der **Anomie** aus, einem gesellschaftlichen Zustand, in dem die Ziele der Mitglieder (z.B. Wohlstand, Erfolg) nicht mehr mit den als legitim erachteten Mitteln zur Erreichung dieser Ziele korrespondieren (Merton, 1957; siehe auch Bohle, Heitmeyer, Kühnel, & Sander, 1997; Claßen, 1997).

Relationale Dimensionen wiederum stehen dem Konzept des sozialen Kapitals nahe (z.B. Putnam, 2000). Zu nennen ist zunächst die **soziale Vernetzung**, definiert als die Qualität und Quantität sozialer Beziehungen und Interaktionen. Eine sehr häufig herausgestellte Dimension ist zudem die **Partizipation** (z.B. Berger-Schmitt, 2000; Chan et al., 2006; Chiesi, 2004; Council of Europe, 2004; Easterly et al., 2006; Rajulton, Ravanera, & Beaujot, 2007; Ritzen, 2001; in Deutschland u.a. Kistler et al., 2002; Braun, 2005; Bundesministerium des Innern, 2011; Jaschke, 2009). Unterschieden wird dort zwischen sozio-kultureller (Mitgliedschaft und Aktivitäten in kulturellen oder Sportvereinen, Freiwilligenarbeit) und politischer Partizipation (Beteiligung an Wahlen, Unterschriftenaktionen, Streiks, Mitarbeit in Gemeinderäten etc). Zum relationalen Aspekt gesellschaftlichen Zusammenhalts zählt zudem ein Mindestmaß an gegenseitigem **Vertrauen** (Chan et al., 2006), d.h. die Erwartung, dass das Verhalten Anderer vorhersagbar sowie grundsätzlich von guten Absichten geleitet ist (Morrone, Tontoranelli & Ranuzzi, 2009). Vertrauen ist die moralische Ressource von Solidarität, ermöglicht soziale Entwicklung, fördert wirtschaftlichen Austausch, verbessert die Wirkung öffentlicher Institutionen und schafft Möglichkeiten kollektiven Handelns (OECD, 2011; Morrone et al., 2009; Delhey, 2007). Unterscheiden lassen sich horizontales Vertrauen in die Mitmenschen und vertikales Vertrauen in Institutionen wie Regierung, Gerichte, Ämter. Einwanderung und zunehmende kulturelle Diversität haben dabei zu einer qualitativen Veränderung in der Konzeptualisierung gesellschaftlichen Zusammenhalts geführt. Statt Homogenität und Konsens zu betonen, werden die **Akzeptanz** von und der konstruktive Umgang mit Diversität und den aus ihr entstehenden Konflikten zunehmend als Dimension gesellschaftlichem Zusammenhalts angesehen (z.B. Jeanotte et al., 2002; Council of Europe, 2005; Spoonley et al., 2005).

² Solidarität kann nicht nur als ideelle Dimension (Solidarität als Wert oder Norm), sondern auch als relationale Dimension verstanden werden, nämlich dann, wenn man von Solidarität als wechselseitig unterstützendem Verhalten spricht.

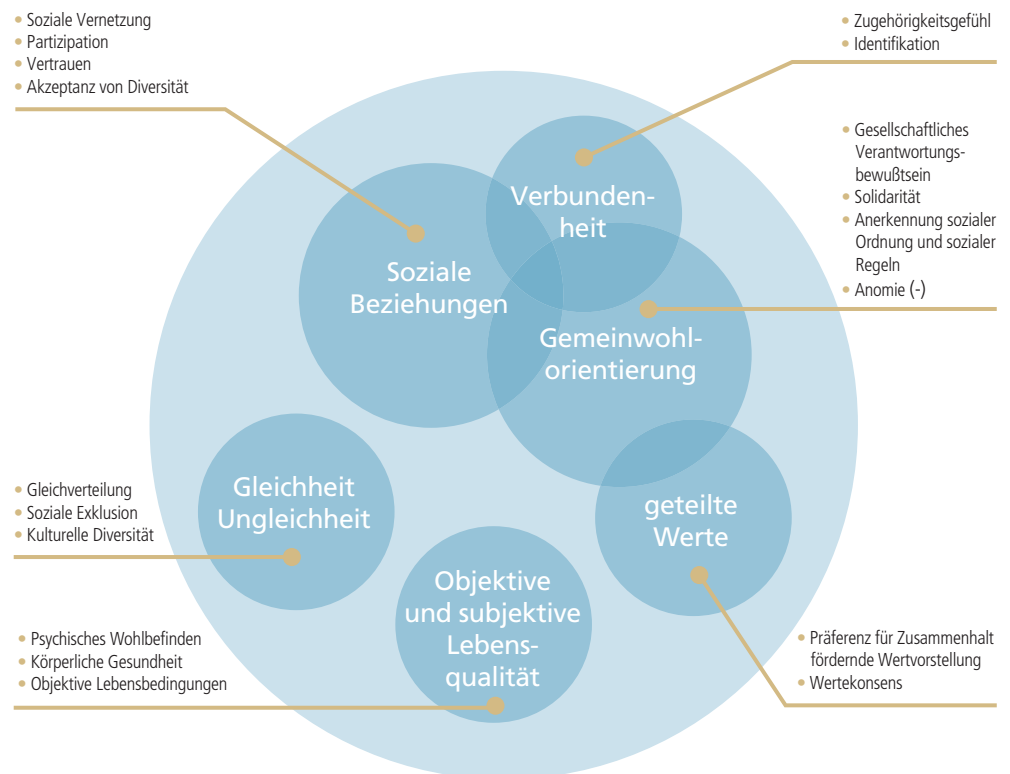
³ Die Annahme, soziale Ordnung und soziale Kontrolle seien Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist jedoch nicht unproblematisch. Sie übersieht, dass in modernen, pluralistischen Gesellschaften Wertekonflikte und das Infragestellen sozialer Ordnung legitimer Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Lebens sind (Beauvais & Jenson, 2002; Kearns & Forrest, 2000).

Hinsichtlich des distributiven Aspekts von gesellschaftlichem Zusammenhalt betont die Kohäsionsliteratur häufig das Ausmaß der **(Un-)Gleichverteilung** der einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden materiellen und immateriellen Ressourcen. Diskutiert werden Unterschiede zwischen geografischen Regionen wie auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen hinsichtlich Arbeitslosigkeit, Einkommen, Bildung, Gesundheit und dem Zugang zu Rechten und Sozialleistungen (Berger-Schmitt, 2000; Berger-Schmitt & Noll, 2000; Council of Europe, 2004, 2005; Jackson et al., 2000; European Commission, 2001). Eng damit verknüpft ist der Begriff der **sozialen Exklusion**, d.h. der Ausgrenzung von Personen oder Gruppen aus dem gesellschaftlichen Leben (siehe Berger-Schmitt, 2000; Berger-Schmitt & Noll, 2000; siehe auch Jensen, 2010, Jeanotte et al., 2002). Neben der Ressourcenverteilung lässt sich die Dimension der **kulturellen** (oder auch ethnischen

Abbildung 2: Aspekte und Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Merkmal eines Kollektivs
- Multidimensional
- Erfassung auf Mikro-, Meso- und Makroebene



Quelle: Eigene Darstellung.

| Bertelsmann Stiftung

oder religiösen) **Diversität** oder **Fraktionalisierung** am ehesten als distributive Dimension verstehen (z.B. Easterly et al., 2006). Diese Dimension ist daher dem Aspekt Gleichheit/Ungleichheit zugeordnet. Die zweite distributive Dimension umfasst psychisches Wohlbefinden, körperliche **Gesundheit** sowie **objektive Lebensbedingungen**, die in einigen Arbeiten dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zugerechnet werden. Thematisiert wird dabei oft die (ungleiche) Verteilung von Wohlbefinden (Glück und Lebenszufriedenheit), Gesundheit und Lebensbedingungen auf verschiedene Regionen oder soziale Gruppen. Dies erfolgt im Rahmen der breiteren Konzepte der **Lebensqualität** bzw. der **Wohlfahrt**.

2.3 Unsere Definition und ihre relevanten Dimensionen

Basierend auf den oben skizzierten Ergebnissen der Literaturanalyse haben wir einen eigenen Vorschlag zur Definition und Konzeptionalisierung von Zusammenhalt entwickelt. Wir plädieren für einen schlanken Ansatz, der sich auf drei überlappende Aspekte von gesellschaftlichem Zusammenhalt konzentriert: Soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung. Unser Vorschlag lautet:

Zusammenhalt ist ein beschreibendes Merkmal eines Kollektivs, das die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders zum Ausdruck bringt. Eine kohäsive Gesellschaft ist gekennzeichnet durch enge soziale Beziehungen, intensive emotionale Verbundenheit und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Zusammenhalt verstehen wir als graduelles Phänomen, d.h. Gesellschaften können mehr oder weniger kohäsiv sein. Dieser Kohäsionsgrad kommt in Einstellungen und Verhalten der Gesellschaftsmitglieder und gesellschaftlicher Gruppen zum Ausdruck und hat sowohl ideellen als auch relationalen Charakter.

Dieser von uns favorisierte Ansatz deckt sich zwar weitgehend mit denen von Chan et al. (2006) und von Delhey (2004):

Social cohesion is a state of affairs concerning both the vertical and horizontal interactions of society as characterized by a set of attitudes and norms that includes trust, a sense of belonging and the willingness to participate and help, as well as their behavioral manifestations.

(Chan et al., 2006, S. 290)

[...] social cohesion can be measured by how positive mutual perceptions and attitudes are, how much sense of community and we-feeling there is, and by the extent such we-feeling translates into supportive action.

(Delhey, 2004, S. 17)

Dennoch sehen wir gute Gründe für die Formulierung einer eigenen Definition. Erstens ziehen wir eine Definition, die auf einer abstrakteren Ebene (den Aspekten von Zusammenhalt) ansetzt, einer Definition vor, die lediglich Teildimensionen aggregiert. Zweitens soll die Definition prospektiv

ein mögliches Berichtssystem tragen und muss deshalb wie ein Maßband passen. Die Definitionen von Chan und Delhey sind also gewissermaßen eine Kleidergröße zu klein.

Unser Vorschlag nimmt drei der sechs in der Literatur vertretenen Aspekte von Zusammenhalt auf (soziale Beziehungen, Verbundenheit, Gemeinwohlorientierung; siehe Abbildung 3). Warum diese drei, warum nicht alle sechs? Sozialwissenschaftliche Definitionen können nicht richtig oder falsch sein, wohl aber mehr oder weniger schlüssig und mehr oder weniger nützlich. Als schlüssig erscheint es uns, die am stärksten überlappenden Dimensionen Soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung ins Zentrum zu stellen. So verleihen wir dem Konzept analytische Schärfe und unterscheiden eindeutig zwischen Bedingungen, Bestandteilen und Folgen von Kohäsion. Mit diesem Ziel treffen wir zwei strategische Ausschluss-Entscheidungen.

Die erste Entscheidung betrifft die beiden Aspekte Lebensqualität und Gleichheit/Ungleichheit. Wir schlagen vor, diese nicht zum Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenhalts zu machen, sondern sie vielmehr als dessen Determinanten bzw. Konsequenzen aufzugreifen. Das Konzept der Kohäsion gewinnt dadurch an analytischer Schärfe. Nach unserem Verständnis stellen z.B. objektive Lebensbedingungen eher eine mögliche Bedingung von Kohäsion, subjektives Wohlbefinden hingegen eine Konsequenz derselben dar. So wirkt sich eine kohäsive Gesellschaft vermutlich positiv auf das psychische Wohlbefinden und die körperliche Gesundheit ihrer Mitglieder aus. In diesem Sinne versteht eine Reihe von Autoren Zusammenhalt entweder als direkte Einflussvariable (Wohlbefinden und Gesundheit als Outcomes, z.B. Beauvais & Jenson, 2002; Jenson, 2010; Putnam, 2000) oder als Moderator (Zusammenhalt puffert negative Effekte von Stressoren wie Armut und Arbeitslosigkeit ab, z.B. Phipps, 2003; Upperman & Gauthier, 1998). Gleiches gilt für den Aspekt Gleichheit/Ungleichheit. Es ist anzunehmen, dass eine große Kluft zwischen Arm und Reich den sozialen Zusammenhalt schwächt, etwa aufgrund erlebter Benachteiligung und Ungerechtigkeit. Gut belegt ist zum Beispiel der Erosionseffekt einer schiefen Einkommensverteilung auf das Vertrauen (Bjornskov, 2008). Doch auch hier gilt: Gleichheit, für sich genommen, ist kein Bestandteil von Zusammenhalt.

Zweitens plädieren wir dafür, Wertvorstellungen vom Zusammenhaltskonstrukt abzugrenzen, da der Zusammenhang zwischen Werten und Zusammenhalt empirisch bisher unzureichend geklärt ist. Fraglich ist, ob eine kohäsive Gesellschaft tatsächlich der Wertehomogenität bedarf, oder ob dies ein überholtes, mechanistisches Konzept ist, das für komplexe und heterogene Gesellschaften nicht mehr greift (Wenzel, 2001). Unklar ist weiterhin, welche Werte im Sinne des Zusammenhalts geteilt werden müssen (Jenson, 1998). Kommt es nur auf einen Konsens als solchen an, unabhängig vom Wertegehalt? Geht es um Konsens hinsichtlich bestimmter Grundwerte, die in einer Gesellschaft als zentral gelten (Stichwort: Leitkultur)? Oder wird ein Konsens in Bezug auf Werte gebraucht, die generell dem Zusammenhalt förderlich erscheinen, wie z.B. die Akzeptanz von Minderheiten? Bevor diese Fragen nicht empirisch geklärt sind, greifen wir geteilte Werte als eine mögliche Determinante auf.

Von der Definition zu den Teildimensionen

Als eindeutige und konsensuelle Bestandteile gesellschaftlichen Zusammenhalts sehen wir Soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung an. Diese zentralen Kohäsionsaspekte lassen sich in Teildimensionen untergliedern, die sich in Kürze wie folgt beschreiben lassen (siehe auch Abbildung 3).

Soziale Beziehungen

Dimension 1 – Soziale Vernetzung:

Quantität und Qualität sozialer Beziehungen und soziale Netzwerke

Dimension 2 - Partizipation:

Politische Partizipation (z.B. Beteiligung an Wahlen) und sozio-kulturelle Partizipation (bürger-schaftliches Engagement in Vereinen, Freiwilligenarbeit)

Dimension 3 - Vertrauen:

Generelles Vertrauen in die Mitmenschen und in politische Institutionen

Dimension 4 - Akzeptanz von Diversität:

Intergruppen-Einstellungen und Toleranz gegenüber Minoritäten

Verbundenheit

Dimension 5 - Zugehörigkeitsgefühl:

Selbstwahrnehmung als fester Teil der Gruppe, Wir-Gefühl

Dimension 6 - Identifikation:

Identifikation mit Region, Bundesland, Nation, Europa, Bewertung der Zugehörigkeit als wichtiger Teil der eigenen Person

Gemeinwohlorientierung

Dimension 7 - Gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein:

Eintreten für die Belange der Gemeinschaft, auch unter Zurücknahme eigener Ziele und Bedürfnisse

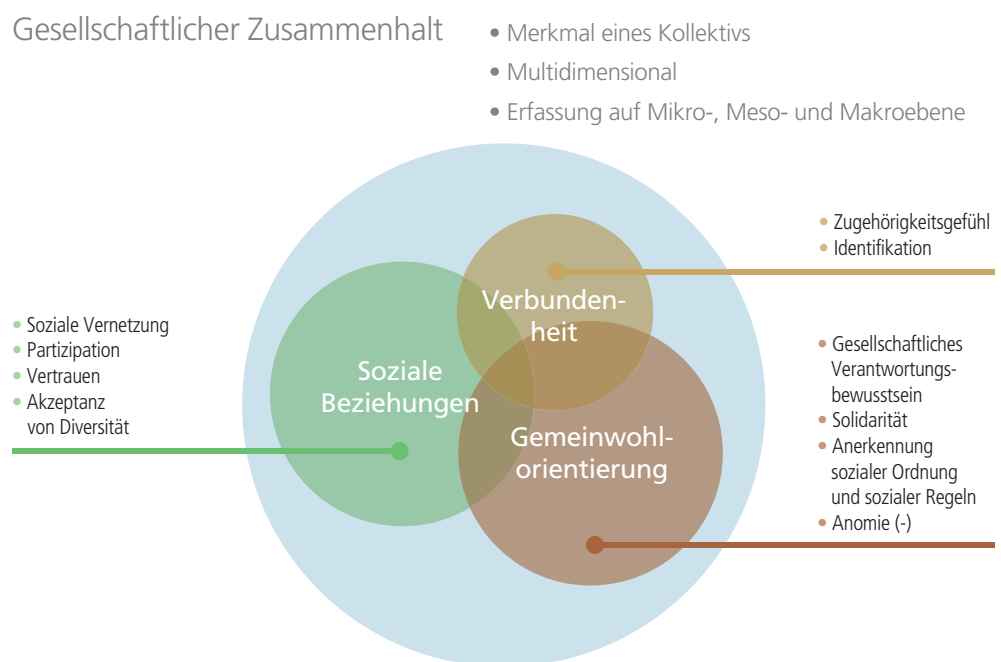
Dimension 8 - Solidarität:

Kooperation und solidarische Unterstützung der Mitbürger

Dimension 9 - Anerkennung sozialer Ordnung und sozialer Regeln/Anomie:

Achtung der gesellschaftlichen Institutionen und Beachtung der Spielregeln des Zusammenlebens (sowie der Regeln für die Veränderung sozialer Ordnung) vs. Missachtung und Normübertretung

Abbildung 3: Zentrale Aspekte und Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts



Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

2.4. Die Schattenseite des Zusammenhalts

Eine empirisch bisher ungeklärte Frage ist die nach den möglichen Schattenseiten von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Mit anderen Worten: Ist Kohäsion in jedem Fall etwas uneingeschränkt Positives?

Während etwa die Kommunitaristen dies durchaus so sehen, diskutieren vor allem Modernisierungs- und Individualisierungstheoretiker über potenziell negative Folgen von Zusammenhalt, die vor allem in sozialer Kontrolle und Übernorminierung gesehen werden. Dieses Spannungsverhältnis thematisiert zum Beispiel der Social-Quality-Ansatz, der von einer Dialektik zwischen individueller Selbstentfaltung und kollektiven Identitäten ausgeht (Baers, Beck, van der Maesen, Walker & Herriman, 2005; ähnlich Bernard, 1999). Doch wann und unter welchen Bedingungen wird Kohäsion zum Korsett, das die individuelle Selbstentfaltung einschränkt? Kann Kohäsion auch Innovation bremsen, dann nämlich, wenn Diversität nicht gewollt ist (Chiesi, 2004) oder Reformbestrebungen sich dem Konsensdruck unterwerfen müssen (Immerfall, 2002)? In den Worten Jensions (1998, S. 35): „Wann wird Zusammenhalt zur Bedrohung für Zusammenhalt?“ Empirisch

wissen wir darüber wenig. Gibt es einen Schwellenwert, ab dem Kohäsion zu rigide wird und die individuelle Autonomie beeinträchtigt? Für welche Aspekte von Zusammenhalt und für welche Bevölkerungsgruppen (junge Menschen, Subkulturen) gilt dieses Spannungsverhältnis? Trägt auch gesellschaftlicher Zusammenhalt dieses negative Moment in sich oder nur rigider Zusammenhalt in kleinräumigen Lebenszusammenhängen (Gemeinde, Familie)?

Eine zweite potenzielle Schattenseite von Zusammenhalt ist das Verhältnis von Inklusion und Exklusion (vgl. Philips, 2006). Diese Frage betrifft einerseits das Außenverhältnis von Gesellschaften: Grenzen sich kohäsive Gesellschaften stärker von anderen Gesellschaften ab? Oder besitzen gerade kohäsive Gesellschaften die Bereitschaft, Solidarität auch nach außen hin zu üben? Die Exklusionsfrage lässt sich auch für das gesellschaftliche Binnenverhältnis stellen: Ist Kohäsion inklusiv, d.h. werden alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen? Oder ist die Reichweite der Solidarität doch auf die Mehrheitsgruppe/Minderheitsgruppe beschränkt, vielleicht sogar in einem solchem Maße, dass der interne Gruppenzusammenhalt nur durch die Exklusion von Fremdgruppen erreicht wird (z.B. Jenson, 1998)? Thematisch schließt dies an Putnams Begriffspaar von *bridging* und *bonding social capital* bzw. an Halls (1999) Unterscheidung von Sozialkapital als *club good* und *public good* an. Der *club good* Aspekt von Zusammenhalt (das Sozialkapital der Eigengruppe wird gegen Mitglieder der Fremdgruppe verteidigt) thematisiert die dunkle Seite von Zusammenhalt (Chiesi, 2004). Soziale Vernetzung wird folglich dann problematisch, wenn sie sich nur auf das *bonding social capital* beschränkt. Unserem Verständnis nach ist gesellschaftlicher Zusammenhalt dann als stark einzuschätzen, wenn jeweils beide Formen von Sozialkapital (*bonding* und *bridging* bzw. *club goods* und *public goods*) vorhanden sind.

Portes (1998) zufolge bringt soziales Kapital mindestens vier potenzielle negative Konsequenzen mit sich: Ausgrenzung von Outsidern aus dem Sozialkapital der Gruppe; zu hohe wechselseitige Erwartungen und Ansprüche in sozialen Netzwerken (pointiert ausgedrückt: Wer im Lotto gewinnt, hat auf einmal sehr viele Freunde); zu hohe soziale Kontrolle und Konformitätsdruck; sowie eine mögliche Entwicklung von „downward-leveling norms“ (Portes, 1998, 17) – womit gemeint ist, dass Mitglieder von Gruppen mit niedrigem sozialen Status bei sozialem Aufstieg aus der eigenen Gruppe negative Sanktionen erfahren. Ergänzen lässt sich diese Auflistung durch die potenzielle Gefahr, dass im Extremfall in stark kohäsiven Gemeinschaften Probleme wie Menschenrechtsverletzungen oder Unterdrückung von Frauen und Minderheiten gedeckt werden (Reese-Schäfer, 2010).

Diese potenzielle Schattenseite von Zusammenhalt gilt es im zukünftigen Forschungsprozess nicht aus den Augen zu verlieren und stets kritisch zu reflektieren. Gefragt sind weiterhin empirische Analysen, welche *Dosis* von Zusammenhalt die richtige ist.



3. Stand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland

Was antworten Menschen auf die Frage, wie stark der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland sei? Der Freiwilligensurvey fragte im Jahre 2004 und 2009 eine repräsentative Zahl von Personen: „Was würden Sie sagen, wie gut ist der soziale Zusammenhalt in ihrem Wohnviertel?“. Im Jahre 2004 fanden 58 Prozent den nachbarschaftlichen Zusammenhalt „sehr gut“ oder „gut“, 29 Prozent „befriedigend“ und 10 Prozent „schlecht“ oder „sehr schlecht“ (der Rest machte keine Angaben). Fünf Jahre später hatte sich der wahrgenommene Zusammenhalt in der Nachbarschaft etwas erhöht (62 Prozent „gut/sehr gut“, 28 Prozent „befriedigend“, 8 Prozent „schlecht/sehr schlecht“). Das Gefühl des Zusammenhalts war dabei im ländlichen Raum etwas größer als im städtischen. (Gensicke & Geiss, 2010)

56 Prozent halten den Zusammenhalt für gefährdet

Im Bielefelder Umfrageprogramm zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden Personen im Jahre 2011 nach ihrer Zustimmung zur Aussage „Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander“ gefragt (Zick & Küpper, 2012). Insgesamt 74 Prozent der Befragten stimmten dieser Aussage „eher“ bzw. „voll“ zu. Die Aussage „Der Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet“ fand bei 56 Prozent der Befragten Zustimmung. Im Vergleich zur gleichen Befragung 2005 haben sich diese Werte laut den Autoren gesteigert.

Die im folgenden Kapitel dargestellten Befunde sollen einen Einblick geben, wie Zusammenhalt in Deutschland mittels verschiedener Indikatoren empirisch erfasst wird, und was diese über den Zusammenhalt in Deutschland aussagen.

Unsere Sichtung hat gezeigt, dass es für Deutschland praktisch keine Arbeiten gibt, die gesellschaftlichen Zusammenhalt in seiner Gesamtheit empirisch untersuchen. Die meisten Studien fokussieren vielmehr auf einzelne oder wenige Dimensionen. In diesem Kapitel werden daher für jede Dimension die wesentlichen empirischen Befunde knapp zusammengefasst und zu einem Gesamtbild integriert. Wir stützen uns dabei überwiegend auf veröffentlichte Studien, die wir an einigen Stellen um eigene Analysen vorhandener Datensätze ergänzt haben.

Drei Leitfragen strukturieren das Material:

- Wie ist der aktuelle Stand und wie die Entwicklung über Zeit?
- Gibt es regionale Unterschiede und Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen?
- Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?

Es sei betont, dass diese Ergebniszusammenschau nur einen Ausschnitt der Forschungsaktivitäten zu den einzelnen Themen wiedergeben kann. Weiterhin können die drei Leitfragen nicht immer gleichgewichtig behandelt werden.



3.1 Soziale Beziehungen

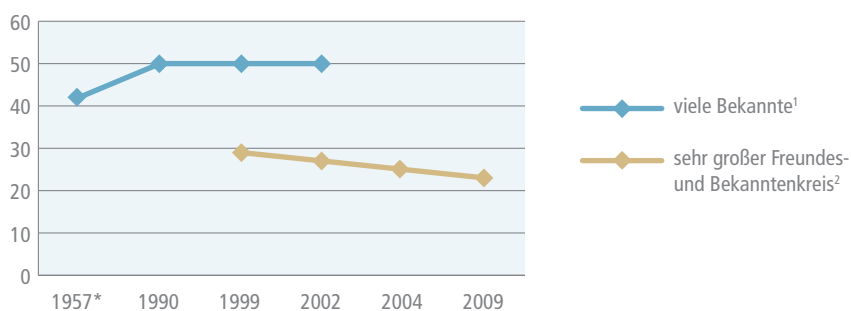
3.1.1 Soziale Vernetzung

Die Menschen in Deutschland sind gut in Freundes- und Bekanntenkreise integriert und können in schwierigen Zeiten auf Hilfe von anderen zählen. Ein Zerfall sozialer Netzwerke ist anhand vorhandener Daten nicht festzustellen. Tendenziell lässt sich eine geringere soziale Vernetzung in Ost- im Vergleich zu Westdeutschland feststellen. Weiterhin ist die Möglichkeit, soziale Unterstützung zu erfahren, vom sozioökonomischen Status der Menschen abhängig. International belegt Deutschland hinsichtlich der Stärke der sozialen Beziehungen unter seinen Bürgerinnen und Bürgern einen mittleren Rang.

Stand und Entwicklung

Werden die Menschen zunehmend zu Einzelwesen ohne feste Beziehungen zu anderen in ihrer Umgebung? Die Daten sprechen dagegen. Ende der neunziger Jahre sagten etwa drei Viertel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Umfrage, sie hätten einen festen Freundeskreis bzw. Freunde für Unternehmungen (Noelle-Neumann & Köcher, 2002). Im Jahre 2006 gaben 95 Prozent der Befragten des European Social Survey (im Folgenden: ESS) an, sie hätten Menschen in ihrem Umfeld, mit denen sie persönliche und private Dinge besprechen könnten (eigene Berechnungen). Abbildung 4 zeigt Daten aus zwei Umfragen zur Größe des Bekannten- und Freundeskreises (Gensicke & Geiss, 2010; Noelle-Neumann & Köcher, 2002). Langfristig hat sich der Bekannten- und Freundeskreis der Deutschen von Ende der 50er bis Ende der 90er Jahre tendenziell vergrößert, in den letzten 10 – 15 Jahren allerdings wieder verkleinert.

Abbildung 4: Größe des sozialen Netzwerkes



Anmerkung: Prozentualer Anteil der Befragten, die entsprechende Kategorie angegeben haben. Zur Auswahl standen zusätzlich die Kategorien „mittel“ (beide Studien) sowie „wenige“ bzw. „klein“. *Westdeutschland.

Quelle: ¹Noelle-Neumann & Köcher, 2002; ²Gensicke & Geiss, 2010.

Bertelsmann Stiftung

Eigene Berechnungen der ESS-Daten von 2002 bis 2010 zeigen zudem, dass die Menschen in Deutschland im Laufe des letzten Jahrzehnts weder mehr noch weniger Zeit mit Verwandten, Freunden und Bekannten verbracht haben.

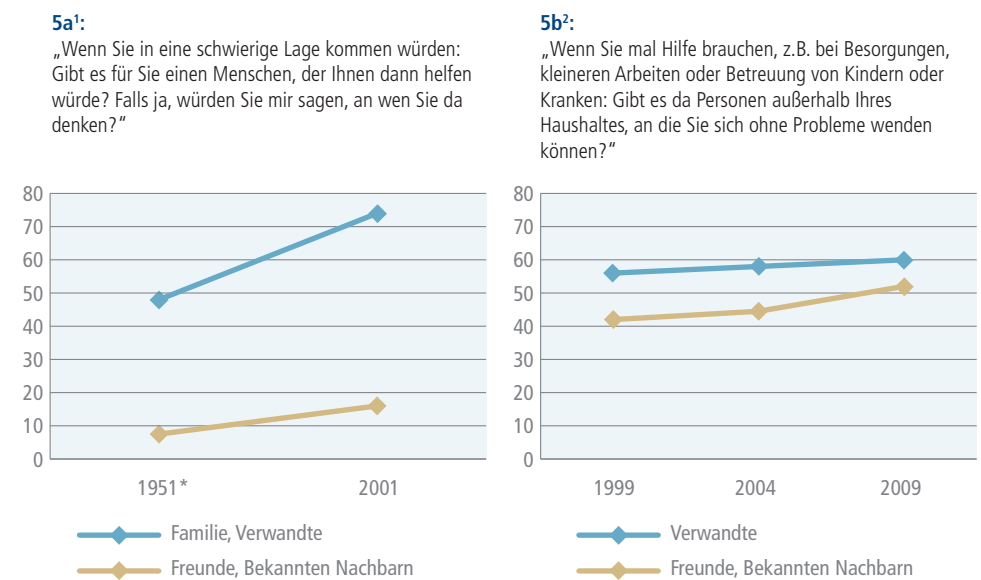
Kontakte zu haben bedeutet noch nicht, sich auf die Hilfe anderer verlassen zu können. Allerdings zeigen auch hier die Daten, dass Menschen nach wie vor Bezugspersonen haben, die ihnen in schwierigen Zeiten helfen (Abbildung 5). Noelle-Neumann und Köcher (2002) zufolge gaben im Jahre 1951 knapp zwei Drittel (63 Prozent) der westdeutschen Befragten an, sie könnten in schwierigen Zeiten auf Unterstützung durch andere zählen. Anfang der 2000er Jahre waren es rund 90 Prozent (Alscher, Dathe, Priller, & Speth, 2009; Noelle-Neumann & Köcher, 2002). Auch zwischen 1999 und 2009 scheint die Größe des Unterstützernetzes der Menschen in Deutschland weitgehend gleich geblieben bzw. tendenziell angestiegen zu sein (Gensicke & Geiss, 2010).

Soziale Beziehungen sind heute stärker freiwillig und selbstgewählt, weniger verbindlich und von kürzerer Dauer.

Wenn es auch offenbar keinen Zerfall sozialer Netze gibt, so beschreibt Giesel (2007) mit Bezug auf Keupp (2001) doch einen Strukturwandel. Soziale Beziehungen sind demnach heute stärker freiwillig und selbstgewählt, unverbindlicher und weniger dauerhaft. Beziehungen werden zunehmend unabhängig vom Wohnort aufgebaut und betreffen immer mehr nur bestimmte Lebensbereiche, die sich jeweils nicht überschneiden. Giesel (2007) wertet dies jedoch nicht als einen Hin-

Abbildung 5: Größe des sozialen Netzwerkes

Prozentsatz der Befragten, die entsprechende Bezugspersonen genannt haben



Anmerkungen: *Westdeutschland

Quelle: ¹Noelle-Neumann & Köcher (2002); ²Gensicke & Geiss, 2009.

Bertelsmann Stiftung

weis auf schwindenden Zusammenhalt. Wie sich im weiteren Verlauf dieses Kapitels zeigen wird, lässt sich ein ähnlicher Strukturwandel auch bei der Partizipation feststellen.

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Einige Studien gewähren Einblick in Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Befunde sind allerdings nicht einheitlich. Gesthuizen, Van der Meer & Scheepers (2009) belegen anhand des Eurobarometers, dass Westdeutsche sich häufiger mit Freunden und Arbeitskollegen treffen als Ostdeutsche, während Kontakte zu Nachbarn in beiden Landesteilen etwa gleich häufig sind. Eine Allensbach-Studie (Noelle-Neumann & Köcher, 2002) findet hinsichtlich der Zahl der Personen, die in schwierigen Zeiten helfen würden, keine Ost-West-Unterschiede. Die Zahl derjenigen, denen in den letzten Jahren von anderen geholfen wurde, lag dagegen in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Rippl (1995) zufolge waren Ostdeutsche Mitte der neunziger Jahre jedoch stärker in feste, nicht freiwillige Beziehungen (Familie) eingebunden als Westdeutsche. Für Westdeutsche spielte die Familie eine geringere Rolle, selbstgewählte und losere Kontakte eine größere.

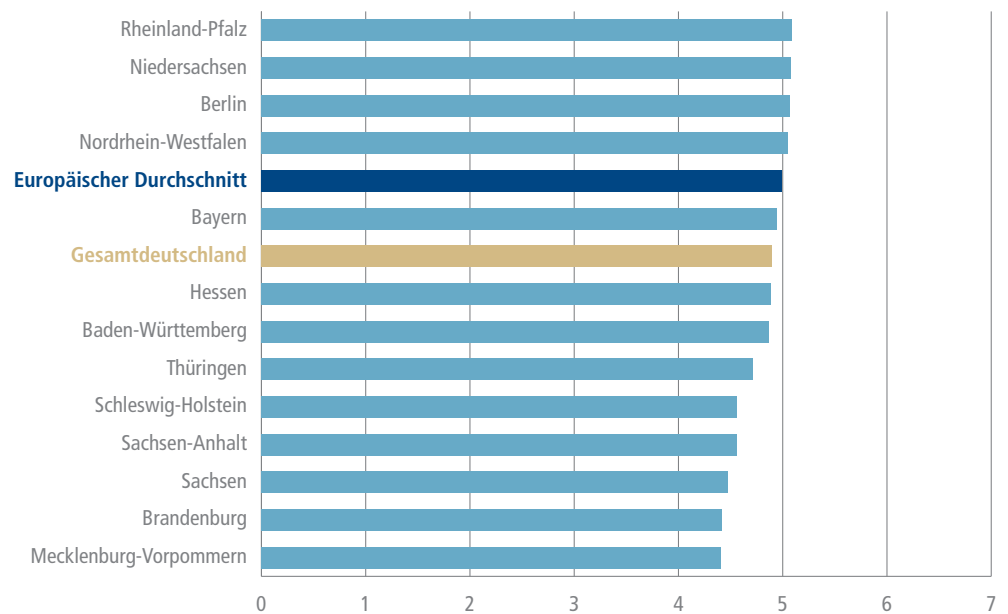
Gemäß dem Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“ (Immerfall, 1997, S. 163) verfügen Menschen mit höherer Bildung und höherem Einkommen auch über mehr soziale Ressourcen. Lediglich die Zahl enger Vertrauenspersonen war Mitte der neunziger Jahre unabhängig vom sozioökonomischen Status (Immerfall, 1997). Unsere eigenen Analysen des ESS 2010 bestätigen dies. Die Zahl der Personen, die angeben, sie hätten Menschen in ihrem Umfeld, mit denen sie private und persönliche Dinge besprechen können, steigt mit Einkommen und Bildungsgrad.

Zwischenmenschliches Hilfeverhalten wird zudem eher von Frauen gezeigt (Immerfall, 1997), was unsere eigenen Auswertungen mit dem International Social Survey Programme (im Folgenden: ISSP) bestätigen.

Internationaler Vergleich

Abbildung 6 zur Geselligkeit zeigt neben den Bundesländern auch den Wert für Gesamtdeutschland sowie den Durchschnittswert der 20 europäischen ESS-Teilnehmerländer. Demnach liegt Deutschland in etwa im europäischen Durchschnitt. Einer älteren Studie zufolge lag Deutschland in den 80er Jahren auch bezüglich der Anzahl von Personen, die man um Hilfe bitten kann, im Durchschnitt von sieben Ländern (vgl. Immerfall, 1997). Bei der Kontakthäufigkeit mit Freunden, Kollegen und Nachbarn ist Deutschland insgesamt im Mittelfeld der 27 EU-Länder platziert (Gesthuizen et al., 2009).

Abbildung 6: Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?

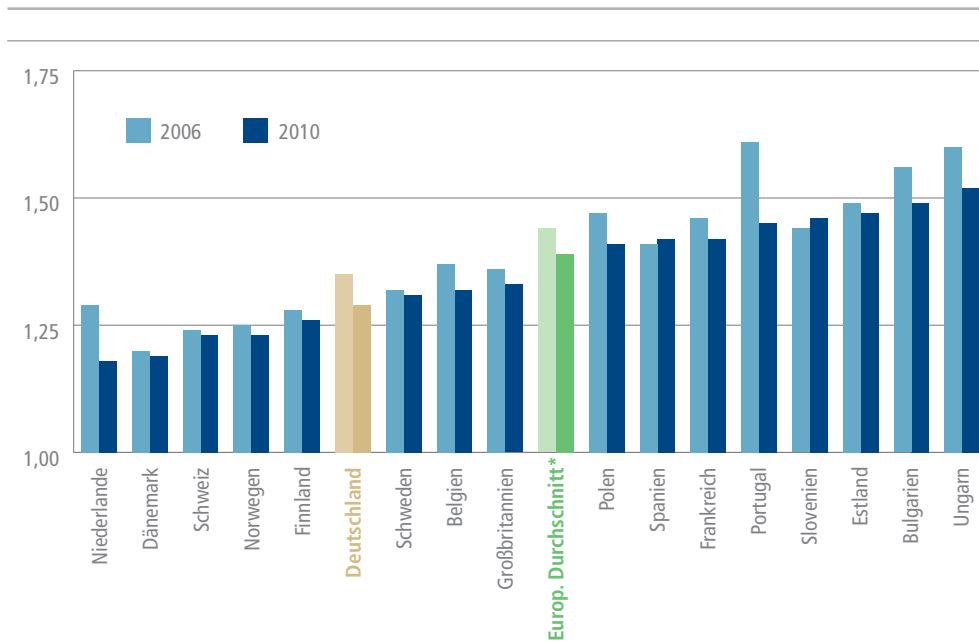


Anmerkung: Ohne Bremen, Hamburg und das Saarland, da in diesen Bundesländern weniger als 50 Personen teilgenommen haben.
 Antwortalternativen: 1 = nie, 2 = weniger als einmal pro Monat, 3 = einmal pro Monat, 4 = mehrmals im Monat, 5 = einmal pro Woche, 6 = mehrmals pro Woche, 7 = jeden Tag.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem European Social Survey, 2010.

Bertelsmann Stiftung

Das Ausmaß an fehlender sozialer Vernetzung lässt sich auch über Gefühle von Einsamkeit darstellen. Abbildung 7 vergleicht die Einsamkeitsgefühle von Deutschen mit denen anderer Europäer. Deutsche fühlten sich im Jahre 2010 im Schnitt eher „nie oder fast nie“ als „manchmal“ einsam. Einsamkeitsgefühle waren damit etwas weniger verbreitet als 2006. Im europäischen Vergleich sind Deutsche tendenziell weniger einsam als andere Europäer, v.a. als Süd- und Osteuropäer.

Abbildung 7: Einsamkeitsgefühle 2006 und 2010 im europäischen Vergleich

Anmerkung: Antwortoptionen: 1 Nie oder fast nie; 2 Manchmal; 3 Meistens; 4 Immer oder fast immer. *ESS-Teilnehmerländer: Dänemark, Schweiz, Norwegen, Finnland, Niederlande, Schweden, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Spanien, Slowenien, Frankreich, Polen, Estland, Bulgarien, Ungarn, Portugal.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem European Social Survey, 2010.

BertelsmannStiftung

3.1.2 Partizipation

Das Ausmaß gesellschaftlicher Partizipation hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht verringert, bei Mitgliedschaften und freiwilligem Engagement gibt es tendenziell sogar einen Aufwärtstrend. Rückläufig ist allerdings die Wahlbeteiligung. Deutsche beteiligen sich am stärksten bei Sport, Freizeit, Kultur und Sozialem, weniger bei Umwelt- und Tierschutz, politischen Parteien und Interessenvertretungen. Traditionelle Großverbände verlieren Mitglieder zugunsten informeller, kleinerer Assoziationen. Die Beteiligung wird fluider und situativer, es kommt zu einem Strukturwandel.

In Ostdeutschland findet sich eine insgesamt geringere Beteiligung, ebenso bei Personen mit geringerem sozioökonomischem Status, bei Frauen sowie bei Migrantinnen. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei nahezu allen Partizipations-Indikatoren im Mittelfeld.

Stand und Entwicklung

Mitgliedschaften

50-60 Prozent
sind Mitglieder in
Vereinigungen

Eine wichtige Quelle für Zahlen zur Mitgliedschaft in Vereinigungen sind Umfragen (Selbstausskunft). Offe & Fuchs (2001) geben auf Grundlage verschiedener Befragungen (Institut für allgemeine Sozialwissenschaften [im Folgenden: INFAS], BAT Freizeitforschungsinstitut, Wohlfahrtsurvey, Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften [im Folgenden: ALLBUS]) für den Zeitraum 1953 bis 1996 die Gesamtzahl der Westdeutschen wieder, die Mitglieder in einer eingetragenen bzw. registrierten Vereinigung sind. Die Zahlen fallen je nach Studie unterschiedlich hoch aus, sind aber innerhalb der Studien über die Zeit hinweg konstant geblieben und betragen zumeist zwischen 50 und 60 Prozent.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Alscher et al. (2009) für den Zeitraum 1980 bis 2008. Auch hier sind die Prozentwerte je nach Datengrundlage (Sozio-oekonomisches Panel [im Folgenden: SOEP], ALLBUS, ESS) unterschiedlich hoch, zeigen aber über die Zeit ein recht konstantes Niveau. Wie verteilen sich die Mitgliedschaften? Sportvereine und Kirchen weisen die meisten Mitglieder auf, sozial- und kulturorientierte Vereinigungen belegen mittlere Plätze, politische Vereinigungen, Umwelt- und Tierschutzvereine sowie Bürgerinitiativen haben eher weniger Mitglieder (Braun, 2005; Gensicke & Geiss, 2010; Immerfall, 1997).

Mitgliedschaften werden auch von statistischen Ämtern und den Vereinigungen selbst erfasst. Alscher et al. (2009) zeigen die Mitgliederentwicklung zwischen 1991 und 2007 anhand von Jahrbüchern des statistischen Bundesamtes. Es ergibt sich ein deutlicher Mitgliederschwund bei Gewerkschaften und Parteien, abgeschwächt auch bei den Kirchen und dem Sängerbund. Leicht steigenden Zulauf hatte der Sportbund. Dathe et al. (2010) kommen auf Basis von Mitgliederstatistiken der einzelnen Vereinigungen zu ähnlichen Ergebnissen.

Engagement

Zahlen zu Mitgliedschaften sagen nur begrenzt etwas über zivilgesellschaftliches Engagement aus, weil erstens (im Falle von Register-Daten) auch sogenannte Karteileichen mit erfasst werden, und zweitens freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement auch von Nicht-Mitgliedern geleistet wird (Gensicke & Geiss, 2010).

71 Prozent
engagieren sich

Trendstudien zeigen, dass der Anteil der ehrenamtlich oder freiwillig Aktiven zwar Schwankungen aufweist, langfristig aber angestiegen ist, nämlich von acht Prozent 1954 auf 30 Prozent 2007 (Alscher et al., 2009; Priller, 2006; ähnlich Heinze H & Olk 2002). Der Freiwilligensurvey ermittelte zwischen 1999 und 2009 ebenfalls einen Anstieg der Engagementquote von 66 auf 71 Prozent (Gensicke & Geiss, 2010). Dieser Anstieg zeigte sich bei Männern wie Frauen und in nahezu allen Altersgruppen und sozialen Schichten. Auch beim aktiven Engagement stehen an vorderer

Stelle Sport und Freizeit, soziale Dienste und Religion. Politische Interessensvertretungen sowie Bürgerinitiativen bilden Bereiche mit eher geringerer aktiver Beteiligung (vgl. Gaskin et al., 1996; Gensicke & Geiss, 2010; Priller, 2006).

Insgesamt deutet wenig auf einen Rückgang der Partizipation in Deutschland hin (Alscher et al., 2009; Klages, 2002; siehe auch von Rosenblatt, 2002); allerdings sprechen Experten von einem Strukturwandel. So hat die Bereitschaft abgenommen, sich auf zeitlich umfangreiche Verpflichtungen einzulassen: Die Bindungsbereitschaft sinkt, die Bereitschaft zum Austritt steigt. Die traditionellen Großorganisationen wie Parteien, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen verlieren (aktive) Mitglieder, dafür erleben eher informelle kleine Vereine, Initiativen und Netzwerke einen Aufschwung (Alscher et al., 2009; Heinze & Strünk, 2001; Klages, 2002; Offe & Fuchs, 2001; Priller, 2002). Ehrenamtliches Engagement ist heute stärker an der Frage ausgerichtet, wie es sich mit sonstigen Interessen und zeitlichen Kapazitäten der Menschen vereinbaren lässt (Klages, 2002). Hauptmotive für Engagement sind weniger Idealismus und christliche Nächstenliebe als eine Kombination von Gemeinschaftssuche, persönlicher Betroffenheit, politischem Veränderungswillen und Selbstverwirklichung (Heinze & Strünk, 2001). Das „neue Ehrenamt“ ist situativer, problembezogener und stärker auf seine biografische Passung hin ausgerichtet. Inhaltlich ist gesellschaftliche Partizipation stärker als früher auf Freizeit und Erholung bezogen (Alscher et al., 2009; Offe & Fuchs, 2001).

Strukturwandel
der Partizipation

Partizipation
bezieht sich auf
Freizeit und
Erholung

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Viele Untersuchungen berichten Ergebnisse für verschiedene Teilgruppen der Bevölkerung. Mit Blick auf das Lebensalter ist der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in den mittleren Jahrgängen (30-59, unterschiedliche Altersklassen je nach Studie) offenbar am größten. Dies ist ein über die Zeit stabiles Muster (Alscher et al., 2009; Ehling & Schmidt, 2002; Gaskin et al., 1996; Gensicke & Geiss, 2010; Heinze & Olk, 2002). Weiterhin sind Gebildete bzw. Einkommensstarke engagierter (Alscher et al., 2009; Ehling & Schmidt, 2002; Gensicke & Geiss, 2010; Immerfall, 1997). Männer sind aktiver als Frauen und nehmen außerdem eher die prestigeträchtigeren Ehrenämter ein, zum Beispiel in Vorständen (Alscher et al., 2009; Ehling & Schmidt, 2002; Endres & Back, 2002; Gensicke & Geiss, 2010; Heinze & Olk, 2002; Immerfall, 1997). Grund dafür ist wohl, dass Frauen durch die stärkere Wahrnehmung familiärer Verpflichtungen zeitlich weniger flexibel als Männer sind (Endres & Back, 2002). Die Engagementquote ist in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland. Ehling und Schmidt (2002) sowie Priller (2002) dokumentieren dies für die neunziger Jahre, Alscher et al. (2009) sowie Gensicke und Geiss, (2010) für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Die Unterschiede bewegen sich dabei im Bereich von sechs bis zehn Prozentpunkten. Weiterhin sind Menschen mit Migrationshintergrund weniger aktiv; dies trifft besonders für Einwanderer der ersten Generation zu (Akgün, 2008; Alscher et al., 2009; Gensicke, Picot, & Geiss, 2006). Die zweite Generation mit deutscher Staatsbürgerschaft liegt in ihrem Engagement nur geringfügig unter dem Durchschnitt der Mehrheitsbevölkerung; außerdem ist diese stärker als die erste Generation in deutschen Vereinen oder Organisationen aktiv. Migranten engagieren sich

Gebildete und
Einkommensstarke
engagieren sich
stärker

Im Osten weniger
Engagement als im
Westen

Migranten weniger
aktiv; zweite
Generation holt auf

am stärksten in den Bereichen Schule und Kindergarten sowie Sport und Bewegung (Gensicke et al., 2006). Unterrepräsentiert sind sie z.B. bei der freiwilligen Feuerwehr, in Umwelt- und Naturschutz, und in den Bereichen Gesundheit sowie Unfall- und Rettungsdienst (Akgün, 2008; Gensicke et al., 2006). Dies könnte u.a. an konservativen deutschen Verbandsstrukturen liegen sowie an der Sorge der Migrant*innen, in bestimmten Vereinen nicht erwünscht zu sein (Akgün, 2008). Baier (2012) belegt etwa, dass z.B. Jugendliche, die in der freiwilligen Feuerwehr engagiert sind, im Durchschnitt fremdenfeindlichere Einstellungen haben als andere Jugendliche.

Internationaler Vergleich

Bei Mitgliedszahlen und Engagementquoten belegt Deutschland in der Regel einen Platz im Mittelfeld. Immerfall (1997) berichtet dies für das Jahr 1990 (Eurobarometer), Green et al. (2009) sowie Adam (2008) für das Jahr 1999 (World Values Survey [im Folgenden: WVS]) und Alscher et al. (2009, ESS), Gesthuizen et al. (2009, Eurobarometer) sowie Adam (2008, Eurobarometer) für den Zeitraum 2002-2004. Allerdings wird eine genaue Bestimmung dadurch erschwert, dass Deutschland mit wechselnden Ländern verglichen wird: mal mit europäischen Nationen, mal mit OECD-Staaten, mal weltweit. Gaskin et al. (1996) zufolge liegt Deutschland im OECD-Vergleich an vorletzter Stelle von neun Ländern. Alscher et al. (2009) berichten Ländervergleiche basierend auf drei verschiedenen Umfragen. Laut ESS 2002/2003 nimmt Deutschland eine Position im Mittelfeld der 20 erfassten europäischen Länder ein, laut Eurobarometer 2006 einen Platz in der Spitzengruppe (Rang 4 von 25 europäischen Ländern). In einer dritten internationalen Umfrage (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe 2006) liegt Deutschland wiederum im Mittelfeld (Alscher et al., 2009). Ähnlich uneindeutige Befunde liefert Adam (2008).

Deutschland
im Mittelfeld

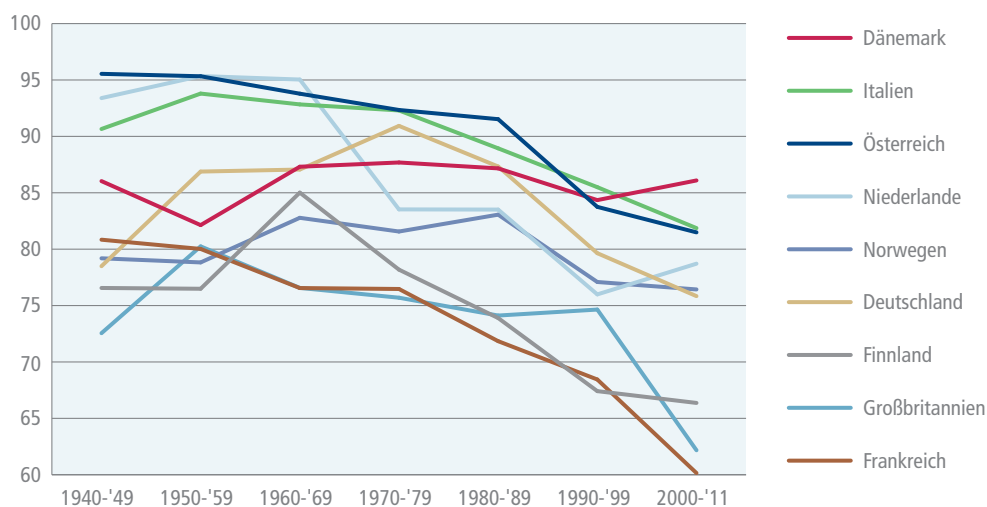
Politisches Handeln: Stand und Entwicklung im internationalen Vergleich

Immer weniger
Menschen
beteiligen sich
an Wahlen

Politische Partizipation wird jenseits von (aktiver) Mitgliedschaft in politischen Organisationen auch an der Wahlbeteiligung und den politischen Aktivitäten der Bürger festgemacht. Die Beteiligung an Bundes- und Landtagswahlen lag 2009 bei 71 Prozent. Zwischen 1949 (79 Prozent) und 1972 (91 Prozent) gab es zunächst einen Anstieg, seitdem nehmen jedoch immer weniger Wahlberechtigte an Wahlen teil (Eilfort, 2009; Jaschke, 2009). Dies wird oft als Indikator für wachsende Politikverdrossenheit interpretiert (Arzheimer, 2002). Ein europäischer Vergleich zeigt, dass Deutschland im Großen und Ganzen im europäischen Trend liegt (Abbildung 8).

Abbildung 8: Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen 1945-2011 im Vergleich mit ausgewählten europäischen Ländern

Angaben in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Datenbasis des Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA).

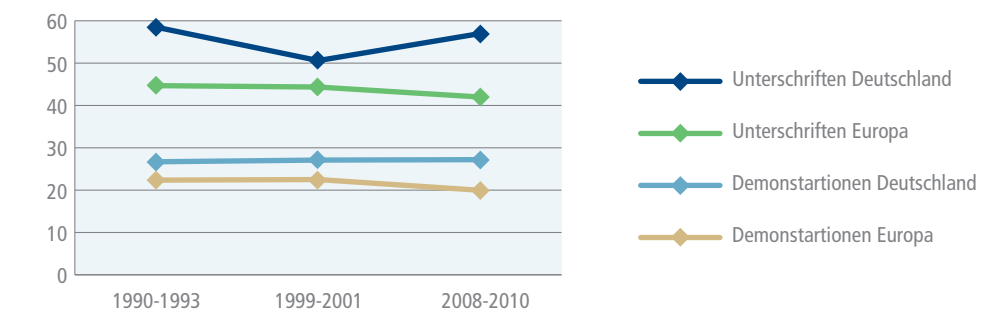
| BertelsmannStiftung

Für den Bereich politische Aktivitäten haben wir Daten aus drei Erhebungswellen der European Values Study (im Folgenden: EVS) ausgewertet. Abbildung 9 zeigt die Prozentwerte für die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion und an einer friedlichen Demonstration. Zum Vergleich ist der Durchschnittswert von 27 EU-Ländern plus Norwegen und der Schweiz abgebildet. Der Anteil der Personen, die an einer der beiden politischen Aktivitäten teilgenommen haben, ist über die drei Erhebungszeitpunkte weitestgehend stabil geblieben. Die Deutschen haben sich dabei häufiger an Unterschriftenaktionen und Demonstrationen beteiligt als andere Europäer.

Deutsche beteiligen sich häufiger bei Unterschriftenaktionen und Demonstrationen

Abbildung 9: Beteiligung an Unterschriftenaktion und friedlicher Demonstration

Angaben in Prozent der Teilnehmer, die angegeben haben, eine der politischen Aktivitäten schon einmal ausgeführt zu haben



Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem World Value Survey.

| BertelsmannStiftung

3.1.3 Vertrauen

Das Vertrauen in die Mitmenschen ist in Deutschland seit Ende der 50er Jahre gestiegen; seit den 90er Jahren bleibt es offenbar stabil. Im internationalen Vergleich findet sich Deutschland je nach Vergleichsländern meist im mittleren Drittel. Bei Westdeutschen ist das soziale Vertrauen höher als bei Ostdeutschen. Beim Institutionenvertrauen schenken Deutsche den regulierenden Institutionen deutlich mehr Vertrauen als den politischen Institutionen und Politikern. Gerade das politische Vertrauen hat sich mittelfristig verringert. Ostdeutsche haben seit der Vereinigung zwar mehr Vertrauen in nahezu alle Institutionen gefasst, vertrauen ihnen aber immer noch weniger als Westdeutsche dies tun.

Stand und Entwicklung

Das Ausmaß an Vertrauen ist ein Standardindikator in nationalen und internationalen Umfragen. Erfasst werden zwei Arten von Vertrauen: Vertrauen in die Mitmenschen (soziales Vertrauen) und Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen sowie Autoritätspersonen (Institutionenvertrauen oder politisches Vertrauen).

Vertrauen in Mitmenschen

60 Prozent haben kein Vertrauen in Mitmenschen

In Deutschland haben derzeit knapp 40 Prozent der Menschen generelles Vertrauen in ihre Mitmenschen. Langfristig scheinen die Deutschen mehr soziales Vertrauen gefasst zu haben, wie ein kräftiger Anstieg nach dem zweiten Weltkrieg belegt. Seit ca. 1990 ist das Vertrauensniveau relativ stabil geblieben (trendlose Schwankung). Allerdings gewährleistet diese lange Zeitreihe nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit. Strikt vergleichbare Daten zeigen einen Vertrauensanstieg auch in den letzten Jahrzehnten – etwa zwischen 1981 und 1990 (Immerfall, 1997) bzw. 1990 und 2005 (Morrone et al., 2009). Unsere eigene Auswertung von ESS-Daten zeigt einen Anstieg zwischen 2006 und 2008, dann 2010 einen Vertrauensrückgang.

Institutionenvertrauen

Deutsche vertrauen regulierenden Institutionen wie Justiz und Polizei stärker als politischen Institutionen wie Bundestag und Bundesregierung bzw. Politikern. Während etwa drei Viertel der Deutschen der Polizei vertrauen, vertraut nur ein Drittel dem Parlament und nicht mehr als ein knappes Fünftel den Politikern (Tabelle 1, s. auch Gabriel & Zmerli, 2006). Dieses Muster findet sich bereits in den 1980er Jahren (Zmerli, 2004, ALLBUS-Daten) und gilt für die meisten Länder Europas.

Wenig Vertrauen zur Politik

In längerfristiger Perspektive scheint das Institutionenvertrauen zu schwinden. Seit 1984 ist das Vertrauen in politische Institutionen in Westdeutschland zurückgegangen (Zmerli, 2004). Auch Meier (1996) berichtet Zahlen für Westdeutschland, die auf einen Rückgang des Vertrauens in politische Institutionen in der ersten Hälfte der 90er Jahre hinweisen. Krüger (1995) bildet das durchschnittliche Vertrauen in politische und regulierende Institutionen von 1984 bis 1992 ab und findet ebenfalls einen Vertrauensrückgang. Erklärt wird dieser auch internationale Trend durch das Phänomen des „kritischen Bürgers“ (Norris, 1999), der hohe Anforderungen an politische Institutionen und Politiker stellt.

Vertrauen in Institutionen nimmt ab

Tabelle 1: Anteil der Personen, die Vertrauen in staatliche Institutionen zeigen

	Polizei			Gerichte			Parlament			Politiker		
	2002	2004	2008	2002	2004	2008	2002	2004	2008	2002	2004	2008
West	76	71	77	58	54	59	34	29	36	17	14	17
Ost	62	62	63	43	42	45	21	23	25	12	14	14

Anmerkung: Angaben in Prozent derjenigen, die auf einer Skala von 0-10 mindestens einen Wert von 6 angeben.

Quelle: Daten für 2002 und 2004 aus Gabriel & Zmerli, 2006; Daten für 2008 eigene Berechnungen basierend auf dem European Social Survey.

| BertelsmannStiftung

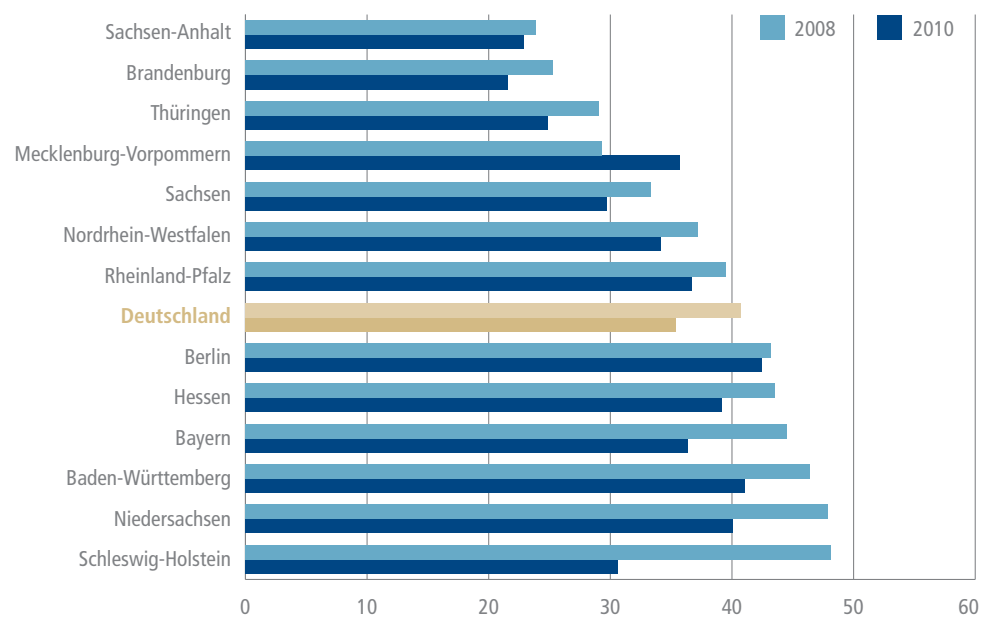
Unterschiede innerhalb Deutschlands

Vertrauen in Mitmenschen

Wie auch die meisten anderen Studien weist unsere eigene Auswertung mit neuesten ESS-Daten (siehe Abbildung 10) auf ein höheres Vertrauensniveau in den alten im Vergleich zu den neuen Bundesländern hin. Gleiches gilt für eine deutschlandweite Befragung von Schülern der neunten Klasse (Baier, 2012): Jugendliche in den neuen Bundesländern haben weniger nachbarschaftliches Vertrauen. Eine regionale Differenzierung ergab sich dabei auch innerhalb der alten Bundesländer: Das größte Vertrauen haben norddeutsche Schüler, gefolgt von westdeutschen und süddeutschen Schülern.

Weniger Vertrauen in Ostdeutschland

Abbildung 10: Anteil der Personen mit generellem Vertrauen



Anmerkung: Ohne Saarland, Bremen und Hamburg, da in diesen Bundesländern weniger als 50 Teilnehmer befragt wurden. Prozentsatz entspricht dem Anteil der Personen, die auf einer Antwortskala von 1 („lieber vorsichtig sein“) bis 10 („vertrauen“), mindestens den Wert 6 angegeben haben.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem European Social Survey.

BertelsmannStiftung

Institutionenvertrauen

Ostdeutsche sehen Institutionen etwas skeptischer als Westdeutsche. Gabriel und Zmerli (2006) zufolge ist dieses West-Ost-Gefälle darauf zurückzuführen, dass nach dem politischen Umbruch 1989 das Vertrauen in politische und regulierende Institutionen in Ostdeutschland – wie auch in anderen post-kommunistischen Ländern – aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrungen mit den dortigen Regimen noch gering ausgeprägt war und erst wachsen musste. Tatsächlich haben sich die Ost-West-Unterschiede seit der Wiedervereinigung verringert, denn die Ostdeutschen schenken heute allen Institutionen mehr Vertrauen als zu Beginn der 90er Jahre. (Zmerli, 2004).

Internationaler Vergleich

Vertrauen in Mitmenschen

Der Rangplatz Deutschlands variiert je nach Vergleichskontext: Im weltweiten Vergleich zählt Deutschland durchaus zu den Trust-Countries (oberes Drittel, vgl. Delhey, Newton & Welzel, 2011). In der OECD und Europa nimmt es einen Platz im oberen Mittelfeld ein. Vertrauensspitzenreiter sind die Skandinavier (vgl. Delhey & Newton, 2002).

Institutionenvertrauen

Ein gering ausgeprägtes Vertrauen in politische (im Vergleich zu regulierenden) Institutionen zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern (Gabriel & Zmerli, 2006). Wie steht Deutschland aber insgesamt beim institutionellen Vertrauen da? Dickes, Valentova & Borsenberger (2009) haben mit EVS-Daten von 1999 einen summarischen Index Institutionenvertrauen gebildet. Eingang fanden Fragen zum Vertrauen in Verteilungssysteme (Bildungssystem, soziales Sicherungssystem etc.), nationale Organisationen (Parlament, Polizei, Gewerkschaften etc.) sowie Autoritätsinstitutionen (Kirche, Armee). Unter 33 Ländern liegt Deutschland auf Platz 10 (West) bzw. 12 (Ost), also im oberen Mittelfeld. Ein Vergleich von 30 Demokratien anhand von WVS-Daten sieht Deutschland dagegen eher im unteren Drittel platziert (Morrone et al., 2009). Besonders schlecht schneidet Deutschland beim Vertrauen in Parlament und Regierung ab, besser beim Vertrauen in das Rechtssystem. Die schlechtere Einstufung im Vergleich zur Studie von Dickes et al. rührt vermutlich daher, dass letztere eine größere Zahl an Institutionen einbezogen hat.

3.1.4 Akzeptanz von Diversität

Ablehnende gruppenbezogene Aussagen finden in Deutschland im Schnitt eher geringe Zustimmung. Allerdings gibt es einen nennenswerten Anteil der Bevölkerung mit fremdenfeindlicher, antisemitischer bzw. islamfeindlicher Gesinnung. Weit verbreitet ist eine Assimilierungserwartung; multikulturelle Vielfalt wird weniger unterstützt. Stark abgelehnt werden sozial deviante Gruppen (Drogenabhängige, Straftäter) sowie Links- und Rechtsextreme. Bei der Entwicklung über die Zeit ist kein klarer und übergreifender Trend auszumachen; Homophobie, Sexismus, und Antisemitismus sind eher rückläufig. Einstellungen gegenüber Einwanderern und Muslimen sind jedoch nach wie vor eher ablehnend. In Ostdeutschland findet sich zwar stärkere Fremdenfeindlichkeit, die Werte für Homophobie, Sexismus und Antisemitismus sind aber vergleichbar mit denen in Westdeutschland. International vergleichende Studien sehen Deutschland in einer mittleren Position, bisweilen auch in der Ländergruppe mit vergleichsweise geringer Fremdenfeindlichkeit.

Stand und Entwicklung

Wir schließen uns der Auffassung an, dass moderner gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht, wie in älteren Arbeiten angenommen, Homogenität bezüglich Kultur, Religion, Werten und Lebensstil, sondern vielmehr den konstruktiven Umgang mit Heterogenität erfordert. Wie gehen Deutsche nun mit Heterogenität um? Wir haben Studien zusammengetragen, die diesbezüglich zwei Aspekte behandeln: Direkte (negative) Einstellungen zu anderen Gruppen und soziale Distanz.

Rein technisch kann das Ausmaß negativer Einstellungen und sozialer Distanz sowohl anhand von Skalenmittelwerten als auch anhand des Prozentsatzes derjenigen, die einer bestimmten Aussage zustimmen bzw. sie ablehnen, dargestellt werden.

Im Durchschnitt lehnen Deutsche negative Stereotype eher ab

Blank und Schmidt (2003) finden anhand von Daten aus dem Jahre 1996 auf einer Skala zur Erfassung abwertender Fremdgruppeneinstellungen für Deutschland einen durchschnittlichen Wert unterhalb des neutralen Skalenmittelwertes. Konkret bedeutet dies, dass die Befragten den abwertenden gruppenbezogenen Aussagen im Schnitt eher nicht zugestimmt haben. Auch Schmidt-Denter (2011) und Braun (2005) berichten beide für den Erhebungszeitraum 2002-2005 einen Durchschnittswert unterhalb der (neutralen) Mitte auf einer Fremdenfeindlichkeitsskala, also eher eine Ablehnung fremdenfeindlicher Aussagen. Die Studie der Bielefelder Forschergruppe zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF-Projektwebseite, 2011; Heitmeyer, 2010) berichtet Skalenmittelwerte zu ablehnenden Einstellungen gegenüber einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen: Ausländern, Juden, Muslimen, Homosexuellen, Obdachlosen, Menschen mit Behinderung sowie Langzeitarbeitslosen. Die Werte für das Jahr 2008 lagen in den meisten Fällen ebenfalls unter dem neutralen Skalenmittelwert. Lediglich für Fremdenfeindlichkeit lagen die Werte in den neuen Bundesländern über dem neutralen Skalenmittel (Heitmeyer, 2010), gleiches gilt für die gesamtdeutschen Werte zur Ablehnung von Langzeitarbeitslosen (GMF-Projektwebseite, 2011). All diese Befunde deuten grundsätzlich darauf hin, dass der/die Durchschnittsdeutsche negative gruppenspezifische Aussagen eher ablehnt als befürwortet.

Jeder Dritte äußert sich ablehnend gegenüber Homosexuellen oder Obdachlosen

Ein differenzierteres Bild liefern Angaben zum Anteil der Personen, die abwertenden Aussagen zustimmen (meist werden dabei die Werte für „stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst). So stimmten im Jahr 2006 27 Prozent der befragten Deutschen Ausländer ablehnenden Aussagen, wie „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zu. Etwa acht Prozent der Befragten stimmten antisemitischen Aussagen zu (Decker & Brähler, 2006). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird am differenziertesten von der Bielefelder Forschergruppe um Heitmeyer untersucht. Tabelle 2 stammt aus diesem Forschungskontext (Zick, Küpper & Wolf, 2010). Sie zeigt, dass einzelne abwertende Aussagen zu Zuwanderern, Juden und Muslimen auf vergleichsweise hohe Zustimmung, bis zur Hälfte der Befragten, treffen.

Tabelle 2: Prozentualer Anteil von Befragten mit ablehnenden gruppenspezifischen Einstellungen

Angaben in Prozent

Aussage	Anteil ¹ Zustimmung
Es leben zu viele Zuwanderer in Deutschland	50
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazizeit die Opfer gewesen sind	49
Der Islam ist eine Religion der Intoleranz	53
Es gibt nichts Unmoralisches an Homosexualität (Anteil Ablehnung)	38
Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden	35

Anmerkung: ¹Prozentualer Anteil der Personen, die der entsprechenden Aussage entweder „eher zustimmen“ oder „voll und ganz zustimmen“, außer bei der Aussage zu Homosexualität, hier wird der Prozentsatz an Ablehnung angegeben.

Quelle: Zick et al., 2010.

Bertelsmann Stiftung

Eine Befragung zur Akzeptanz unterschiedlicher Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens ergab, dass nach Meinung von 28 Prozent der Befragten unverheiratete Paare die gleichen Rechte haben sollten wie verheiratete Paare. 24 Prozent finden, gleichgeschlechtliche Paare sollten die gleichen Rechte haben wie (gemischtgeschlechtliche) verheiratete Paare (Noelle-Neumann & Köcher, 2002). Auch diese Zahlen deuten auf ein Akzeptanzdefizit alternativer Lebensformen hin. Gleichwohl wurden 2010 ein Drittel aller Kinder in Deutschland nicht ehelich geboren.⁴

Zur Akzeptanz kultureller Vielfalt zählt einerseits die Bereitschaft, Menschen verschiedener Herkunft die Aufrechterhaltung einer eigenen Kultur und Lebensweise zuzugestehen (Multikulturalismus), andererseits die Bereitschaft, sie an der deutschen Kultur teilhaben zu lassen. Letzteres stellt laut der Bielefelder Arbeitsgruppe durchaus die Mehrheitsmeinung dar: Über 90 Prozent stimmen der Aussage zu „Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer vollständig an unserem Leben teilhaben lassen“ (Babka von Gostomski, Küpper, & Heitmeyer, 2007), wobei allerdings unklar bleibt, was „an unserem Leben“ genau meint. Deutlich geringer war die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer so leben lassen, wie sie es gewohnt sind“ (69 Prozent im Jahre 2003, 44 Prozent im Jahre 2006). Dies deutet darauf hin, dass in der deutschen Bevölkerung eher eine Assimilierungserwartung - also das Gegenteil von kosmopolitischer Multikulturalität - besteht. Unsere eigenen Auswertungen des ALLBUS 2006 ergaben, dass etwa die Hälfte der Befragten in hohem Maße die Meinung vertritt „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen“ (Wert 7 auf einer siebenstufigen Skala; 80 Prozent der Befragten liegen über dem neutralen Skalenmittelwert).

Ob sich gruppenbezogene Einstellungen in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten in Richtung Aufgeschlossenheit verändert haben, lässt sich nicht pauschal beantworten. Zum einen ist häufig statt eines klaren Trends eher eine richtungslose Fluktuation auszumachen; zum anderen ergeben sich je nach Referenzgruppe unterschiedliche Einstellungsverläufe. Oft ist das Material sogar für eine Bezugsgruppe widersprüchlich, z.B. für Ausländer. Einerseits gibt es für den Zeitraum 1988-1992 (Eurobarometer) Hinweise auf eine negativere Haltung gegenüber Ausländern (wachsende Zustimmung zur Aussage „In Deutschland leben zu viele Menschen unterschiedlicher Herkunft“; Fuchs, Gerhards & Roller, 1993). Andererseits zeigt der ALLBUS für einen ähnlichen Zeitraum 1980 und 1994 einen Positiv-Trend in Bezug auf Einstellungen gegenüber Gastarbeitern (Terwey, 2000). Unsere eigenen, bestehende Zeitreihen fortschreibenden Auswertungen des ALLBUS (Vergleich 2006 mit 1996) zeigen eine wachsende Assimilationserwartung: ein Anstieg der Zustimmung zur Aussage „Ausländer sollten sich mehr dem Lebensstil der Deutschen anpassen“ von etwa 60 auf rund 80 Prozent. Decker und Brähler (2006) finden dagegen keine wachsende Ausländerfeindlichkeit - aber auch keine rückläufige - für die Jahre 2002, 2004 und 2006. Die Bielefelder Arbeitsgruppe wiederum verzeichnet ein Auf und Ab: Ansteigende Frem-

Von Migranten
erwarten deutsche
Befragte vor allem
Anpassung

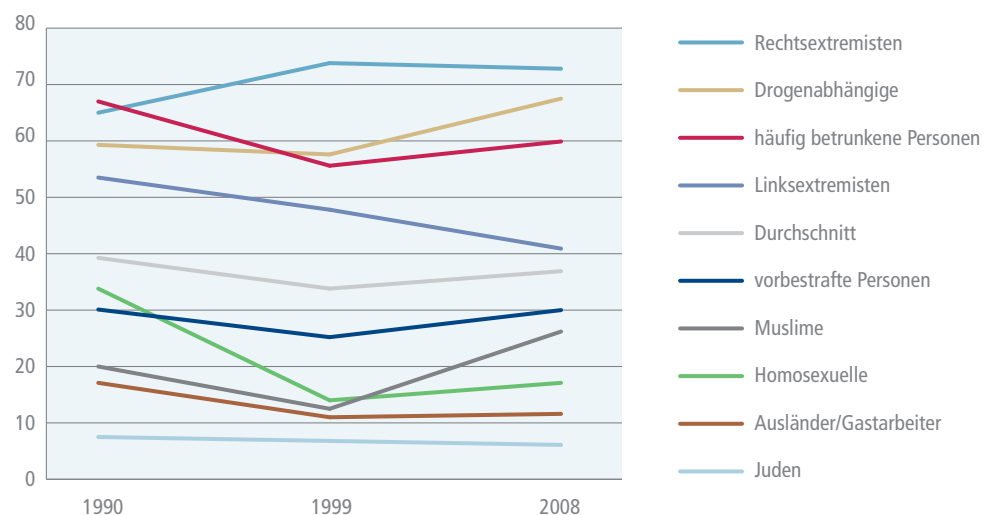
⁴ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/200794/umfrage/anteil-der-nichtehelich-geborenen-kinder-in-deutschland/>

denfeindlichkeit zwischen 2002 und 2005, danach ein Abflauen, seit 2009 wieder einen Anstieg. Die Islamfeindlichkeit ist in jüngerer Zeit angewachsen, während Homophobie, Sexismus sowie Antisemitismus seit 2002 kontinuierlich zurückgegangen sind (GMF-Projektwebseite, 2011; Heitmeier, 2010).

Die soziale Distanz ist nach Immerfall (1997) zwischen 1980 und 1990 insgesamt angestiegen. Erfragt wurde die Bereitschaft, Mitglieder bestimmter Gruppen in der Nachbarschaft zu haben (EVS-Daten). Die geringste Akzeptanz besteht für sozial deviante Gruppen (Drogenabhängige, Straftäter), gefolgt von Links- und Rechtsextremen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Für eine Einschätzung des Trends nach 1990 haben wir EVS-Daten der Jahre 1990, 1999 und 2008 herangezogen (Abbildung 11). Die Rangordnung der Gruppen ist relativ konstant. Zwischen 1990 und 1999 zeigt sich eine Verringerung der sozialen Distanz gegenüber fast allen Gruppen, besonders gegenüber Menschen mit homosexueller Orientierung. Rechtsextreme werden hingegen stärker abgelehnt. Zwischen 1999 und 2008 blieb die soziale Distanz dann entweder stabil (gegenüber Rechtsextremen, Homosexuellen, Einwanderern und Juden) oder stieg an (besonders gegenüber Muslimen). Einzig Linksextreme wurden in diesem Zeitraum verstärkt akzeptiert.

Abbildung 11: Soziale Distanz gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen

Anteil der Befragten, die Personen der entsprechenden Gruppe nicht als Nachbar haben möchten.



Quelle: Eigene Berechnung basierend auf der European Value Study.

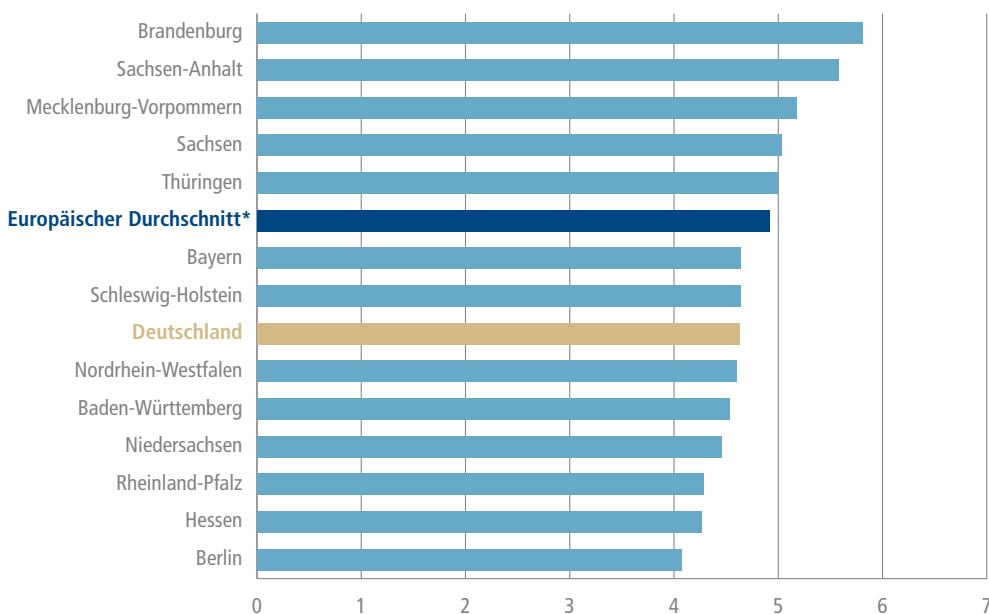
| BertelsmannStiftung

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich durchgehend, dass in den neuen Bundesländern negative Einstellungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund weiter verbreitet sind als im Westen. Dies war in den 1990er Jahren der Fall (Blank & Schmidt, 2003; Terwey, 2000) und hat sich bis heute erhalten (Decker & Brähler, 2006; Heitmeyer, 2008). Unsere eigenen Analysen des ESS 2008 bestätigen diesen Befund (siehe Abbildung 12). Heitmeyer (2008) berichtet weiterhin für Ostdeutschland eine stärker ausgeprägte Islamfeindlichkeit sowie eine stärkere Ablehnung von Obdachlosen und Menschen mit Behinderung. Keine Ost-West-Unterschiede finden sich dagegen bei Antisemitismus, bei Homophobie sowie bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Nur bei der Akzeptanz verschiedener Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens liegen die Ostdeutschen vor den Westdeutschen (Noelle-Neumann & Köcher, 2002). Neben dem generellen Ost-West-Unterschied gibt es noch andere regionale Auffälligkeiten. So ist die Ausländerfeindlichkeit in Bayern und Schleswig-Holstein höher ausgeprägt als in den anderen alten Bundesländern (Babka von Gostomski et al., 2007; Decker & Brähler, 2006).

Im Osten größere Ablehnung von Muslimen, Obdachlosen und Behinderten

Abbildung 12: Ablehnende Einstellungen zu Migranten nach Bundesländern



Anmerkung: *Durchschnitt basiert auf Belgien, Bulgarien, Schweiz, Tschechische Republik, Deutschland, Dänemark, Estland, Spanien, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Ungarn, Israel, Polen, Portugal, Russische Föderation, Schweden, Slowenien. Mittelwerte einer Drei-Item-Skala. Der Antwortbereich umfasst die Werte 0 (geringste Ablehnung) bis 10 (größte Ablehnung). Nicht dargestellt sind die Zahlen für Bremen, Hamburg und das Saarland, da hier jeweils weniger als 50 Personen befragt wurden.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem European Social Survey, 2010.

BertelsmannStiftung

Auch über individuelle sozialstrukturelle Determinanten negativer Einstellungen zu Ausländern ist einiges bekannt (Decker & Brähler, 2006; Heitmeyer, 2010; Terwey, 2000). Negativere Haltungen weisen Menschen im ländlichen Raum, ältere Menschen sowie die unteren Bildungsschichten und Einkommensklassen auf. Dieses Profil zeigt sich so auch in anderen Ländern. Indes berichtet Heitmeyer (2010) von einem Anstieg der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (z.B. Islamophobie, Antisemitismus, Etabliertenvorrechte) vor allem in den oberen Einkommensgruppen.

Deutschland im internationalen Vergleich

In Deutschland herrscht eher geringe Fremdenfeindlichkeit

Green et al. (2009) haben 18 Länder auf Basis einer Fremdenfeindlichkeitsskala verglichen, gebildet aus Daten des ISSP 1995. Danach findet sich in Westdeutschland eine eher geringe Fremdenfeindlichkeit, vergleichbar mit den USA, Niederlanden, Schweden, Japan und Spanien. Weniger fremdenfeindlich als Deutschland sind demnach Australien, Irland, Neuseeland und Kanada; fremdenfeindlicher sind dagegen Großbritannien, Österreich, Ungarn, Italien, Norwegen, die Tschechische Republik und Polen.

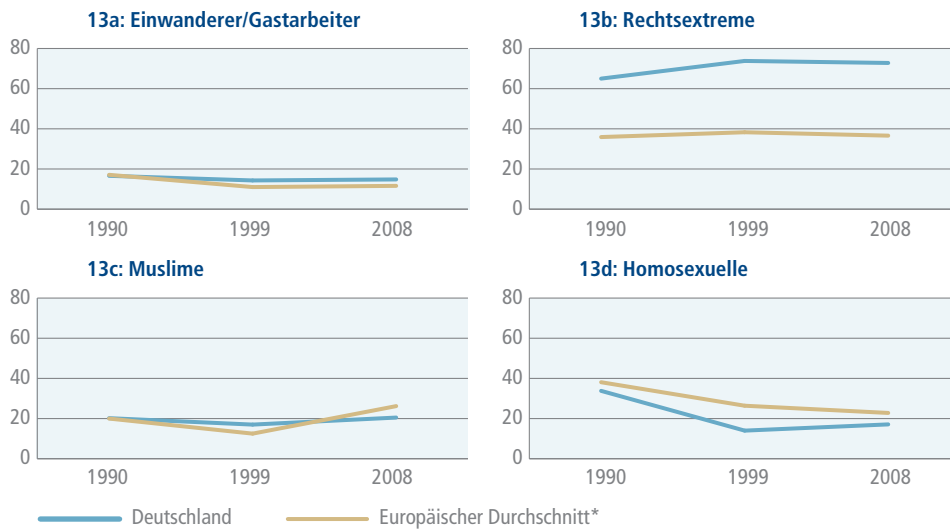
In der Studie von Schmidt-Denter (2011) lag die Fremdenfeindlichkeit – wie auch der Antisemitismus – deutscher Jugendlicher weitgehend auf dem Niveau der neun Vergleichsländer. Signifikante Unterschiede ergaben sich lediglich zu Dänemark (größere Fremdenfeindlichkeit der deutschen Jugendlichen) sowie zur Schweiz und zu Luxemburg (geringere Fremdenfeindlichkeit der deutschen Jugendlichen). Die deutschen Eltern erwiesen sich in dieser Studie als vergleichsweise wenig fremdenfeindlich (drittniedrigster Wert). In punkto Antisemitismus lagen die deutschen Eltern im Mittelfeld. Bei der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nimmt Deutschland hinsichtlich Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus, Homophobie und Ablehnung Obdachloser unter acht europäischen Ländern⁵ eine mittlere Position ein (Zick et al., 2010).

Wir haben in einer eigenen Auswertung die soziale Distanz der Deutschen im europäischen Vergleich analysiert (Akzeptanz bestimmter Personen in der Nachbarschaft). Wie in Abbildung 13 zu erkennen ist, distanzieren sich die Deutschen im Durchschnitt etwas weniger als die Europäer insgesamt von Einwanderern und Gastarbeitern sowie von Homosexuellen, dagegen deutlich mehr von Rechtsextremen. In Bezug auf Muslime ist das Muster uneindeutig, zuletzt (2008) war die Distanz der Deutschen zu ihnen größer als die der Europäer insgesamt.

⁵ Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Ungarn.

Abbildung 13: Soziale Distanz – Internationaler Vergleich

Prozent der Befragten, die Personen der entsprechenden Gruppe nicht als Nachbar haben möchten



Anmerkung: Der europäische Durchschnitt bezieht sich auf die Länder Österreich, Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Schweden und Großbritannien. Die Auswahl der Länder erfolgte nach Verfügbarkeit entsprechender EVS-Stichproben zu allen drei Messzeitpunkten.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf der European Value Study.

Bertelsmann Stiftung



3.2 Verbundenheit

Deutsche identifizieren sich primär lokal, erst danach national; dies haben sie mit Bürgern vieler anderer Länder gemein. Viele Deutsche fühlen sich ihrem Land verbunden und betrachten das Deutschsein als wichtigen Bestandteil der eigenen Identität. Allerdings sind nationale Identifikation und Verbundenheit schwächer ausgeprägt als in Nachbarländern, insbesondere der Nationalstolz. Ost-West-Unterschiede gibt es kaum, dafür regionale Unterschiede innerhalb Westdeutschlands. Das sozialstrukturelle Profil der Menschen mit starker Identifikation ist in der Tendenz eher älter, gering gebildet und ländlich geprägt.

3.2.1 Identifikation und Zugehörigkeitsgefühl

Zugehörigkeitsgefühl zu und Identifikation mit einer Gesellschaft (oder Region, Gemeinde) sind verwandte Konstrukte. Zugehörigkeitsgefühl umfasst die Selbstwahrnehmung, Mitglied einer Gruppe zu sein – ein Wir-Gefühl. Identifikation lässt sich eher mit dem Ausdruck *Eine bestimmte Gruppe ist ein Teil von mir* beschreiben. Selbstkonzept und persönliche Identität (*Wer bin ich und was macht mich aus?*) werden hingegen über die Mitgliedschaft in bestimmten Gruppen geprägt. So sinnvoll die Unterscheidung von Zugehörigkeitsgefühl und Identifikation theoretisch ist (weil sie u.a. zwischen emotionaler Bindung und kognitiver Auseinandersetzung unterscheidet), so wenig eindeutig lassen sich die empirischen Indikatoren den beiden Idealtypen zuordnen. Wir werden daher Identifikation und Zugehörigkeitsgefühl gemeinsam diskutieren. Folgende Indikatoren sind gebräuchlich:

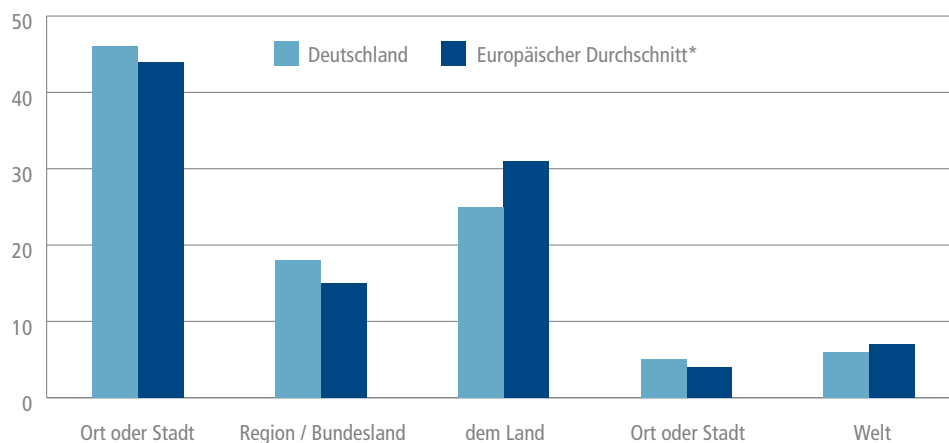
- Geografische oder soziale Einheit mit dem stärksten Zugehörigkeitsgefühl (z.B. „Zu welcher der folgenden geografischen Einheiten fühlen Sie sich am stärksten zugehörig [Wohnort, Region, Land, Kontinent, Welt]?“)
- Subjektiv erlebte Nähe (z.B. „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche/r?“)
- Nationalstolz (z.B. „Ich bin stolz, ein/e Deutsche/r zu sein.“)

Stand und Entwicklung

Der WVS erfasst das Zugehörigkeitsgefühl zu verschiedenen geografischen Einheiten: zum eigenen Wohnort, zur Region/zum Bundesland, zur Nation, zum Kontinent, zur Welt. Gefragt wird dort nach der Priorität: „Zu welcher der folgenden geografischen Gruppen fühlen Sie sich am stärksten [zweitstärksten] zugehörig?“ Für Deutschland liegen Daten aus dem Jahre 1997 vor. Diese haben wir im Rahmen dieser Sichtungsstudie analysiert (siehe Abbildung 14).

Abbildung 14: Welcher geografischen Einheit fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig?

Angaben in Prozent



Anmerkung: *Durchschnittswert europäischer Teilnehmerländer der WVS-Erhebung von 1997, in denen diese Angaben erhoben wurden: Tschechische Republik, Estland, Finnland, Deutschland, Ungarn, Norwegen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem World Value Survey, 1997.

BertelsmannStiftung

Der größte Anteil der Befragten (46 Prozent) fühlte sich an erster Stelle seinem Wohnort zugehörig. Ein Viertel der Befragten gab als primäre Bezugseinheit Deutschland als Ganzes an. Lokale Identifikation vor nationaler Identifikation – dieser Befund wird von anderen Untersuchungen bestätigt. Nach einer Umfrage der Identity Foundation (2009) stimmt rund die Hälfte der befragten Personen der Aussage zu, die Heimatregion sei ihr wichtiger als Gesamtdeutschland. Das ISSP aus dem Jahre 2003 fragte Personen nach den drei Gruppen, mit denen sie sich am meisten identifizieren. Vorgegeben wurden 10 Antwortalternativen, unter denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Rangfolge der drei wichtigsten Bezugsgruppen wählen sollten. Unsere eigenen Analysen dieser Daten bestätigen, dass sich Deutsche eher mit ihrer Region als mit Gesamtdeutschland identifizieren. Die eigene Region wurde von mehr Teilnehmern als wichtigste Identifikationsquelle angegeben als Gesamtdeutschland.

**Größte
Identifikation
mit dem Wohnort**

Andere vergleichbare Daten liegen aus neueren Studien vor. In der Studie von Schmidt-Denter (2011) wurden zwischen 2002 und 2005 Jugendliche und deren Eltern zu verschiedenen Aspekten nationaler Identität befragt. Auf einer fünfstufigen Antwortskala ist die Identifikation mit dem Wohnort (Mittelwert ca. 2,8⁷) am stärksten ausgeprägt, gefolgt von Gesamtdeutschland (ca. 2,7) und der Region/dem Bundesland (ca. 2,4). Alle Skalenmittelwerte liegen unter dem neutralen Wert, d.h. die befragten Jugendlichen geben im Schnitt an, sich eher nicht mit diesen geografischen Einheiten zu identifizieren.

⁶ Derzeitiger Beruf, ethnische Gruppe, Geschlecht, Altersgruppe, Religion, politische Partei, Nationalität, Familienstatus (z.B. Sohn/Tochter, Mutter/Vater, Ehefrau/Ehemann), soziale Schicht, Region des Wohnortes.

⁷ Befunde sind einer Grafik entnommen, keine genauen Zahlenangaben.

47 Prozent sehen sich als Deutsche und Europäer

Das Eurobarometer-Programm setzt Deutschland als Identifikationseinheit in Beziehung zu Europa als zusätzliche bzw. alternative Einheit: „Sehen Sie sich in naher Zukunft eher als Deutsche, als Deutsche und Europäer, als Europäer und Deutsche, oder nur als Europäer?“ Unsere eigene Auswertung ergab für 2010, dass sich die Mehrzahl der Befragten als Deutsche/r und Europäer/in (47 Prozent) sieht. Weitere 39 Prozent sahen sich ausschließlich als Deutsche (exklusive nationale Identität). Über den Zeitraum 1992-2010 gab es kaum Veränderung. So bewegte sich der Anteil derer, die sich exklusiv als Deutsche/r oder als Deutsche/r und Europäer/in sehen, in einem engen Korridor von zusammen 80-85 Prozent, je nach Untersuchungsjahr, wobei die doppelte stets vor der exklusiven Identität lag.

Das ISSP erfragte 1995 und 2003, wie eng sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ihrem Land verbunden fühlen. In beiden Jahren gaben ungefähr 80 Prozent der deutschen Befragten an, sich Deutschland „eng“ oder „sehr eng“ verbunden zu fühlen (siehe Abbildung 15 unten). Die Identity Foundation (2009) fragte: „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche/r?“ Die Mehrheit der Befragten fühlte sich stark bis sehr stark als Deutsche – 81 Prozent wählten einen Wert zwischen sieben und zehn auf der zehnstufigen Skala.

Die Daten der Identity Foundation (2009) ermöglichen darüber hinaus einen Einblick in die Gründe, warum Menschen sich mit Deutschland identifizieren. 83 Prozent der Befragten sehen den Grund eher sachlich-pragmatisch: „Ich fühle mich mit Deutschland verbunden, weil ich in Deutschland geboren bin“ (Werte 7 bis 10 auf einer zehnstufigen Skala). An zweiter Stelle (70 Prozent) folgt ein emotionaler Grund: „...weil mein Herz an Deutschland hängt“. An dritter und vierter Stelle (je 63 Prozent) stehen eher auf kulturelle Merkmale abzielende Motive (Wertschätzung deutscher Traditionen und Brauchtümer; Wertschätzung deutscher Tugenden und Charaktereigenschaften). Weiterhin sehen 44 Prozent in Leistungen der Deutschen in Sport, Politik und Wirtschaft einen Grund, sich stark oder sehr stark mit dem Land zu identifizieren.

Im Schnitt fühlen sich die Deutschen ihrem Land verbunden

Andere Studien haben erfragt, wie wichtig das eigene Deutschsein ist. Blank und Schmidt (2003) erfassten beispielsweise die Zustimmungstendenz zu drei Aussagen: zur Wichtigkeit, ein/e Bürger/in Deutschlands zu sein, die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen und/oder eine innere Bindung an Deutschland zu haben. Der oder die Durchschnittsdeutsche liegt bei allen drei Aussagen über dem neutralen Skalenmittelwert, d.h. die Befragten stimmen den Aussagen tendenziell zu. Dies spricht für eine Verbundenheit mit dem Land.

Die Entwicklung über die Zeit verläuft in Ost- und Westdeutschland offenbar unterschiedlich (Becker, Christ, Wagner & Schmidt, 2009). Die Angaben basieren auf Daten des ALLBUS 1991 und 2000 sowie auf Daten der Bielefelder Forschergruppe zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (2002 bis 2008). Unter westdeutschen Befragten hat sich der Grad der Identifikation sowohl mit West- als auch mit Gesamtdeutschland zwischen 1991 und 2000 nicht verändert, seit 2002 ist indes eine wachsende Identifikation zu beobachten. Ostdeutsche Befragte hingegen zeigten zwischen 1991 und 2000 zunächst eine (signifikant) abnehmende Identifikation mit Gesamtdeutsch-

land, seit 2002 wieder eine zunehmende. Die Identifikation der Ostdeutschen mit Ostdeutschland verhält sich spiegelbildlich dazu, insofern als sie erst eine markante Zunahme nach der Vereinigung, dann einen Rückgang aufweist.

Einen umstrittenen Indikator stellt in diesem Zusammenhang der Nationalstolz dar. Für die einen ist er eine Komponente der affektiven Bindung an die Gemeinschaft, für andere eher Ausdruck von Nationalismus und Überlegenheitsansprüchen (vgl. Blank & Schmidt, 2003; Schmidt-Denter, 2011; Westle, 1995; 1999). Einer Umfrage von 1996 zufolge sind knapp 60 Prozent der Deutschen „sehr stolz“ bzw. „eher stolz“, Deutscher bzw. Deutsche zu sein (Blank & Schmidt, 2003). Zu einem ähnlichen Wert gelangt die Identity Foundation (59 Prozent). Zum Vergleich haben wir die Daten des ALLBUS 2010 ausgewertet: 74 Prozent der Befragten gaben an, sie seien „ziemlich stolz“ bzw. „sehr stolz“ darauf, Deutsche/r zu sein. Der Nationalstolz ist über die vergangenen 15 Jahre hinweg offenbar bei Ost- und Westdeutschen angestiegen (Becker et al., 2009).

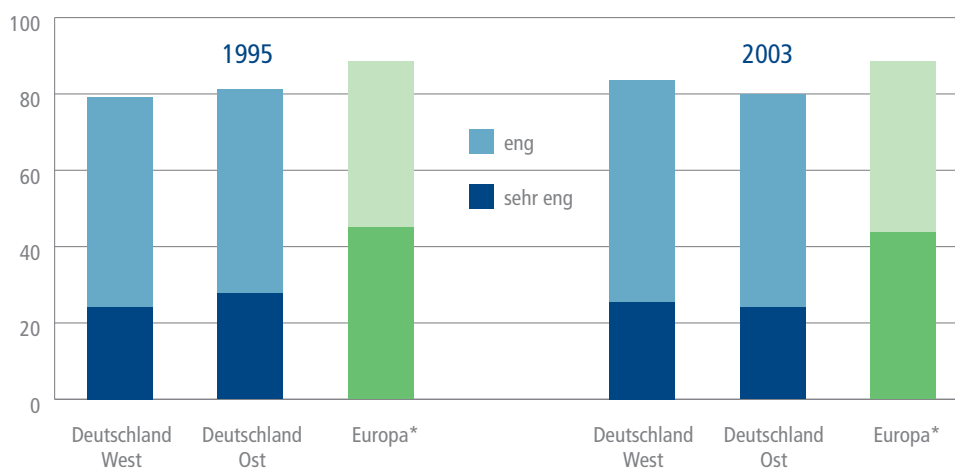
Nationalstolz
nimmt zu

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Bei den Trends haben wir bereits über unterschiedliche zeitliche Verläufe der Identifikation in Ost und West berichtet. Was die Stärke der Identifikation und Verbundenheit angeht, scheint es insgesamt jedoch nur geringe Unterschiede zu geben. Dies zeigen zum Beispiel die Werte zur Verbundenheit mit Deutschland (ISSP, siehe Abbildung 15).

Abbildung 15: Inwieweit fühlen Sie sich mit Deutschland verbunden?

Prozentsatz der Befragten, die sich mit Deutschland „eng“ oder „sehr eng“ verbunden fühlen.



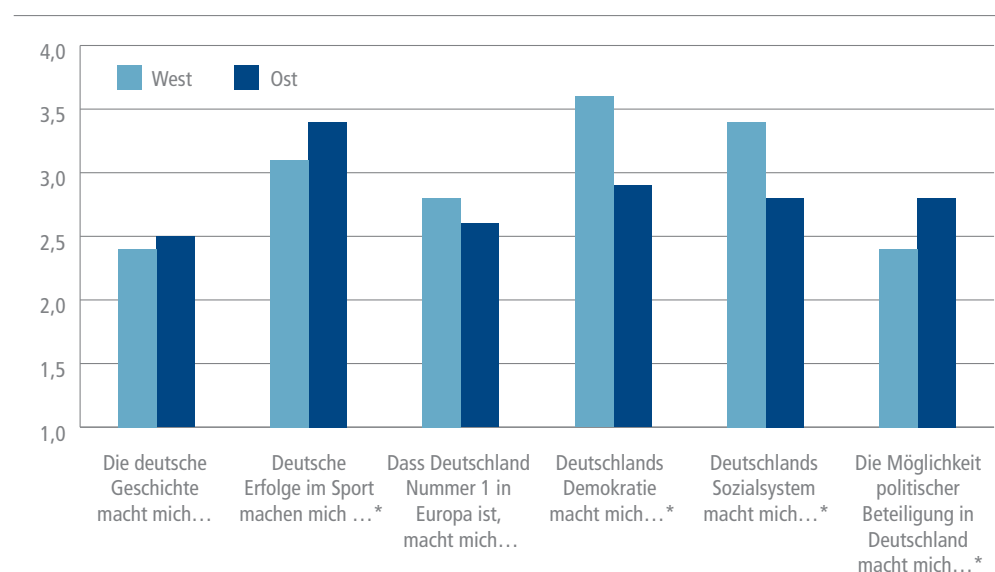
Anmerkung: *Durchschnittswert europäischer Teilnehmerländer: Deutschland, Großbritannien, Österreich, Ungarn, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Tschechische Republik, Slowenien, Polen, Bulgarien, Spanien, Lettland, Slowakische Republik.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem International Social Survey Programme.

BertelsmannStiftung

Der Studie von Blank & Schmidt (2003) zufolge ist Westdeutschen die Zugehörigkeit zu Deutschland wichtiger als Ostdeutschen, was aber – wie die Autoren hervorheben – daran liegen dürfte, dass als Bezugsgruppe die Bundesrepublik Deutschland vorgegeben wurde, was für viele Ostdeutsche eher Assoziationen mit den alten Bundesländern weckt. Hinsichtlich ihres Nationalstolzes unterscheiden sich beide Landesteile jedenfalls nicht (Ost: 59 Prozent, West: 57 Prozent). Abbildung 16 gibt einen Einblick, worauf sich der Nationalstolz bezieht. Beachtenswert ist dabei der vergleichsweise geringere Stolz der Ostdeutschen auf Deutschlands Demokratie und sein Sozialsystem.

Abbildung 16: Mittelwerte der Antworten auf verschiedene Bezugsaspekte von Nationalstolz



Anmerkung: Die Gesamtskala umfasste die Werte 1 („überhaupt nicht stolz“) bis 5 („sehr stolz“). *Statistisch signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

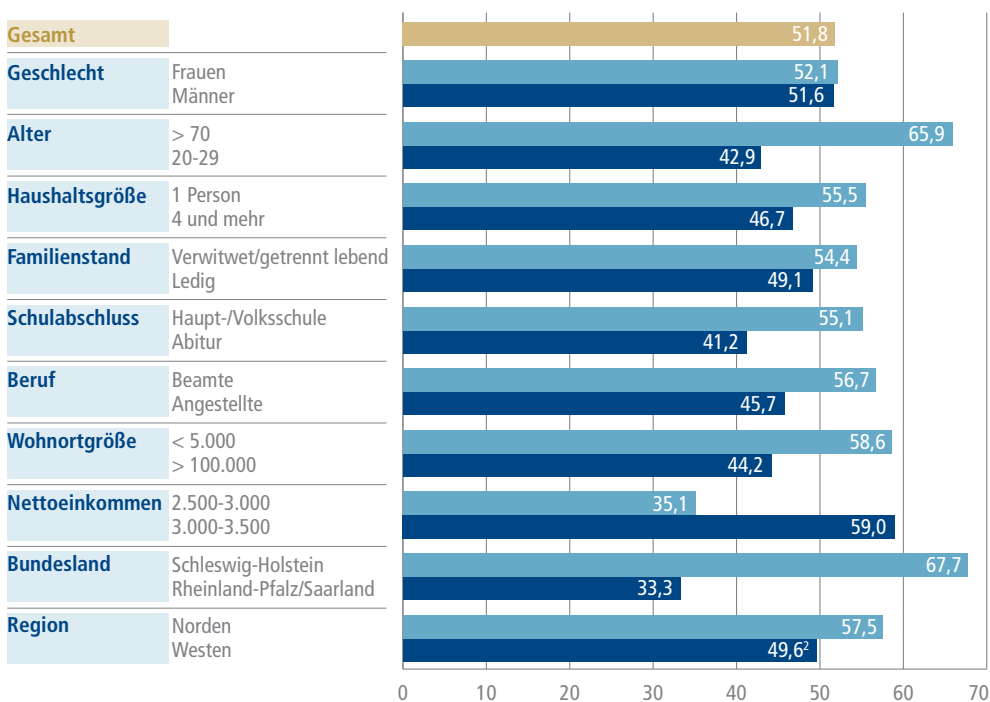
Quelle: Blank & Schmidt, 2003.

| BertelsmannStiftung

Auch die Identity Foundation (2009) berichtet von nur geringen Ost-West-Unterschieden bei der Beantwortung der Frage „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche/r?“ Stattdessen ist ein Nord-Süd-Unterschied in Form einer stärkeren nationalen Verbundenheit der Süddeutschen erkennbar. Weitere Unterschiede gibt es je nach Alter (stärkste Verbundenheit bei den über 70jährigen); Wohnort (stärkere Verbundenheit in ländlichen Gebieten); und Bildung (stärkere Verbundenheit bei niedrigem Bildungsabschluss) (siehe Abbildung 17). Der Effekt des eigenen Einkommens bleibt eher unklar; vermutlich ist er nicht-linear.

Abbildung 17: Emotionale Verbundenheit mit der Zugehörigkeit zu Deutschland – Gruppenvergleiche

Angaben in Prozent. „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche/r?“ Prozent der Befragten mit „sehr starker Zustimmung“



Anmerkung: Darstellung der jeweiligen Kategorien mit dem höchsten beziehungsweise niedrigsten Anteil an Personen mit „sehr starker Zustimmung“ (Mindestwert von 9 auf einer zehnstufigen Skala). ¹Norden: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Berlin (West), Westen: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland. ²Die Werte der alten und neuen Bundesländer sind laut Angaben der Autoren viel ähnlicher als die Werte von Nord-West- und Süddeutschland.

Quelle: Identity Foundation, 2009: 57.

| BertelsmannStiftung

Einer jüngst veröffentlichten Studie zur Integration von Einwanderern der zweiten Generation (Sürig & Wilmes, 2011) zufolge fühlen sich 50 Prozent der befragten türkischen Einwanderer zweiter Generation Deutschland „eher stark“ zugehörig. Für Befragte jugoslawischer Herkunft lag der Anteil bei 70 Prozent, für die Kontrollgruppe ohne Migrationshintergrund bei 80 Prozent. Ähnliche Befunde zeigte unsere eigene Studie zu Werten von Jugendlichen ohne sowie mit türkischem bzw. russischsprachigem Migrationshintergrund (geringste Identifikation mit Deutschland bei türkischen Jugendlichen, gefolgt von russischsprachigen und deutschen Jugendlichen) (Schiefer, Möllering & Daniel, 2012). Deutsche mit Migrationshintergrund bzw. in Deutschland lebende Ausländer fühlen sich weniger mit Deutschland verbunden als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die Gründe hierfür sind vielfältig und schließen sowohl Abgrenzungstendenzen bestimmter Migrantengruppen als auch Diskriminierung und mangelnde Akzeptanz durch die heimische Bevölkerung sowie deren Wechselwirkungen ein. Die Komplexität dieser Wechselwirkungen wird

in einer neueren Studie von Frindte, Boehnke, Kreikenbom & Wagner (2012) deutlich. Hier wurden Migranten dazu befragt, inwieweit sie ihre Herkunftskultur bewahren wollten und inwieweit sie die deutsche Kultur übernehmen wollten. Zusätzlich wurden sie gefragt, was ihrer Wahrnehmung nach die Deutschen von ihnen erwarteten. Eine Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund sollte diesbezüglich angeben, was sie von Migranten erwartete und was diese ihrer Meinung nach wollten. Die Daten ergeben, dass eigene Ziele und Erwartungen mit den wahrgenommenen Zielen und Erwartungen der jeweils anderen Gruppe nicht immer kongruent sind. Die Studie zeigt weiterhin, dass Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft eine stärkere Orientierung zur deutschen Kultur hin haben als solche ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Internationaler Vergleich

Deutsche identifizieren sich weniger mit ihrer Nation als andere Europäer

Unsere eigenen Analysen zur bevorzugten Identitätsquelle der Deutschen (WVS-Daten von 1997) zeigen, dass sich Deutsche im Vergleich zu anderen Europäern stärker der Region bzw. dem Wohnort verbunden fühlen und weniger der gesamten Nation (siehe Abbildung 14, oben). Der europäische Durchschnitt lag bei 30 Prozent der Befragten, die ihr Land an erster Stelle des Zugehörigkeitsgefühls platzierten, der deutsche Schnitt bei 25 Prozent. Laut ISSP geben Deutsche in geringerem Maße als andere Europäer an, sich eng mit ihrem Land verbunden zu fühlen (Durchschnitt in Europa 89 Prozent, in Deutschland 80 Prozent).

In dieses Bild einer etwas geringeren Identifikation passt, dass laut Eurobarometer weniger Deutsche eine exklusive nationale Identität haben (europäischer Durchschnitt 46 Prozent, Deutschland 39 Prozent; eigene Auswertung). Der Jugendstudie von Schmidt-Denter (2011) zufolge haben deutsche Jugendliche im Vergleich zu Jugendlichen der Nachbarländer⁸ das geringste Ausmaß an Identifikation mit allen geografisch-sozialen Einheiten: ihrer Stadt, ihrer Region, ihrem Bundesland und mit dem Land. Eine parallele Elternstudie ermittelte für deutsche Eltern ein gewisses Unbehagen, „in Bezug auf das eigene Land von ‘wir’ zu sprechen“ (Schmidt-Denter, 2011, S. 163).

Internationale Vergleiche zu verschiedenen Zeitpunkten zeigen zudem übereinstimmend, dass Deutsche einen geringeren Nationalstolz empfinden als andere Europäer. Noelle-Neumann & Köcher (1987) finden dies für die Jahre 1970 und 1981, in denen 40 bzw. 21 Prozent der Personen angegeben haben, „sehr stolz“ auf ihr Land zu sein (in Vergleichsländer waren es 50 bzw. 38 Prozent). Einzig in den Niederlanden war in den 80er Jahren der Nationalstolz ähnlich gering ausgeprägt. Einen geringeren Nationalstolz in Deutschland verglichen mit den Nachbarländern, findet auch Schmidt-Denter (2011).

⁸ Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Österreich, Tschechische Republik, Polen.

Diese Sonderstellung Deutschlands erklärt sich ohne Zweifel aus der jüngeren deutschen Vergangenheit (Holocaust, Vernichtungskrieg), die ein gebrochenes Nationalbewusstsein nahelegt. Nationale Identifikation ist in der Selbstwahrnehmung der deutschen Bevölkerung nach wie vor eine ambivalente Angelegenheit, die Bindung an das eigene Land weiterhin komplexer Natur.



3.3 Gemeinwohlorientierung

3.3.1 Gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein und Solidarität

Deutsche wünschen sich mehrheitlich, dass der Staat für die Schwächeren sorgt. Fremden wird allerdings weniger staatliche Versorgung zugestanden. Umfragen zufolge erkennen Deutsche ein Defizit hinsichtlich der gesellschaftlichen Solidarität, nicht aber der lokalen Solidarität. Selbstauskünfte zum Gefühl persönlicher Gemeinwohlverpflichtung changieren zwischen Eigeninteressen und gesellschaftlicher Verantwortung. Etwas zum Wohl der Gemeinschaft beizutragen ist jedoch ein wichtiger Motor für gesellschaftliches Engagement, der in den letzten zehn Jahren eher an Bedeutung gewonnen hat. Das Spendenvolumen als Ausdruck gelebter Solidarität ist konstant.

Gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein umfasst Hingabe und Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft sowie die Bereitschaft, das Gemeinwohl gegebenenfalls auch über die eigenen Interessen zu stellen (Kohl, 2010). Solidarität mit den Bedürfnissen und Lebensumständen anderer Mitglieder der Gesellschaft, in der man lebt, hat auch einen relationalen Aspekt (soziale Beziehungen), ist aber trotzdem eng mit einem Verantwortungsgefühl gegenüber dem Gemeinwohl verbunden. Ein Blick in die empirische Literatur zeigt, dass sich die inhaltlichen Überlappungen von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein und Solidarität auch in gängigen Erhebungsverfahren widerspiegeln. Wir werden daher in diesem Abschnitt empirische Befunde zu beiden Dimensionen gemeinsam dokumentieren.

Die nachfolgend dargestellten Studien und Eigenanalysen beziehen sich auf sechs Indikatorengruppen:

- Verantwortlichkeit des Staates für soziale Sicherung (Arbeitslosigkeit etc.)
- Zugestandene soziale Unterstützung für ausgewählte gesellschaftliche Gruppen
- Eigene Solidaritäts- und Betroffenheitsbekundung
- Motive und Gründe für ehrenamtliches Engagement
- Wahrgenommene Solidarität in der Gesellschaft bzw. dem sozialen Umfeld
- Spenden als Handlungsausdruck von Solidarität

Stand und Entwicklung

Die Erwartungen an Unterstützung vom Staat sind gesunken

Zunächst gilt es festzuhalten, dass die deutsche Bevölkerung hinsichtlich der Verantwortung für das Wohl der Bürger hohe Erwartungen an den Staat und seine Versorgungssysteme hat. Im Jahre 1984 sahen zwischen 80 und 90 Prozent der Befragten die Zuständigkeit für die soziale Absicherung (etwa bei Arbeitslosigkeit, im Alter oder Krankheitsfall) beim Staat; ein sehr viel geringerer Teil der Bevölkerung sah gesellschaftliche Gruppen oder die Bürger selbst in der Pflicht (Wohlfahrtssurvey; Kohl, 2010). Ähnliche Ergebnisse lassen sich dem ALLBUS für den Zeitraum von

1991 bis 2004 entnehmen (Kohl, 2010). Dieser Befund überrascht nicht, sind doch die in Deutschland existierenden wohlfahrtstaatlichen Versorgungsstrukturen so gut ausgebaut, dass in den Augen der Bevölkerung der Staat als verantwortliche Instanz den Normalfall darstellt. Allerdings kann Kohl (2010) auch zeigen, dass diese Erwartungshaltung zwischen 1991 und 2004 abgenommen hat. Hinsichtlich der Frage, wer an der Versorgung teilhaben darf, differenzieren die Deutschen zudem zwischen Eigen- und Fremdgruppen:

Während 2010 53 Prozent der Befragten für eine stärkere Unterstützung von Arbeitslosen eintraten und 44 Prozent die Unterstützung für Hartz-IV-Empfänger für ausbaufähig hielten, sahen nur 26 Prozent eine entsprechende Notwendigkeit für in Deutschland lebende Ausländer und nur 12 Prozent für Muslime als gegeben (Zick & Hövermann, 2010). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Solidarität mit Hilfsbedürftigen bei Menschen mit niedrigerem Einkommen generell höher ist, ausgenommen die Solidarität mit Fremden. Diese ist in allen Einkommensgruppen gleich (niedrig) (GMF-Projektwebseite, 2011).

Solidarität mit
Fremden ist niedrig

Inwieweit sind die Deutschen aber bereit, selbst Verantwortung zu übernehmen? Der - durchaus strittigen⁹ - Studie der Identity Foundation (2009) zufolge fühlten sich etwa 25 Prozent der Befragten verpflichtet, zum Beispiel durch ehrenamtliches Engagement dem „Land“ etwas zurück zu geben, und 36 Prozent „engagieren sich gerne für ihr Vaterland“¹⁰ - wie es in der Studie formuliert ist. Jede bzw. jeder vierte Befragte stimmt gleichzeitig der Aussage „Ich wüsste nicht, warum ich ein Opfer für andere Deutsche erbringen sollte, die ich noch nicht einmal kenne“ zu. Die Aussage „Ich zahle Steuern, das reicht“ fand bei 39 Prozent der Befragten Zustimmung.

Gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein und Solidarität schlagen sich in Motiven für ehrenamtliches Engagement nieder. Die Daten des Freiwilligensurveys zeigen diesbezüglich, dass der Beitrag zum Wohle der Gesellschaft eine wichtige Triebfeder für persönliches Engagement ist. Im Jahre 2004 und 2006 war bei Befragten des Freiwilligensurveys die Aussage „Ich will durch mein Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten“ mit über 60 Prozent Zustimmung das wichtigste Motiv (Gensicke et al., 2006; Gensicke & Geiss, 2010). In Bezug auf Erwartungen an die freiwillige Tätigkeit rangieren die Antwortalternativen „Dass man damit anderen Menschen helfen kann“ und „Dass man etwas für das Gemeinwohl tun kann“ seit 1999 auf den Plätzen 2 bis 4 (je nach Erhebungsjahr) von insgesamt 10 Auswahlmöglichkeiten. Aus den Ant-

Mehr Personen
engagieren sich
aus Gemeinwohlorientierung

⁹ Liefert die Studie der Identity Foundation zwar wichtige Befunde, so erweckt sie doch an manchen Stellen den Eindruck einer etwas unreflektierten Umgangsweise mit dem Thema Nationalbewusstsein. So sind aus unserer Sicht Fragebogenitems wie „Ich engagiere mich gerne für mein Vaterland“ zur validen Erfassung von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein in Deutschland kaum geeignet. Außerdem zeugen der Titel der Studie („Deutsch-Sein - Ein neuer Stolz auf die Nation im Einklang mit dem Herzen“) und Textpassagen wie „Wir sind Deutschland und darauf stolz“, oder „In der Heimat ist die deutsche Seele zuhause“ von einer gewissen Unsensibilität gegenüber der Problematik des Nationalstolzbegriffs, wie er sich in einschlägigen wissenschaftlichen Diskursen niederschlägt (vgl. unsere Ausführungen oben zur Auffassung des Nationalstolzes als Teil von Nationalismus).

¹⁰ Entsprechende Aussagen konnten auf einer Antwortskala von 1 (starke Ablehnung) bis 10 (starke Zustimmung) eingeschätzt werden. Prozentangaben beziehen sich auf die Werte 7 bis 10.

wortmustern der Befragten konnten mittels statistischer Verfahren (Clusteranalyse) drei unabhängige Motivationstypen identifiziert werden: Gemeinwohlorientierte, Geselligkeitsorientierte und Interessensorientierte (vgl. Gensicke et al., 2006).¹¹ Der Anteil der Personen, die sich aus einer Gemeinwohlorientierung heraus freiwillig engagieren, ist seit 1999 angestiegen (1999: 30 Prozent, 2009: 36 Prozent).

Mitte der neunziger Jahre fühlte sich etwa die Hälfte der Menschen in Ost- und Westdeutschland dem jeweils anderen Landesteil gegenüber solidarisch (Noelle-Neumann & Köcher, 2002). Die Frage „Fühlen Sie sich solidarisch mit den [Menschen aus dem jeweils anderen Landesteil]? Fühlen Sie sich mit ihnen gemeinsam als Deutsche?“ bejahten 1993 50 Prozent der Westdeutschen und 43 Prozent der Ostdeutschen. Diese Zahlen wurden 1998 repliziert (52 Prozent West, 44 Prozent Ost). Allerdings fanden zwischen 20 und 30 Prozent der Ost- und Westdeutschen, dass ihnen die Menschen im jeweils anderen Landesteil in Vielem fremder seien als Bürger anderer Staaten (ALLBUS-Daten, dokumentiert in Heitmeyer, 2008). Dieser Wert hat sich zwischen 1991 und 2006 nur geringfügig verändert.

„Kultur des Gebens“ – Spenden nehmen zu

Neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement kann Spendenbereitschaft als Ausdruck von Solidarität verstanden werden. Alscher et al. (2009) berichten auf Basis des Emnid-Spendenmonitors eine konstante Spendenquote von ca. 40 Prozent der befragten Personen zwischen 1995 und 2008. Die durchschnittliche nominelle Spendensumme stieg in diesem Zeitraum an. Anheier (2002) berichtet eine ähnliche Zahl für 1991/92 und Priller (2002) für 1996. Alscher et al. (2009) bescheinigen den Deutschen anhand dieser Daten eine „Kultur des Gebens“ (S. 52). Der Deutsche Spendenrat e.V. (2011) konstatiert einen Anstieg der Spenden zwischen 2008 und 2010. Auch andere Daten zum Spendenverhalten, die über Einkommenssteuererklärungen generiert wurden, zeigen ein konstantes Spendenvolumen in den Jahren 2001 bis 2004 von ca. vier Milliarden Euro (Buschle, 2008). Rund ein Drittel der Einkommenssteuerpflichtigen hat in diesen Jahren Spenden steuerlich geltend gemacht. Die Deutschen scheinen also seit Beginn der neunziger Jahre ungebrochen spendenfreudig zu sein.

73 Prozent wünschen sich ein stärkeres Wir-Gefühl

Wie nehmen die Menschen in Deutschland die Solidarität in ihrem Land wahr? Dem ESS 2006 zufolge haben 54 Prozent der befragten Deutschen das Gefühl, dass sich die Menschen in ihrer Wohngegend gegenseitig helfen (Werte 4 oder höher auf einer Skala von 0 bis 6, eigene Analysen). Hinsichtlich der wahrgenommenen Solidarität in Gesamtdeutschland finden sich entsprechende Zahlen in der Studie der Identity Foundation (2009): So stimmten 73 Prozent der Aussage „Ich wünsche mir ein stärkeres Wir-Gefühl unter uns Deutschen“ zu und 65 Prozent fanden, „In Deutschland kämpft jeder nur noch für seine eigenen Interessen und sieht sich nicht mehr als Teil eines größeren Ganzen“. Dieser Befund kann als Skepsis gegenüber dem Ausmaß der Solidarität

¹¹ Für Gemeinwohlorientierte ist das „Wir“ wichtiger als das „Ich“; es deutet auf das hier untersuchte Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft hin. Die Geselligkeitsorientierung umfasst den Wunsch, andere Menschen zu treffen, die Interessensorientierung bezieht sich auf die eigene (berufliche oder persönliche) Entwicklung.

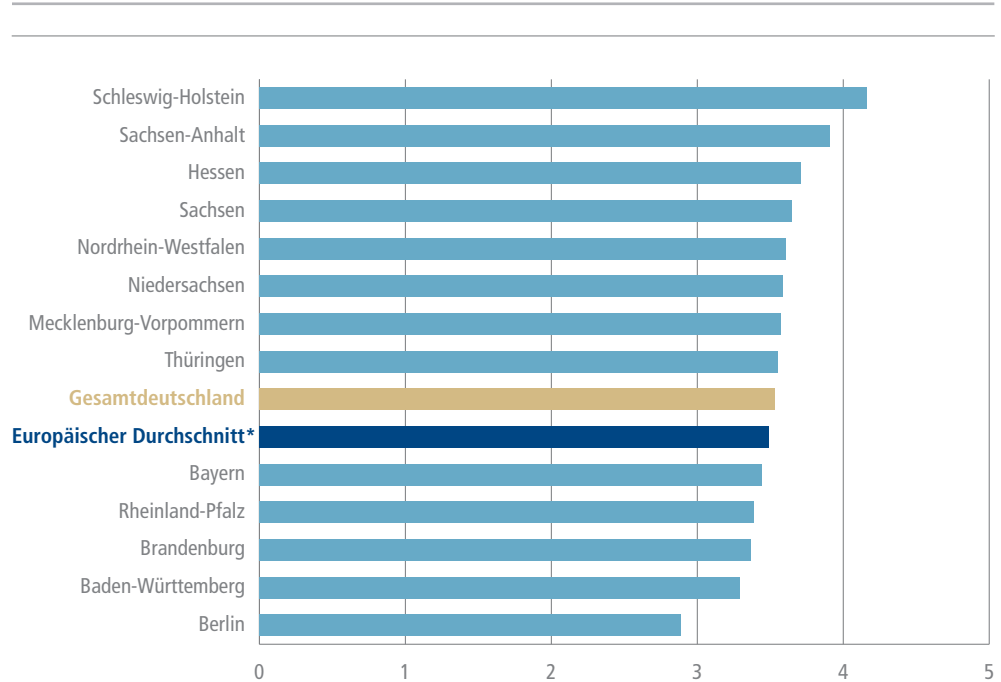
in Deutschland interpretiert werden. Gleichzeitig ist aber auch denkbar, dass ein nennenswerter Anteil derjenigen, die solche Aussagen ablehnen, einen breiter angelegten Solidaritätsbegriff hat. Der Studie von Noelle-Neumann und Köcher (2002) zufolge glaubten zwischen 1997 und 2000 zunehmend weniger Ost- wie auch Westdeutsche, dass die Menschen in den alten Bundesländern sich mit den neuen solidarisch zeigen, obwohl eigene Solidaritätsbekundungen von Ost- und Westdeutschen im vergleichbaren Zeitraum offenbar stabil geblieben sind (vgl. die oben eingeführten Befunde von Noelle-Neumann & Köcher, 2002 sowie Heitmeyer, 2008).

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Studien, die Ost-West-Unterschiede bei der Gemeinwohlorientierung untersuchen, zeigen uneinheitliche Ergebnisse hinsichtlich der Gemeinwohlorientierung. Mal sind die Zahlen für Ostdeutschland höher, mal für Westdeutschland, mal finden sich keine Unterschiede. Daten des Instituts für Eignungsprüfung (Meier, 1996) belegen zum Beispiel, dass mehr westdeutsche als ostdeutsche Jugendliche es für wichtig halten, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Gesthuizen et al. (2009) zufolge spenden Westdeutsche nominell mehr für gemeinnützige Zwecke als Ostdeutsche (Eurobarometer-Daten 2003/2004). Auch Motivationsstrukturen für ehrenamtliches Engagement haben sich im letzten Jahrzehnt in Westdeutschland offenbar stärker zugunsten gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins verändert als in Ostdeutschland (Gensicke & Geiss, 2010). Gaskin et al. (1996) allerdings zeigen auf Basis der Eurovol-Studie 1995, dass die Aussage „Jeder hat eine moralische Verpflichtung, irgendwann in seinem Leben unbezahlte Arbeit zu tun“ in Westdeutschland auf weniger Zustimmung trifft als in Ostdeutschland (33 versus 50 Prozent). Dickes et al. (2009) geben einen Index zur Messung von Solidarität basierend auf Daten der European Values Study 1999/2000 wider. In diesen fließen verschiedene Fragen ein, die erfassen, wie viel den Deutschen an den Menschen in ihrer Umwelt gelegen ist und in welchem Maße sie bereit sind, diesen zu helfen. Auch hier haben Ostdeutsche höhere Werte als Westdeutsche.

Ostdeutsche schätzen das tatsächliche Ausmaß der Solidarität im Lande offenbar als geringer ein als Westdeutsche dies tun. Sie äußern stärker den Wunsch nach einem größeren Wir-Gefühl und haben eher den Eindruck, dass jeder nur noch für seine eigenen Interessen kämpfe (Identity Foundation, 2009). Auf lokaler Ebene sehen Ostdeutsche jedoch keine größeren Defizite als Westdeutsche dies tun. Befragt nach der Solidarität in der eigenen Wohnumgebung (ESS 2006) ergibt sich kein genereller Ost-West-Unterschied. So gehört Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern mit der höchsten, Baden-Württemberg zu den Ländern mit der geringsten wahrgenommenen lokalen Solidarität (siehe Abbildung 18).

Abbildung 18: Wahrgenommene Solidarität im Wohnumfeld



Anmerkung: Auf die Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie oft Sie das Gefühl haben, dass sich die Menschen in Ihrer Wohngegend gegenseitig helfen?“ Antwortoptionen: von 0 („nie“) bis 6 („sehr oft“). *Teilnehmerländer: Österreich, Belgien, Bulgarien, Schweiz, Zypern, Deutschland, Dänemark, Estland, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Irland, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Russische Föderation, Schweden, Slowenien, Slowakische Republik, Ukraine.

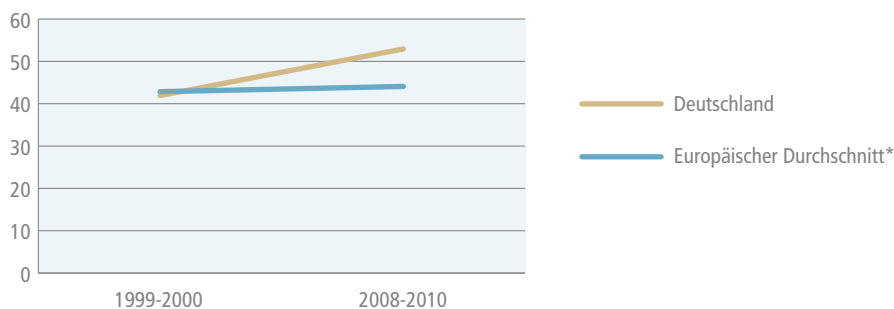
Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf dem European Social Survey, 2006.

| BertelsmannStiftung

Internationaler Vergleich

Internationale Vergleiche platzieren Deutschland je nach Indikator im mittleren bis oberen Drittel der entsprechenden Skalen. Dickes et al. (2009) verglichen 33 Länder des EVS (1999/2000) mittels ihrer Solidaritätsindizes (siehe oben). Deutschland rangierte dort im oberen Drittel (Ostdeutschland Rang 2, Westdeutschland Rang 11). Unsere eigenen Analysen neuerer EVS-Daten zeigen, dass sich Deutsche heute insgesamt mehr um das Wohlergehen ihrer Mitmenschen Gedanken machen als der Durchschnitt der 33 Vergleichsländer. Zehn Jahre zuvor war dies noch nicht der Fall (Abbildung 19).

Abbildung 19: Solidarität mit Mitmenschen



Anmerkung: In den Gesamtwert eingegangene Bezugsgruppen: „Landsleute“, „Ältere Menschen“, „Ausländer“, „Arbeitslose“ und „Kranke und Behinderte“. Die Bezugsgruppen „Familie“, „Nachbarn“ und „Menschen aus der Region“ wurden ausgeschlossen (erstere verzerrt den Wert wegen der persönlichen Bindungen nach oben, für letztere existieren nur Daten für 1999/2000). *Deutschland, Österreich, Belgien, Bulgarien, Weißrussland, Kroatien, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Island, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Schweden, Türkei, Ukraine, Großbritannien, Nordirland.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf der European Value Study.

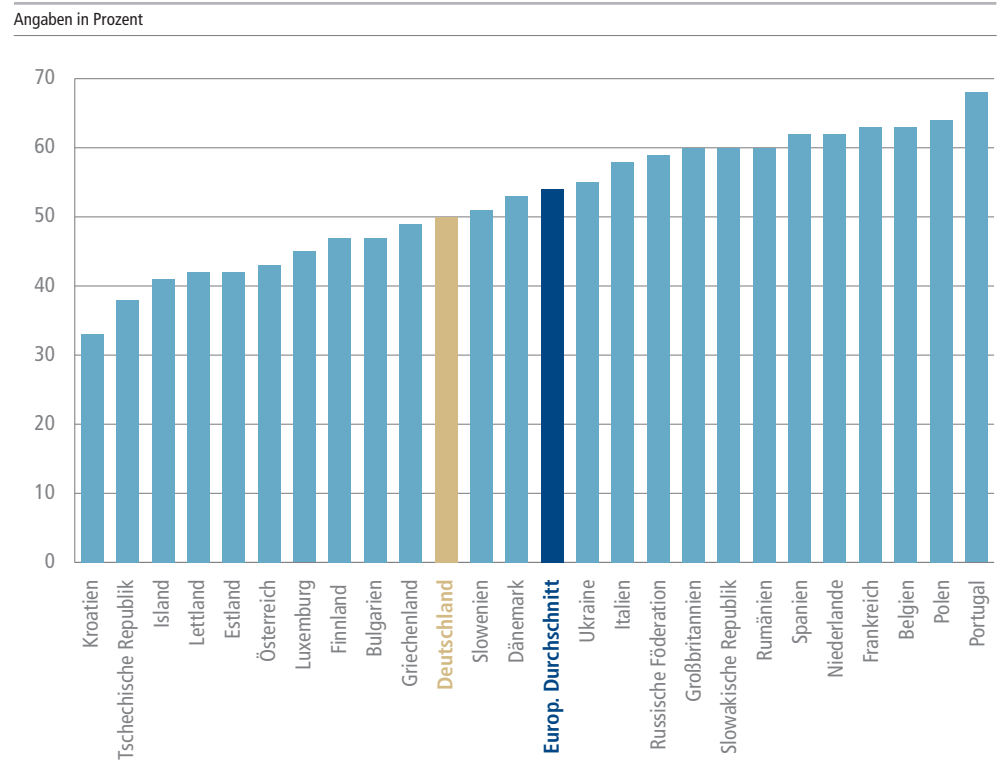
BertelsmannStiftung

Der EVS erfragt weiterhin, warum jemand bereit wäre, etwas für ältere Menschen bzw. Ausländer in Deutschland zu tun. Einer der vorgelegten Gründe war „Weil es im Interesse der Gesellschaft ist, dass ich ihnen helfe.“ Abbildung 20 dokumentiert, dass Deutschland hier unter dem Durchschnitt der Vergleichsländer liegt.

Bei der Spendenbereitschaft platzieren Gesthuizen et al. (2009) Westdeutschland im oberen und Ostdeutschland im mittleren Drittel der 27 europäischen Vergleichsländer. Immerfall, Priller und Delhey (2010) sehen Gesamtdeutschland bei Spenden in Europa im oberen Drittel. Der Eurovol-Studie 1995 zufolge lagen damals ostdeutsche Befragte in ihrer Zustimmung zur Aussage „Jeder hat eine moralische Verpflichtung, irgendwann in seinem Leben unbezahlte Arbeit zu tun“ knapp über dem Durchschnitt der befragten Länder,¹² westdeutsche Befragte deutlich darunter (vgl. Gasikin et al., 1996).

¹² Belgien (französischsprachiger Teil), Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Republik Irland, Slowakei und Schweden.

Abbildung 20: Prozentualer Anteil der Personen, die etwas für ältere Menschen oder Ausländer in ihrem Land tun würden, „weil es im Interesse der Gesellschaft ist“



Anmerkung: Prozentualer Anteil der Personen, die der Aussage „stark“ oder „sehr stark“ zustimmen. Weitere Antwortalternativen waren „in begrenztem Maß“, „nicht so stark“, und „überhaupt nicht“.

Quelle: Eigenen Berechnungen basierend auf der European Value Study.

Bertelsmann Stiftung

3.3.2 Anerkennung sozialer Ordnung

Die Kriminalitätsraten in Deutschland sinken im Allgemeinen. Die Anomie, gemessen über die Akzeptanz regelverletzenden Verhaltens, ist konstant niedrig. Großstädte und urbane Regionen sind stärker mit Kriminalität konfrontiert, außerdem ist die Kriminalität in den nördlichen Bundesländern höher als in den südlichen. Deutschlands internationale Position variiert je nach Art der Straftat, liegt aber insgesamt im europäischen Mittel bzw. im oberen Mittelfeld (gleichbedeutend mit geringer Anomie).

Stand und Entwicklung

Kooperatives Miteinander erfordert ein Mindestmaß an Anerkennung von sozialer Ordnung und Regeln. Fehlt diese, so spricht man auf gesellschaftlicher Ebene von Anomie. Im Folgenden werden vier häufig verwendete Indikatoren herangezogen, die das Ausmaß der Ordnungstreue und Anomie erfassen:

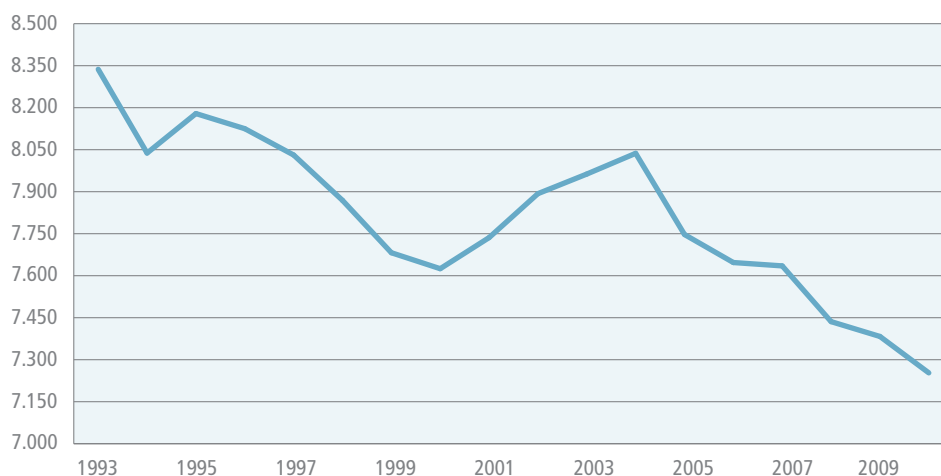
- Kriminalität
- Selbstaussagen zur Legitimität von Normverletzungen (z.B. Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Fahrschein)
- Selbstaussagen zur eigenen Delinquenz
- Korruptionswahrnehmungsindex (Expertenbefragung).

Zwischen den 1960er und frühen 1990er Jahren ist die Kriminalitätsrate (polizeilich erfasste Delikte pro 100.000 Einwohner) in Westdeutschland stetig angestiegen. Sie erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1993 (Entorf & Spengler, 2000b; Meier, 1996). Seitdem ist sie rückläufig (Bundesministerium des Inneren, 2010, siehe Abbildung 21). Für die Mordrate ergibt sich ebenfalls ein rückläufiger Trend (Bundeskriminalamt, 2011). EUROSTAT-Daten für die Kriminalität insgesamt sowie für verschiedene Kategorien von Straftaten zeigen ebenfalls eine rückläufige Kriminalität (Tavares & Thomas, 2007; 2010; 2012).

Kriminalität nimmt insgesamt ab

Als Indikator für die Ausprägung von Anomie können auch Selbstaussagen zur Akzeptanz normverletzender Verhaltensweisen herangezogen werden. Der WVS hat in den Erhebungswellen 1990, 1999 und 2006 Entsprechendes erfragt, das wir ausgewertet haben: Eine klare Mehrheit der Befragten fand es 2006 nicht gerechtfertigt, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, auf die man keinen Anspruch hat (61 Prozent), ohne gültiges Ticket Bus und Bahn zu fahren (58 Prozent), Steuern zu hinterziehen (57 Prozent) oder ein Schmiergeld anzunehmen (70 Prozent). Der Mittelwert der Antworten für alle Delikte lag auf einer zehnstufigen Skala¹³ bei 2. Die Werte sind zwischen 1990 und 2006 stabil geblieben.

Abbildung 21: Gesamtkriminalitätsrate seit 1993 – Fälle pro 100.000 Einwohner



Quelle: Bundesministeriums des Inneren (2010).

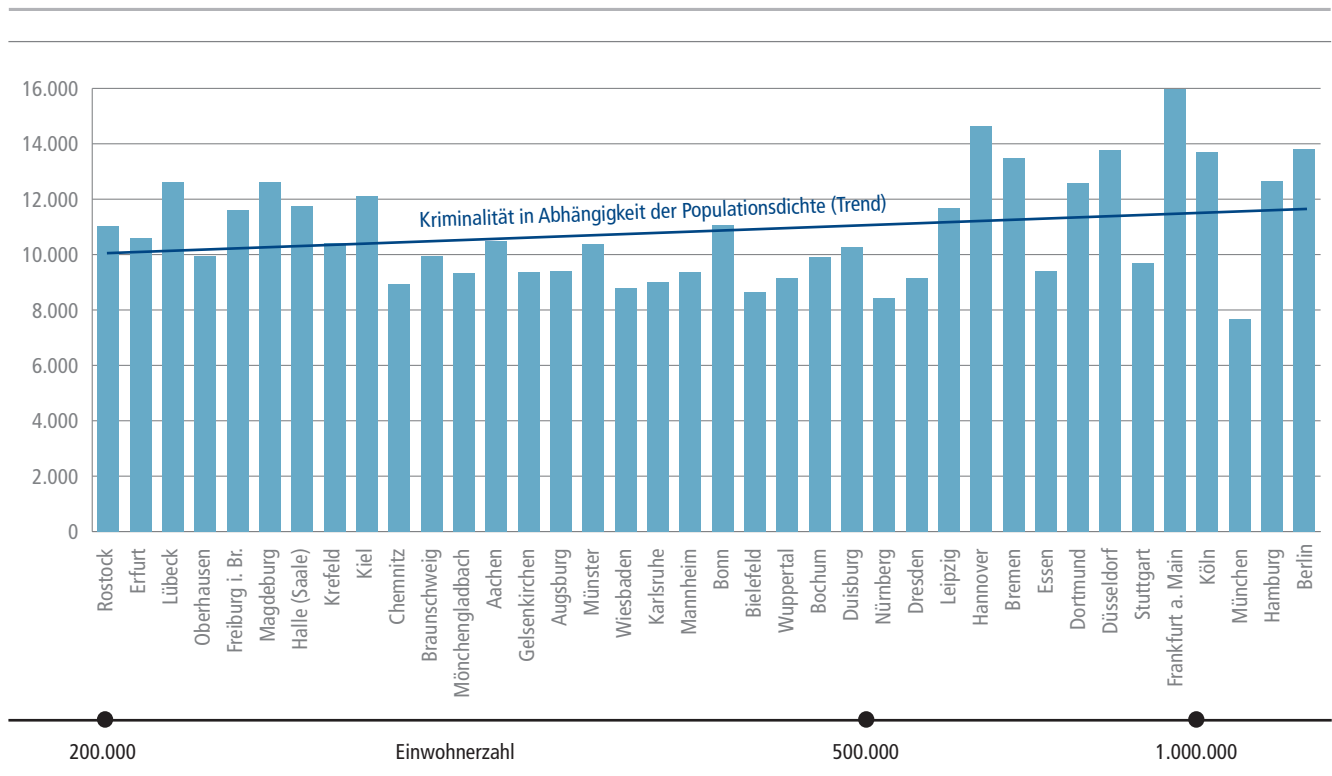
BertelsmannStiftung

¹³ Antwortskala von 1 („unter gar keinen Umständen in Ordnung“) bis 10 („in jedem Fall in Ordnung“).

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Die deutsche und die internationale Kriminalitätsforschung finden regelmäßig eine höhere Devianzbereitschaft und häufigere Straftaten unter jüngeren Menschen sowie bei solchen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status (Entorf & Spengler, 2000b; Knack & Keefer, 1997; Krebs, 1995; Lochner & Moretti, 2004). Die Kriminalitätsraten sind außerdem höher in dichter besiedelten Gegenden (Bundesministerium des Innern, 2010; Entorf & Spengler, 2000a; 2000b). Abbildung 22 zeigt entsprechende Werte für Städte unterschiedlicher Größe (Bundesministerium des Innern, 2010). Erkennbar ist als genereller Trend, dass mit der Einwohnerzahl auch die Kriminalität steigt. Weiterhin besteht in Deutschland ein Nord-Süd-Gefälle: Entorf & Spengler (2000b) zufolge liegen die Kriminalitätsraten im Süden Westdeutschlands (Baden-Württemberg, Bayern Saarland, Rheinland-Pfalz) unter denen des Nordens (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein). Die neueren Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (Bundesministerium des Innern, 2010, S.

Abbildung 22: Kriminalitätsrate in Städten ab 200.000 Einwohner (Fälle pro 100.000 Einwohner)



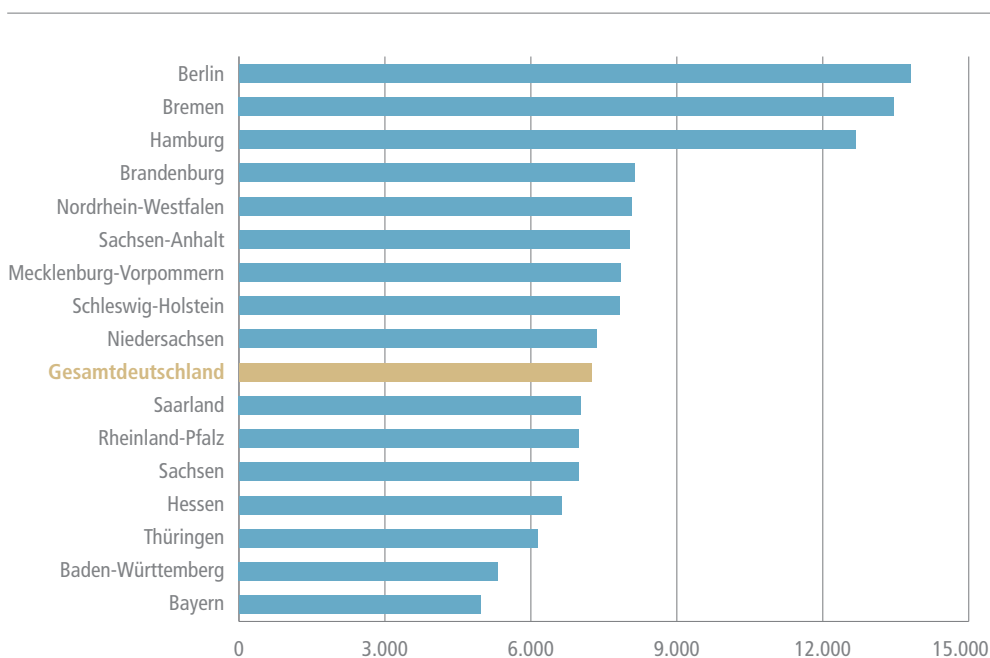
Anmerkung: Häufigkeitszahl: Fälle pro 100.000 Einwohner. Die Berliner Daten für 2009 weisen aufgrund einer technischen Anpassung des Zählzeitpunktes eine einmalige Überhöhung auf. Es handelt sich um 9.372 Fälle. 2009: Umfangreiches Ermittlungsverfahren mit 7.089 Einzeldelikten beim Warenbetrug.

Quelle: Bundesministerium des Inneren, 2010.

BertelsmannStiftung

16) bestätigen dies (siehe Abbildung 23), wobei zusätzlich ein eminenter Unterschied zwischen Stadtstaaten und Flächenländern hervorsteicht. Ein Ost-West-Gefälle lässt sich hingegen nicht ausmachen.

Abbildung 23: Gesamtkriminalitätsraten nach Bundesländern (Fälle pro 100.000 Einwohner)



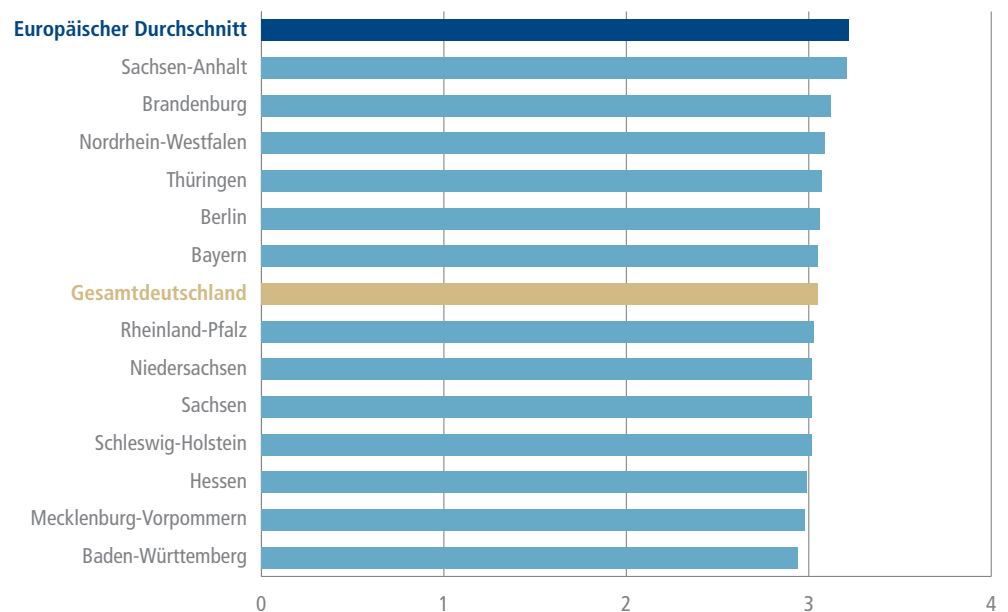
Quelle: Bundesministerium des Inneren, 2010.

BertelsmannStiftung

Selbstauskünfte zur Anomie dokumentiert u.a. Krebs (1995). Ihm zufolge geben ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene im Jahre 1992 eine etwas höhere Devianzbereitschaft als westdeutsche an, die Unterschiede sind jedoch gering (32 Prozent West- und 38 Prozent Ostdeutsche mit „hoher“ Bereitschaft).¹⁴ ESS-Daten von 2010 zur Akzeptanz regelverletzenden Verhaltens geben ein differenzierteres Bild wieder. Zwar liegen Bundesländer mit hoher Kriminalitätsrate auch im oberen Bereich der Akzeptanz von Regelverletzungen (z.B. Brandenburg, Nordrhein-Westfalen), die neuen Bundesländer siedeln sich in der Gesamtrangfolge jedoch nicht systematisch im oberen Bereich an (siehe Abbildung 24).

¹⁴ Die Skala enthielt zum Beispiel die Aussage „Es ist in Ordnung, die Gesetze zu umgehen, solange man sie nicht tatsächlich bricht“. Personen mit „hoher“ Bereitschaft gaben auf einer vierstufigen Antwortskala einen Wert von mindestens 3 an.

Abbildung 24: Akzeptanz regelverletzenden Verhaltens nach Bundesländern



Anmerkung: Erfragt wurde, wie schlimm Personen es finden, eine überhöhte oder ungerechtfertigte Forderung an eine Versicherung zu stellen, etwas zu kaufen, das vermutlich gestohlen wurde oder ein Verkehrsdelikt zu begehen. Antwortoptionen reichten von 1 („überhaupt nicht schlimm“) bis 4 („sehr schlimm“).

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf dem European Social Survey.

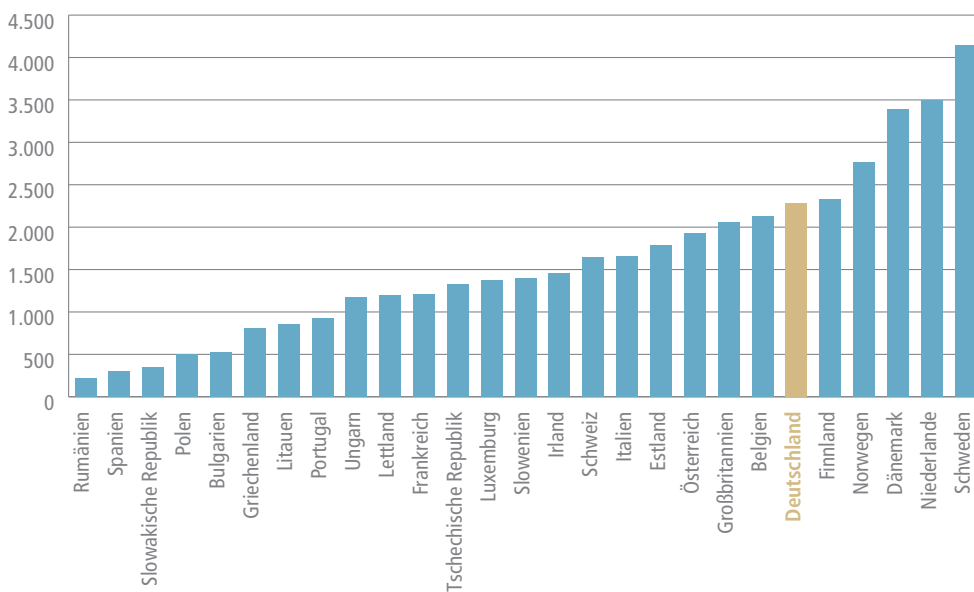
BertelsmannStiftung

Internationaler Vergleich

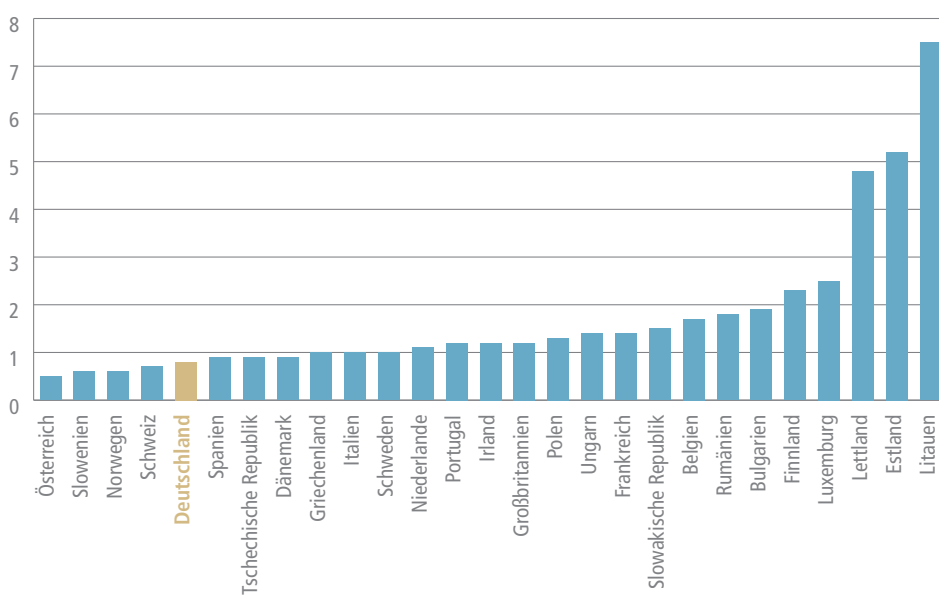
Durch die unterschiedliche Erfassung von Straftaten sind Kriminalitätsraten international nur schwer vergleichbar. Wie Abbildung 25 zeigt, schneidet Deutschland je nach Art der Straftat sehr unterschiedlich ab: So ist in Deutschland die Mordrate niedrig, die Diebstahlrate dagegen hoch (vgl. auch Green et al., 2009). Das macht eine Gesamteinordnung schwierig. Entorf & Spengler (2000b) konstatieren für Deutschland eine mittlere Kriminalitätsrate. Ein Bericht des European Crime and Safety Surveys (van Dijk, Manchin, van Kesteren, Nevala & Hideg, 2005) platziert Deutschland bei verschiedenen Kriminalitätsindikatoren leicht besser als den europäischen Durchschnitt. Eine Studie zu Selbstaussagen von Delinquenz sieht Deutschland dagegen unter den stärker kriminalitätsbelasteten Ländern: Enzmann et al. (2010) haben in 31 Ländern Befragungen von städtischen Jugendlichen zu Delinquenz durchgeführt, die für Deutschland vergleichsweise hohe Delinquenzwerte ergaben. Was die Kriminalitätsentwicklung anbelangt, liegt Deutschland mit seiner in den letzten 15 Jahren abnehmenden Kriminalität (siehe Abbildung 21) im europäischen Trend (vgl. Tavares & Thomas, 2007; 2010; 2012).

Abbildung 25a-b: Diebstähle und Morde pro 100.000 Einwohner

25a: Diebstähle



25b: Morde



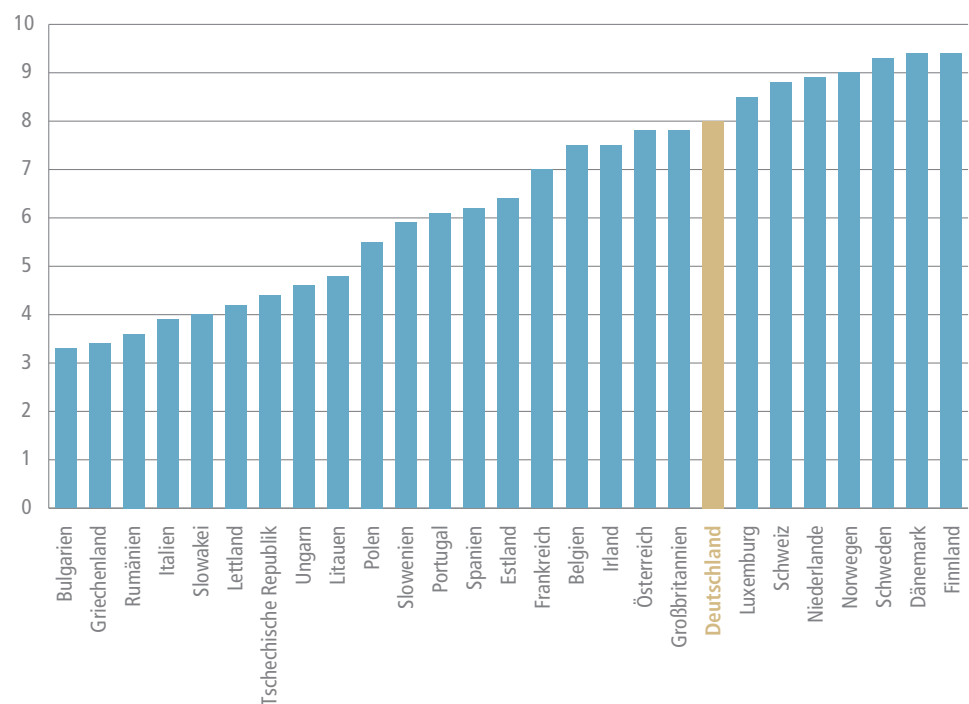
Anmerkung: Daten von 2006-2010; Jahr variiert je nach Land.

Quelle: Vereinte Nationen, www.unodc.org/unodc/index.html.

BertelsmannStiftung

Die Nichtregierungsorganisation Transparency International gibt jährlich den Korruptionswahrnehmungsindex heraus, der auf Expertenurteilen von Geschäftsleuten und Länderanalysten beruht. 2011 rangierte Deutschland auf Platz 14 von 182 Ländern, gehört weltweit also zu den weniger von Korruption belasteten Ländern; im europäischen Vergleich bedeutet das eine Position im oberen Mittelfeld

Abbildung 26: Korruptionswahrnehmungsindex 2011 für ausgewählte Länder



Anmerkung: Der Wert 10 steht für die niedrigste wahrgenommene Korruption. Insgesamt stehen Werte für 182 Länder zur Verfügung.

Quelle: Transparency International (<http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html>).

| Bertelsmann Stiftung

Knack & Keefer (1997) haben Anomie in Form der Akzeptanz regelverletzenden Verhaltens (WVS-Daten der 1980er Jahre, Messinstrument wie oben beschrieben) für 16 europäische Länder untersucht. Deutschland rangierte hier auf Position 7. Auch unsere eigenen Auswertungen mit WVS-Daten der Erhebungswelle 1990, 1999 und 2006 sehen Deutschland in punkto Normentreue unauffällig im Mittelfeld. Das gleiche Bild zeichnet der ESS von 2010, der ganz ähnliche Anomie-Fragen verwendet (eigene Auswertungen, siehe Abbildung 24 oben).



3.4 Zusammenfassende Bewertung

Für unsere Sichtungsstudie („Metastudie“) haben wir vorliegende Untersuchungen und Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf neun Dimensionen bezogen gesichtet und interpretiert.

Zentrale Ausgangsfrage der Studie war: „Schwindet der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland?“ In der Gesamtbetrachtung ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland in den letzten 30 Jahren nicht oder zumindest nicht dramatisch geschwunden. Soziale Netzwerke, gesellschaftliches Engagement, zwischenmenschliches Vertrauen, Identifikation, Verantwortungsbewusstsein für die Mitmenschen und die Akzeptanz gesellschaftlicher Regeln sind nicht rückläufig, sondern steigen teilweise sogar an. Auch im internationalen Vergleich ist der Zusammenhalt in Deutschland nicht auffällig gering: In Europa ist Deutschland – im positiven Sinne – Mittelmaß. Müssen wir uns also keine Gedanken um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft machen? Ein genauerer Blick macht deutlich, dass hier zu differenzieren ist. Einige zentrale Aspekte sowie deren mögliche Implikationen seien im Folgenden angesprochen:

- 1. Strukturwandel sozialer Beziehungen.** Soziale Beziehungen schwinden nicht, aber sie wandeln sich. So ist das Engagement in Vereinigungen und Organisationen informeller, situativer und fluider geworden. Soziale Beziehungen sind heute stärker selbstgewählt und weniger verbindlich; nicht zuletzt manifestiert sich dies auch in den neuen sozialen Medien. Ob dieser Wandel langfristig den sozialen Zusammenhalt schwächt, ist eine offene Frage, die man weder ignorieren noch medial beeinflussten Alltagsnarrativen überlassen sollte.
- 2. Kohäsionseliten.** In vielen Kohäsionsdimensionen schneiden die oberen sozioökonomischen Schichten besser ab („Zusammen hält, wer es sich leisten kann“). Sie haben z.B. einen besseren Zugriff auf soziale Unterstützungsnetzwerke, sind stärker zivilgesellschaftlich engagiert, akzeptieren spontan eine Vielfalt an Kulturen und Lebensstilen und weichen weniger von gesellschaftlichen Regeln ab. Dieses soziale Gefälle verdient mehr Beachtung: Welche Bedingungen und Maßnahmen fördern die Einbindung unterer Schichten in den sozialen Zusammenhalt?
- 3. Exklusionsgefahren.** Sozialer Zusammenhalt birgt immer die Gefahr der Ausgrenzung solcher gesellschaftlicher Gruppen, die als nicht zugehörig betrachtet werden („Wir halten zusammen, aber ohne Euch!“) Die Sichtungsstudie hat gezeigt, dass Menschen ausländischer Herkunft oder einer nicht-christlichen Religion in Deutschland nicht selbstverständlich als der Gesellschaft zugehörig wahrgenommen werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, wie wir (und andere, vgl. Council of Europe, 2005) ihn verstehen, sollte aber im Kern ein inklusiver Zusammenhalt sein. Inhaltlich ist dies ein Punkt, der eine intensive Dauerbeobachtung verdient, da die ethnokulturelle Diversität der Gesellschaft eher zunehmen wird. Methodisch ist die Kohäsionsforschung herausgefordert, das Indikatorenarsenal daraufhin abzuklopfen, welche Indikatoren wirklich inklusiven Zusammenhalt messen, und welche Kohäsionsindikatoren dies nicht leisten.

- 4. Ost-West-Unterschiede.** Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in den neuen Bundesländern in vielen Punkten schwächer als in den alten. Das Bedingungsgefüge dieses West-Ost-Gefälles empirisch zu erklären, ging über die Ressourcen unserer Sichtungsstudie hinaus und muss somit Gegenstand zukünftiger Arbeiten sein. Ansatzpunkte sind zum einen die Sozialisation in einem Überwachungsstaat mit einem „verordneten“ sozialen Zusammenhalt und ideologisch gelenkter Solidarität. Zum anderen sind die neuen Bundesländer seit der Vereinigung bis heute wirtschaftlich geschwächt, so dass sich Arbeitslosigkeit und fehlende Lebensperspektiven in einem Gefühl der Desintegration ausdrücken (vgl. dazu auch Heitmeyer, 2010; Klein & Heitmeyer, 2009).
- 5. Gesamtstaatliche Identität.** Eng verbunden mit den Ost-West-Unterschieden ist eine Frage, die in dieser Sichtungsstudie nur am Rande Erwähnung finden konnte: Funktioniert die deutsche Gesellschaft 20 Jahre nach der Vereinigung als Einheit? Sind Ost und West zusammengewachsen? So fühlte sich in den neunziger Jahren (nur) etwa die Hälfte der Ost- und Westdeutschen gegenüber den Menschen des jeweils anderen Landesteils solidarisch. Ob gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland in diesem Sinne ein gesamtdeutscher Zusammenhalt ist, bedarf nach wie vor einer speziellen Untersuchung.
- 6. Schwindendes Institutionenvertrauen.** Deutsche, wie auch andere Europäer, begegnen politischen Institutionen und ihren Vertretern recht kritisch, die Wahlbeteiligung sinkt. Hier deutet sich an, dass der Zusammenhalt zwischen Bürgern und Eliten schwindet – stellt dies auch eine Schwächung der Demokratie dar?
- 7. Schwachpunkt Identifikation?** Deutsche tun sich nach wie vor schwer mit ihrer Nation. Doch ist dies als Schwachpunkt zu sehen? Möglicherweise sind Menschen z.B. motivierter, zum Gemeinwohl beizutragen, wenn sie sich der Gemeinschaft stark verbunden fühlen. Doch gehört zum Wir auch der, der eine andere Muttersprache spricht oder einer nicht-westlichen Religion angehört? Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Zusammenhang von nationaler Identität und der Abwertung von Fremden (vgl. z.B. Becker, Wagner & Christ, 2007; Wagner, Van Dick & Zick, 2001) machen deutlich, dass diese Dimension von Zusammenhalt eben auch eine dunkle Seite haben können. Könnte gerade ein selbstkritischer Umgang mit der eigenen nationalen Zugehörigkeit für gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt förderlich sein, weil Andere inkludiert werden? Diese Fragen gilt es empirisch zu klären.
- 8. Ist Mehr mehr?** Eine ähnliche Ambivalenz wurde auch bei anderen Kohäsionsindikatoren deutlich. Die Akzeptanz von Vielfalt haben wir unter anderem über soziale Distanz abgebildet. Doch ist das Zulassen sozialer Nähe zu einer Gruppe auch dann ein Beleg für Kohäsion, wenn diese Gruppe Vielfalt ablehnt und die Demokratie anfeindet, wie dies Rechtsextreme tun? Oder zeigt sich hier gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht gerade in der konsequenten sozialen Distanz zu Rechtsextremen? Eine ähnliche Frage stellt sich beim bürgerschaftlichen Engagement: Mitgliedschaft in politischen Organisationen wird als Indikator für Zusammenhalt gese-

hen – doch gilt dies auch die Mitgliedschaft in der NDP? Ist eine Mitgliedschaft per se gut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder gilt dies nur für die Mitgliedschaft in bestimmten Assoziationen (die dann näher zu bestimmen wären)? Wie wir zeigen konnten, sind die meisten engagierten Menschen im Bereich Sport und Freizeit ehrenamtlich aktiv. Hier stellt sich die Frage: Ist das Engagement im Sportverein gleichermaßen konstitutiv für den Zusammenhalt wie zum Beispiel das Engagement in einer karitativen Vereinigung? Reicht Engagement per se oder kommt es auf das Wo an (vgl. auch Immerfall, 2002)?

Methodische Defizite

Neben den inhaltlichen Aspekten stellen sich der Kohäsionsforschung aus methodischer Sicht noch eine ganze Reihe von Hausaufgaben, will sie als öffentliches wie auch als Forschungsthema ihre Zugkraft noch steigern:

- **Standardisierte Messung.** Die Kohäsionsforschung braucht eine stärkere Standardisierung. Dies betrifft zum einen die Definition und die betrachteten Dimensionen von Zusammenhalt, zum anderen die Indikatoren, über die Zusammenhalt letztlich abgebildet wird. Es gilt ein – nicht zu großes, aber auch nicht zu kleines – Indikatorenset zu entwickeln, mit dem sinnvolle zeitliche und internationale Vergleiche möglich werden.
- **Klar definierte Vergleichsländer.** Sinnvolle internationale Vergleiche brauchen darüber hinaus ein festes Set an Vergleichsländern. Nach unserer Meinung kommen dafür entweder die EU-Länder oder die OECD-Länder in Frage. Dagegen ist es wenig sinnvoll (und auf Grund der Datenlage auch schwierig), den Zusammenhalt in Deutschland z.B. mit dem in afrikanischen Ländern oder auf dem indischen Subkontinent zu vergleichen.
- **Mehr non-reaktive (objektive) Indikatoren für Zusammenhalt.** Die Mehrzahl der hier gesichteten Studien basiert auf Umfragedaten. Auch wenn diese wichtige Einblicke geben, erscheinen uns non-reaktive (objektive) Indikatoren als bisher zu wenig genutzt. Dass subjektive Einschätzung und objektive Lage nicht immer einhergehen, ist hinreichend bekannt (z.B. existiert eine steigende Kriminalitätsfurcht trotz abnehmender Kriminalität).
- **Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenhalts.** Es ist derzeit nicht hinreichend reflektiert, dass die verschiedenen Indikatoren für sozialen Zusammenhalt an ganz unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Manche erfassen den persönlichen Nahbereich (z.B. Freunde und Unterstützungsnetzwerke), andere sind abstrakter Natur (Vertrauen in Institutionen); ferner lässt sich die Verbundenheit auf lokaler, regionaler und nationaler (ja sogar transnationaler) Ebene erfassen. Diese unterschiedlichen Ebenen müssen zukünftig in ein Modell des gesellschaftlichen Zusammenhalts sinnvoll integriert werden.

- **Gesamtindex des gesellschaftlichen Zusammenhalts.** Eine offene Frage ist, inwieweit die Erstellung eines zusammenfassenden Kohäsionsindex möglich ist, und ob dieser eher reflexiver oder formativer Natur sein sollte. Neben einem Gesamtindex ist hier auch zu überlegen, inwieweit für einzelne Aspekte von Zusammenhalt je eigene Indizes gebildet werden könnten und sollten. Dies würde auch die öffentliche Kommunikation über den Stand des Zusammenhalts erheblich vereinfachen.

Fazit: Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist unserer Sichtungsstudie („Metastudie“) zufolge insgesamt nicht rückläufig, bedarf aber der differenzierten Analyse und Beobachtung. Dies betrifft sowohl die oben herausgestellten Schwachstellen des derzeitigen Zusammenhalts in Deutschland als auch die weiterzuentwickelnde Methodik der empirischen Kohäsionsforschung.



Glossar der Umfrageprogramme

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Die vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften GESIS umgesetzte Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften erhebt seit 1980 alle zwei Jahre Daten zu Einstellungen, Verhaltensweisen und der Sozialstruktur in Deutschland. Befragt wird jeweils ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, mit einem teils konstanten, teils variablen Frageprogramm. Weitere Informationen und die Daten der ALLBUS sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.gesis.org/allbus>

Eurobarometer

Die Eurobarometer Surveys werden seit 1973 von der Europäischen Kommission durchgeführt, um die Entwicklung der öffentlichen Meinung (public opinion) in Europa zu untersuchen. Befragt werden dabei die Bevölkerungen der EU-Mitgliedsstaaten zu Themen wie EU-Erweiterung, Gesundheit, Kultur, Informationstechnologien, Umwelt, dem Euro sowie Verteidigung. Weitere Informationen und die Daten des Eurobarometers sind über folgende Adresse zugänglich: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

European Quality of Life Survey (EQLS)

Der von Eurofound durchgeführte European Quality of Life Survey untersucht eine Vielzahl von Lebensaspekten, unter anderem Einkommen, Bildung, Familie, Gesundheit, Lebenszufriedenheit und wahrgenommene Qualität der Gesellschaft. Der Survey wurde 2003 zum ersten Mal durchgeführt und umfasste damals 28 Länder. Bisher gab es eine Wiederholung im Jahr 2007. Weitere Informationen zum EQLS sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/>

European Social Survey (ESS)

Der akademische European Social Survey wird in 32 Ländern in Europa und darüber hinaus durchgeführt, um langfristige Veränderungen in den Einstellungen und im Verhalten der Menschen in Europa darzustellen. Der Survey wurde 2001 von der European Science Foundation initiiert und wird seither alle zwei Jahre durchgeführt. Er umfasst Wahrnehmungen, Einstellungen und Selbstbeschreibungen der europäischen Bevölkerung zu einer Vielzahl von Themen, die für das heutige Europa relevant und wichtig sind (z.B. Einwanderung, Vertrauen, politische Orientierung, Wertvorstellungen, subjektives Wohlbefinden und Gesundheit). Weitere Informationen und die Daten des ESS sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.europeansocialsurvey.org/>

European Values Study (EVS)

Die European Values Study ist ein von der gleichnamigen Stiftung geleitetes Forschungsprogramm zum Thema menschliche Werte (Ideen, Glaube, Präferenzen, Einstellungen und Meinungen) und wird seit 1981 alle neun Jahre in einer zunehmenden Zahl europäischer Ländern durchgeführt. Die vierte Welle im Jahr 2008 umfasste 48 Länder und Regionen. Weitere Informationen und die Daten der EVS sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>

Freiwilligensurvey

Der Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist eine deutschlandweite Befragung zum Thema freiwilliges Engagement. Bisher wurde der Survey dreimal (1999, 2004 und 2009) durchgeführt und kann somit Einblick in Trends und Veränderungen zu diesem Themengebiet verschaffen. Der Hauptbericht des aktuellsten Freiwilligensurveys ist über folgende Adresse zugänglich: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>

International Social Survey Programme (ISSP)

Das International Social Survey Programme ist eine Kooperation verschiedener Institute, die Surveys zu Themen der sozialwissenschaftlichen Forschung durchführen. Es ist ein jährliches Programm, das durch die Koordination verschiedener Forschungsprojekte in 48 Ländern weltweit den einzelnen nationalen Surveys eine internationale und interkulturelle Komponente hinzufügt. Das ISSP ist durch die Zusammenarbeit des deutschen Zentrums für Umfragen, Methoden, und Analysen in Mannheim und des National Opinion Research Centers der University of Chicago entstanden. Weitere Informationen und die Daten des ISSP sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.issp.org/>

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhoben. Die Befragung findet seit 1984 jährlich statt und enthält Fragen zu Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Mit den Themenschwerpunkten gesellschaftliche Partizipation und Zeitverwendung können außerdem nicht nur allgemeine soziale und gesellschaftliche Trends aufgezeichnet werden, sondern auch das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland. Da jährlich dieselben Personen befragt werden, können diese Trends besonders gut dokumentiert werden. Weitere Informationen und die Daten des SOEP sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.diw.de/deutsch/soep/29004.html>

Wohlfahrtssurvey

Der Wohlfahrtssurvey ist ein gemeinsames Projekt der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden, und Analysen in Mannheim. Es handelt sich dabei um eine Repräsentativbefragung zur individuellen Wohlfahrt und Lebensqualität, die seit 1978 durchgeführt wird. Weitere Informationen zum Wohlfahrtssurvey sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.gesis.org/unser-angebot/daten-analysieren/soziale-indikatoren/wohlfahrtssurvey/>

World Value Survey (WVS)

Der World Value Survey wird von einem weltweiten Netzwerk von Sozialwissenschaftlern durchgeführt. Sein Fokus liegt auf Werten und deren Auswirkungen auf das soziale und politische Leben. Entstanden ist der World Values Survey aus der European Values Study. In Zusammenarbeit mit dem EVS führte der WVS von 1981 bis 2007 bisher fünf Erhebungswellen durch, die insgesamt weltweit 94 Länder abdecken. Weitere Informationen und die Daten des WVS sind über folgende Adresse zugänglich: <http://www.worldvaluessurvey.org/>

Literatur

- Adam, F. (2008). Mapping social capital across Europe: findings, trends and methodological shortcomings of cross-national surveys. *Social Science Information*, 47(2), 159-186.
- Adam, F. & Rončević, B. (2004). Social capital as a useful scientific metaphor. In N. Genov (Hrsg.), *Advances in sociological knowledge over half a century* (S. 183-204). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Akgün, L. (2008). Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft. In M. Bürsch (Hrsg.), *Mut zur Verantwortung - Mut zur Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland* (S. 21-38). Bonn: J. H. W. Dietz.
- Alscher, M., Dathe, D., Priller, E. & Speth, R. (Hrsg.) (2009). *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Angenendt, S. (2008). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sozialkapital. Beitrag zum Forum Demografischer Wandel des Bundespräsidenten*, Berlin.
- Anheier, H. (2002). Dritter Sektor, Ehrenamt und Zivilgesellschaft in Deutschland. Thesen zum Stand der Forschung aus internationaler Sicht. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 145-170). Berlin: Edition Sigma.
- Arthurson, K. & Jacobs, K. (2003). *Social exclusion and housing (AHURI Final Report No. 51)*. Melbourne: Australian Housing and Urban Research Institute. Zugriff über <http://www.ahuri.edu.au/publications/projects/p40199>.
- Arzheimer, K. (2002). *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Australian Bureau of Statistics. (2006). *Measures of Australia's Progress 2006 (reissue) (1370.0)*. Sydney: Australian Bureau of Statistics.
- Australian Bureau of Statistics. (2010). *Measures of Australia's Progress 2010*. Zugriff 25. September 2011, über [http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/Lookup/by%20Subject/1370.0~2010~Main%20Features~Home%20page%20\(1\)](http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/Lookup/by%20Subject/1370.0~2010~Main%20Features~Home%20page%20(1)).
- Australian Government. Department of Immigration and Citizenship. (2011). *Government Building Social Cohesion*. Zugriff 15. Oktober 2011, über <http://www.immi.gov.au/living-in-australia/a-multicultural-australia/government-approach/social-cohesion/>.
- Australian Housing and Urban Research Institute. (2007). *How do housing and housing assistance relate to social cohesion? AHURI Research & Policy Bulletin*, 92, 1-4.
- Australian Institute of Health and Welfare. (2005). *Australia's welfare 2005 (AIHW cat. No. AUS65)*. Canberra: Australian Institute of Health and Welfare.
- Babka von Gostomski, C., Küpper, B. & Heitmeyer, W. (2007). *Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland*. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 5* (S. 150-128). Frankfurt am Main / Berlin: Suhrkamp.
- Baers, J., Beck, W., van der Maesen, L., Walker, A. & Herriman, P. (2005). *Renewing aspects of the social quality theory for developing its indicators. (Internal working paper)*, Amsterdam: European Foundation on Social Quality.
- Baier, D. (2012). *Nachbarschaftliches Vertrauen und Vertrauen in die Polizei. Sonderauswertungen der KFN-Schülerbefragung für die Meta-Studie*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Banting, K., Johnston, R., Kymlicka, W. & Soroka, S. (2006). *Do multiculturalism policies erode the welfare state? An empirical analysis*. In K. Banting & W. Kymlicka (Hrsg.), *Multiculturalism and the Welfare State: Recognition and Redistribution in Contemporary Democracies* (S. 49-91). Oxford: Oxford University Press.
- Bardi, A. & Schwartz, S. H. (2003). *Values and behavior: Strength and structure of relations*. *Personality*, 29, 1207-1220.

- Beauvais, C. & Jenson, J. (2002). *Social cohesion: Updating the state of the research*. Ottawa: Canadian Policy Research Network.
- Beck, U. (2001). Das Zeitalter des „eigenen Lebens“. Individualisierung als „paradoxe Sozialstruktur“ und andere offene Fragen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29, 3-6.
- Becker, J., Christ, O., Wagner, U. & Schmidt, P. (2009). Deutschland einig Vaterland? Riskante regionale und nationale Identifikationen in Ost- und Westdeutschland. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 7 (S. 113-130). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Becker, J., Wagner, U. & Christ, O. (2007). Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 5 (S. 131-149). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Becker, M. & Krätschmer-Hahn, R. (2010). *Fundamente sozialen Zusammenhalts. Mechanismen und Strukturen gesellschaftlicher Prozesse*. Frankfurt am Main: Campus.
- Behr, K., Liebig, R. & Rauschenbach, T. (1998). *Das Ehrenamt in empirischen Studien: ein sekundäranalytischer Vergleich*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Berger, P. L. & Weiß, W. (2010). Im Gespräch: Religiöse Pluralität und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In W. Weiß, & H. Gutmann (Hrsg.), *Religiöse Differenz als Chance?* (S. 17-26). Münster: Waxmann.
- Berger-Schmitt, R. (2000). *Social cohesion as an aspect of the quality of societies. Concept and measurement*. (EU Reporting Working Paper No. 14). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).
- Berger-Schmitt, R. & Noll, H. (2000). *Conceptual Framework and Structure of a European System of Social Indicators* (EU Reporting Working Paper No. 9). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).
- Bernard, P. (1999). *Social cohesion: A critique* (CPRN Discussion Paper No. 9). Ottawa: Canadian Policy Research Networks.
- Bjornskov, C. (2008). Social trust and fractionalization: A possible reinterpretation. *European Sociological Review*, 24, 271-283.
- Blank, T. & Schmidt, P. (2003). National Identity in a United Germany: Nationalism or Patriotism? An Empirical Test with Representative Data. *Political Psychology*, 24(2), 289-312.
- Boehnke, K., Baier, D., Fuß, D. & Boehnke, M. (2005). „Wir sind die junge Garde...“. *Berliner Debatte Initial*, 16(5), 38-45.
- Bohle, H. H., Heitmeyer, W., Kühnel, W. & Sander, U. (1997). Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Bd. 2: Was treibt die Gesellschaft auseinander? (S. 29-69). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Bollen, K. A. & Hoyle, R. H. (1990). Perceived cohesion: A conceptual and empirical examination. *Social Forces*, 69(2), 479-504.
- Bollen, K. A. & Lennox, R. (1991). Conventional wisdom on measurement: A structural equation perspective. *Psychological Bulletin*, 110, 305-314.
- Bornscher, V. (2001). Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Befähigung zu Sozialkapitalbildung: Determinanten des generalisierten Vertrauens im explorativen Vergleich demokratischer Marktgesellschaften. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 27(3), 441-482.
- Braun, S. (2002). Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29-30, 6-12.
- Braun, S. (2005). Bürgergesellschaft und sozialer Zusammenhalt. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zu den Integrationsleistungen von freiwilligen Vereinigungen im Dritten Sektor. In K. Birkhölzer, A. Klein, E. Priller, & A. Zimmer (Hrsg.), *Dritter Sektor, drittes System: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven* (S. 131-160). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Bundeskriminalamt. (2011). PKS-Zeitreihen 1987-2010 Zugriff 10. Januar 2012 über http://www.bka.de/nn_229340/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/PksZeitreihen/pksZeitreihen__node.html?__nnn=true
- Bundesministerium des Innern. (2008). Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts - Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus. Berlin: Bundesministerium des Innern. Zugriff über <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/305804/publicationFile/15881/gesellschaft-licher%20Zusammenhalt.pdf>
- Bundesministerium des Innern. (2010). Polizeiliche Kriminalstatistik 2010. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Bundesministerium des Innern. (2011). Innenpolitik. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2008). Nationaler Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008-2010. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2009). Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bundesregierung. (2002). Perspektiven für Deutschland - unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin: Bundesregierung.
- Buschle, N. (2008). Spenden - von wem und wofür Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Zugriff über http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/STATmagazin/FinanzenSteuer n2008__2,templateId=renderPrint.phtml__nnn=true.
- Castel, R. (2005). Die Stärkung des Sozialen - leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg: Hamburger Edition.
- Chan, J., To, H. P. & Chan, E. (2006). Reconsidering social cohesion: Developing a definition and analytical framework for empirical research. *Social Indicators Research*, 75(2), 273-302.
- Cheong, P. H., Edwards, R., Goulbourne, H., & Solomos, J. (2007). Immigration, social cohesion and social capital: A critical review. *Critical Social Policy*, 27(1), 24-49.
- Chiesi, A. M. (2004). Social cohesion and related concepts. In N. Genov (Hrsg.), *Advances in Sociological Knowledge: Over half a Century* (S. 205-219). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Claßen, G. (1997). Zur Genese von abweichendem Verhalten. Die Bedeutung familiärer Erziehungsstile und Wertorientierungen für die Herausbildung eines anomischen Lebensgefühls bei deutschen und polnischen Jugendlichen. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Coleman, J. S. (1990). *Foundations of social theory*. Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press.
- Converse, P. E. (1964). The nature of belief systems in mass publics. In D. Apter (Hrsg.), *Ideology and discontent* (S. 206-261). New York: Free Press.
- Council of Europe. (1998). Fighting social exclusion and strengthening social cohesion in Europe. Recommendation 1355 Zugriff September 2011 über <http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/adoptedtext/ta98/erec1355.htm>.
- Council of Europe. (2004). *A new strategy for social cohesion*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Council of Europe. (2005). *Concerted development of social cohesion indicators. Methodological guide*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Dahrendorf, R. (1996). Die Quadratur des Kreises - Ökonomie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 41(9), 1060-1071.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Delhey, J. (2004). *European social integration. From convergence of countries to transnational relations between peoples*. Berlin: Social Science Research Center Berlin (WZB).

- Delhey, J. (2007). Do enlargements make the European Union less cohesive? An analysis of trust between EU nationalities. *Journal of Common Market Studies*, 45(2), 253-279.
- Delhey, J. (2008). Perceptions of social tensions: different challenges for old and new member states. In J. Alber, T. Fahey, & C. Saraceno (Hrsg.), *Handbook of quality of life in the enlarged Europe* (S. 328-351). London: Routledge.
- Delhey, J. (o. D.). *Social cohesion of EU societies: A proposal for the measurement of social cohesion*. Berlin: Social Science Research Center (WZB).
- Delhey, J. & Newton, K. (2002). *Who Trusts? The Origins of Social Trust in Seven Nations* (FS III 02-402). Berlin: Social Science Research Center Berlin (WZB).
- Delhey, J., Newton, K., & Welzel, C. (2011). How general is trust in „most people“? Solving the radius of trust problem. *American Sociological Review*, 76, 786-807.
- Department for Communities and Local Government. (2008). *Guidance for local authorities on community cohesion contingency planning and tension monitoring* London: Department for Communities and Local Government. Zugriff über <http://www.communities.gov.uk/publications/communities/cohesionplanning>.
- Deutsche Rentenversicherung Bund. (2008). *Europa in Zeitreihen 2008*. Frankfurt am Main: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger.
- Deutscher Spendenrat e.V. (2011). *Bilanz des Helfens*. Berlin: Bundespressekonferenz. Zugriff über <http://www.spendenrat.de/download.php?f=685cdc72851623dca5179de52355daeb>.
- Diamantopoulos, A & Winklhofer, H. M. (2001). Index construction with formative indicators: An alternative development to scale development. *Journal of Marketing Research*, 38, 269-277.
- Dickes, P., Valentova, M. & Borsenberger, M. (2009). Construct validation and application of a common measure of social cohesion in 33 European countries. *Social Indicators Research* (3), 451-473.
- Durkheim, E. (1893/1977). *De la division du travail social: Etude sur l'organisation de societies superieures* [Über die Teilung der sozialen Arbeit] (L. Schmidt Übers.) Paris: Felix Alcan.
- Easterly, W., Ritzen, J. & Woolcock, M. (2006). Social cohesion, institutions, and growth. *Economics & Politics*, 18(2), 103-120.
- Ehling, M. & Schmidt, B. (2002). Ehrenamtliches Engagement. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 411-434). Berlin: Edition Sigma.
- Eilfort, M. (2009). *Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung*. Zugriff über http://www.eilfort.de/downloads/nichtwaehler_08_2009.pdf.
- Endres, G. L. & Back, R. (2002). Ehrenamtlichkeit und Bürger-Arbeit unter den Bedingungen von hoher Arbeitslosigkeit und tendenziell steigende Kluft zwischen Reichen und Armen. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 355-366). Berlin: Edition Sigma.
- Entorf, H. & Spengler, H. (2000a). *Criminality, social cohesion and economic performance*. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Entorf, H. & Spengler, H. (2000b). Socioeconomic and demographic factors of crime in Germany: Evidence from panel data of the German states. *International Review of Law and Economics*, 20(1), 75-106.
- Enzmann, D., Marshall, I. H., Killias, M., Junger-Tas, J., Steketee, M. & Gruszczynska, B. (2010). Self-reported youth delinquency in Europe and beyond: First results of the Second International Self-Report Delinquency Study in the context of police and victimization data. *European Journal of Criminology*, 7(2), 159-183.
- Esser, H., (1993). *Soziologie – Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt/Main/New York: Campus.
- European Commission. (1996). *First European social cohesion report*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

- European Commission. (2001). *The social situation in the European Union 2001*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- European Commission. (2007). *Growing regions, growing Europe. Fourth report on economics and social cohesion*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- European Commission. (2010). *Investing in Europe's future. Fifth report on economic, social and territorial cohesion*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. (1998). *Local Partnership: A Successful Strategy for Social Cohesion?* Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Feldman, S. (1988). Structure and consistency in public opinion: The role of core beliefs and values. *American Journal of Political Science*, 32, 416-440.
- Ferlander, S. & Timms, D. (1999). *Social Cohesion and On-Line Community*. Luxembourg/Brussels: European Commission.
- Friedkin, N. E. (2004). Social cohesion. *Annual Review of Sociology*, 30, 409-425.
- Friedrich, H. (2011). Religion und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Beitrag zum 2. Regensburger Gespräch zur Religion in der Gesellschaft. *Religiöse Verschiedenheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt*. Regensburg.
- Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (im Druck). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium des Inneren.
- Fuchs, D., Gerhards, J. & Roller, E. (1993). Wir und die Anderen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45(2), 238-253.
- Gabriel, O. W. & Zmerli, S. (2006). Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 30(31), 8-14.
- Gaskin, K., Smith, J. D. & Paulwitz, I. (1996). Ein neues bürgerschaftliches Europa: Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Gensicke, T., Picot, S. & Geiss, S. (2006). *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gensicke, T. & Geiss, S. (2010). *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Gesthuizen, M., van der Meer, T. & Scheeper, P. (2009). Ethnic Diversity and Social Capital in Europe: Tests of Putnam's Thesis in European Countries. *Scandinavian Political Studies*, 32(2), 121-142.
- Giesel, K. D. (2007). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Zweiten Moderne. Leitbilder in den Sozialwissenschaften: Begriffe, Theorien und Forschungskonzepte* (S. 216-220). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- GMF-Projektwebseite. (2011). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2002-2009*. Zugriff Februar 2012, über <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Ergebnisse.html>.
- Görlach, A. (2009). Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die Antwort auf die Frage nach dem humanum. In C. Schüle, & D. Dettling (Hrsg.), *Minima Moralia der nächsten Gesellschaft. Standpunkte eines neuen Generationsvertrags*. (S. 103-108). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gough, I. & Olofsson, G. (Hrsg.). (1999). *Capitalism and Social Cohesion*. London: Macmillan.
- Green, A., Janmaat, J. G. & Han, C. (2009). *Regimes of social cohesion*. London: Centre for Learning and Life Chances in Knowledge Economies and Societies, Institute of Education.
- Green, A., Preston, J. & Sabates, R. (2003). Education, Equality and Social Cohesion: A distributional approach. *Compare*, 33(4), 453-470.

- Grootaert, C. & van Bastelaer, T. (2001). Understanding and Measuring Social Capital: a synthesis of findings and recommendations from the social capital initiative (Working Paper No. 24). Washington, DC: The World Bank.
- Groser, M. (2002). Solidarität. In D. Nohlen & R. O. Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. Band 2. (S. 298-961). München: C. H. Beck.
- Gundelach, B. & Traunmüller, R. (2010). Kulturelle Diversität und sozialer Zusammenhalt. Eine Mehrebenenanalyse zum Einfluss multikultureller Kontexte auf das Sozialkapital in den deutschen Regionen. In M. Freitag, & A. Vatter (Hrsg.), *Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland : Institutionen, Staatstätigkeiten und politische Kulturen* (S. 315-343). Berlin: Lit.
- Hall, P. (1999). Social Capital in Britain. *British Journal of Political Science*, 29, 417-461.
- Heinze, R. G. & Olk, T. (2002). Von Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. In E. Kistler, H. Noll, & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 77-100). Berlin: Edition Sigma.
- Heinze, R. G. & Strünk, C. (2001). Freiwilliges soziales Engagement - Potentiale und Fördermöglichkeiten. In R. G. Heinze, & T. Olk (Hrsg.) *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven* (S. 233-254). Opladen: Leske + Budrich.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.). (1997). *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Bd. 1. Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2002-2011). *Deutsche Zustände*. (Folgen 1-10). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2008). Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsch-Deutsche Zustände*. Folge 7 (S. 13-52). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2010). Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 9 (S. 13-38). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.
- Helliwell, J. F., & Putnam, R. D. (2004). The social context of well-being. *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 1435-1446.
- Hervieu-Léger, D. (2007). Religion und sozialer Zusammenhalt. In K. Michalski (Hrsg.), *Woran glaubt Europa? - Religion und politische Kultur im neuen Europa* (S. 81-100). Wien: Passagen.
- Hofstede, G. (2001). *Culture's consequences: Comparing values, behaviours, institutions, and organisations across nations* (2nd ed.). Beverly Hills CA: Sage.
- Holtzmann, E. (2000). *Politiklexikon*, 3. Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Home Office Community Cohesion Unit. (2003). *Building a picture of community cohesion* London: Home Office Community Cohesion Unit. Zugriff über <http://www.communities.gov.uk/documents/communities/pdf/buildingapicture.pdf>.
- House of Commons. (2004). *Social Cohesion. Sixth Report of Session 2003-04*. London: The Stationery Office.
- House of Commons. (2008). *Community Cohesion and Migration. Tenth Report of Session 2007-08*. London: The Stationery Office.
- Hradil, S. (2002). Vom Wandel des Wertewandels - Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In W. Glatzer, R. Habich, & K. Mayer (Hrsg.), *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung* (S. 31-47). Opladen: Leske + Budrich.
- Hulse, K. & Stone, W. (2007). Social cohesion, social capital and social exclusion. *Policy Studies*, 28(2), 109-128.
- Hunt, J. (2005). Combating social exclusion: The EU's contribution. *Journal of Social Welfare and Family Law*, 27(1), 113-120.
- Identity Foundation. (2009). *Deutsch-Sein - Ein neuer Stolz auf die Nation im Einklang mit dem Herzen*. Düsseldorf: Identity Foundation.

- Imbusch, P. & Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2008). *Integration - Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Immerfall, S. (1997). Soziale Integration in den westeuropäischen Gesellschaften - Werte, Mitgliedschaften, Netzwerke. In S. Hradil & S. Immerfall (Hrsg.), *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich* (S. 139-173). Opladen: Leske + Budrich.
- Immerfall, S. (2002). Sozialkapital in der Bundesrepublik. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 121-128). Berlin: Edition Sigma.
- Immerfall, S., Priller, E. & Delhey, J. (2010). Association and Community. In S. Immerfall, & G. Therborn (Hrsg.), *Handbook of European Societies*. (S. 7-38). New York: Springer.
- Inglehart, R. (1997). *Modernization and postmodernization: Cultural, economic, and political change in 43 societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Jackson, A., Fawcett, G., Milan, A., Roberts, P., Schetagne, S., Scott, K. et al. (2000). *Social cohesion in Canada: possible indicators*. Ottawa: Canadian Council on Social Development.
- Jacoby, W. G. (1991). Ideological identification and issue attitudes. *American Journal*, 35, 178-205.
- Jähnichen, T. (2006). Pluralität der Religionen und gesellschaftlicher Zusammenhalt: institutionenökonomische Perspektiven. *Zeitschrift für evangelische Ethik*, 50(4), 243-248.
- Janmaat, J. G. (2011). Social cohesion as a real-life phenomenon: Assessing the explanatory power of the universalist and particularist perspectives. *Social Indicators Research*, 100(1), 61-83.
- Jaschke, H. (2009). *Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Jeannotte, M. S. (2000). *Social cohesion around the world: An international comparison of definitions and issues*. Ottawa: Strategic Research and Analysis. Zugriff über http://www.sciencesociales.uottawa.ca/governance/eng/documents/social_cohesion_around_world.pdf.
- Jeannotte, M. S., Stanley, D., Pendakur, R., Jamieson, B., Williams, M. & Aizlewood, A. (2002). *Buying in or dropping out: The public policy implications of social cohesion research*. Ottawa: Strategic Research and Analysis, Department of Canadian Heritage.
- Jenson, J. (1998). *Mapping social cohesion: The state of Canadian research*. Ottawa: Canadian Policy Research Networks.
- Jenson, J. (2010). *Defining and measuring social cohesion*. London: Commonwealth Secretariat.
- Jupp, J., Nieuwenhuysen, J. P. & Dawson, E. (Hrsg.) (2007). *Social cohesion in Australia*. New York: Cambridge University Press.
- Kearns, A. & Forrest, R. (2000). Social cohesion and multilevel urban governance. *Urban Studies*, 37(5), 995-1017.
- Keupp, H. (2001). Bürgerschaftliches Engagement. Ein Motor posttraditionaler Ligaturenbindung. In R. G. Heinze, & T. Olk (Hrsg.), *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven* (S. 69-92). Opladen: Leske + Budrich.
- Keupp, H. (2005). Soziale Integration und gesellschaftlicher Umbruch. Zugriff 1. November 2011 über http://www.apfe.de/index.php?article_id=84.
- Keupp, H. (2010). Individualisierung: Erosion oder Kitt des Sozialen? Beitrag zu *Riskante Tabuisierungen*, Hochschule für Soziale Arbeit, Basel. Zugriff über http://www.ipp-muenchen.de/texte/keupp_2010_basel_text.pdf.
- KfW Bankengruppe. (2010a). *KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2010 (Standpunkt Nr. 6)*. Frankfurt am Main: KfW Bankengruppe.
- KfW Bankengruppe. (2010b). *Konzeptpapier. KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2010*. Frankfurt am Main: KfW Bankengruppe.

- Kistler, E., Noll, H. & Priller, E. (2002). Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: Edition Sigma.
- Kistler, E., Schäfer-Walkmann, S. & Sing, D. (2001). Tanz auf dünnem Eis - Probleme und Perspektiven der Berichterstattung über Ehrenamt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In R. G. Heinze, & T. Olk (Hrsg.), Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven (S. 361-376). Opladen: Leske + Budrich.
- Klages, H. (2001). Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? Aus Politik und Zeitgeschichte, 29, 7-24.
- Klages, H. (2002). Individualisierung als Triebkraft bürgerschaftlichen Engagements. In E. Kistler, H. Noll, & E. Priller (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte (S. 101-112). Berlin: Edition Sigma.
- Klages, H., Franz, G. & Herbert, W. (1987). Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt/Main: Campus.
- Klein, A. & Heitmeyer, W. (2009). Ost-Westdeutsche Integrationsbilanz. Aus Politik und Zeitgeschichte, 28, 16-28.
- Knack, S. & Keefer, P. (1997). Does social capital have an economic payoff? A cross-country investigation. Quarterly Journal of Economics, 112(4), 1251-1288.
- Knafo, A. & Roccas, S. (2011). The values of values in cross-cultural research: A special issue in honor of Shalom Schwartz. Journal of Cross-Cultural Psychology, 42, 178-185.
- Kohl, J. (2010). Eine Handlungsressource eigener Art. In M. Becker & R. Krätschmer-Hahn (Hrsg.), Fundamente sozialen Zusammenhalts (S. 212-229). Frankfurt am Main: Campus.
- Krebs, D. (1995). Soziale Desorientierung und Devianzbereitschaft. In U. Hoffmann-Lange (Hrsg.), Jugend und Demokratie in Deutschland (S. 337-357). Opladen: Leske + Budrich.
- Krüger, T. (2008). Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Beitrag zur Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages, Hannover.
- Krüger, W. (1995). Vertrauen in Institutionen. In U. Hoffmann-Lange (Hrsg.), Jugend und Demokratie in Deutschland (S. 245-274). Opladen: Leske + Budrich.
- Kunz, V. (2004). Soziales Vertrauen. In J. van Deth (Hrsg.), Deutschland in Europa (S. 201-228). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lochner, L. & Moretti, E. (2004). The effect of education on crime: Evidence from prison inmates, arrests, and self-reports. The American Economic Review, 94(1), 155-189.
- Lockwood, D. (1969). Soziale Integration und Sozialintegration. In W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels (S. 124-137). Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Lockwood, D. (1999). Civic integration and social cohesion. In I. Gough, & G. Olofsson (Hrsg.), Capitalism and social cohesion (S. 63-84). London: MacMillan.
- Losansky, S. (2010). Öffentliche Kirche für Europa: Eine Studie zum Beitrag der christlichen Kirchen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Lüttringhaus, M. (2001). Wer beteiligt hier eigentlich wen? Soziale Arbeit zwischen Bürokratie und Bürgerinteressen. Standpunkt: sozial(3), 89-95.
- Markus, A. (2011). Mapping social cohesion. Victoria: Monash University.
- Maxwell, J. (1996). Social dimensions of economic growth. Beitrag zur Eric J. Hanson Memorial Lecture. University of Alberta.
- McCracken, M. (1998). Social Cohesion and Macroeconomic Performance. Beitrag zur CSLS Conference on the State of Living Standards and the Quality of Life in Canada, Ottawa, Ontario.
- Meier, B. (1996). In Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Ed.), Sozialkapital in Deutschland. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.

- Merton, R. K. (1957). *Social theory and social structure* (Revised and enlarged ed.). New York: Glencoe.
- Merton, R. K. (1964). Anomie, anomia, and social interaction: Contexts of deviant behavior. In M. Clinard B. (Hrsg.), *Anomie and deviant behavior: A discussion and critique* (S. 213–42). New York: Glencoe.
- Ministry of Social Development. (2004). *The social report 2004*. Wellington: Ministry of Social Development.
- Mitchell, D. (2000). Globalization and social cohesion: Risks and responsibilities. Beitrag zu *The Year 2000 International Research Conference on Social Security*, Helsinki.
- Moody, J. & White, D. R. (2003). Structural cohesion and embeddedness: A hierarchical concept of social groups. *American Sociological Review*(1), 103-127.
- More-Hollerweger, E. (2008). Der Rückzug von Markt und Staat im ländlichen Raum. *Ökologisches Wirtschaften*(1), 35-38. Zugriff über <http://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/550/550>
- Morrone, A., Tontoranelli, N., & Ranuzzi, G. (2009). How good is trust? Measuring trust and its role for the progress of societies. OECD Publishing. doi:<http://dx.doi.org/10.1787/220633873086>
- Münkler, H. & Wassermann, F. (2008). Was hält eine Gesellschaft zusammen? Sozialmoralische Ressourcen der Demokratie. In Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts - Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus*. (S. 3-22). Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Niessen, J. (2000). Diversity and cohesion. New challenges for the integration of immigrants and minorities. Strasbourg: Council of Europe Publishing. Zugriff über http://www.coe.int/t/dg3/migration/documentation/Series_Community_Relations/Diversity_Cohesion_en.pdf.
- Noelle-Neumann, E. & Köcher, R. (1987). *Die verletzte Nation*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Noelle-Neumann, E. & Köcher, R. (Hrsg.) (2002). *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002*. Allensbach am Bodensee: Verlag für Demoskopie.
- Noll, H. (2000). *Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie.
- Noll, H. (2002). Einführung: Dimensionen der empirischen Erfassung von Ehrenamt, Gemeinsinn und Sozialkapital. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 395-398). Berlin: Edition Sigma.
- Norris, P. (1999). *Critical citizens: global support for democratic government*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- OECD. (1997). *Societal cohesion and the globalising economy*. Paris: OECD Publications.
- OECD. (2011). *Society at a glance 2011: OECD social indicators*. OECD Publications. doi:http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2011-en
- Offe, C. & Fuchs, S. (2001). Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In R. D. Putnam (Hrsg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn* (S. 417-514). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Osberg, L. (Hrsg.) (2003). *The economic implications of social cohesion*. Toronto: University of Toronto Press.
- Parekh, B. C. (2000). *Rethinking multiculturalism: Cultural diversity and political theory*. London: Palgrave.
- Paxton, P. (2002). Social capital and democracy: An interdependent relationship. *American Sociological Review*, 67(2), 254-277.
- Philips, D. (2006). *Quality of life: concepts, policy and practice*. London: Routledge.
- Phipps, S. (2003). Social cohesion and the well-being of Canadian children. In L. Osberg (Hrsg.), *The economic implications of social cohesion*. (S. 79-120). Toronto: University of Toronto Press.

- Policy Research Sub-Committee on Social Cohesion. (1997). Social Cohesion Workplan (SRA-226). Zugriff über http://www.socialsciences.uottawa.ca/governance/eng/documents/social_cohesion_research_workplan.pdf.
- Portes, A. (1998). Social capital: Its origins and applications in modern sociology. *Annual Review of Sociology*, 24, 1-24.
- Priller, E. (2002). Variationen zum Thema „Ehrenamt“. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 131-144). Berlin: Edition Sigma.
- Priller, E. (2006). Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt. Ältere zwischen Markt und Staat. In J. U. Prager, & A. Schleiter (Hrsg.), *Länger leben, arbeiten und sich engagieren. Chancen wertschaffender Beschäftigung bis ins Alter* (S. 51-66). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Putnam, R. (2000). *Bowling Alone*. New York: Simon & Schuster.
- Rajulton, F., Ravanera, Z. R. & Beaujot, R. (2007). Measuring social cohesion: An experiment using the Canadian national survey of giving, volunteering, and participating. *Social Indicators Research*, 80(3), 461-492.
- Rauner, F. (2004). Europäische Berufsbildung - eine Voraussetzung für die im EU-Recht verbriefte Freizügigkeit der Beschäftigten. *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 52(4), 463-475.
- Reese-Schäfer, W. (2010). Kommunitaristisches Denken als Glaubensakt. In M. Kühnlein (Hrsg.), *Kommunitarismus und Religion* (S. 105-117). Berlin
- Reference Group on Welfare Reform. (2000). *Participation support for a more equitable society*. Canberra: Department of Family and Community Services.
- Rheingold, H. (2000). *The virtual community*. Reading: Addison-Wesley.
- Rippl, S. (1995). Netzwerkanalyse und Intergruppenkontakte: Die persönlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen. *ZUMA-Nachrichten*, 19(37), 76-101.
- Ritzen, J. (2001). Social Cohesion, Public Policy, and Economic Growth: Implications for OECD Countries. In J. F. Helliwell (Hrsg.), *The contribution of human and social capital to sustained well-being and growth - International Symposium Report* (S. 291-309). Quebec.
- Ritzen, J., Easterly, W. & Woolcock, M. (2000). On "good" politicians and "bad" policies: social cohesion, institutions, and growth. Washington, D.C.: World Bank.
- Rokeach, M. (1973). *The nature of human values*. New York: Free Press.
- Rößler, M. (2006). Patriotismus, Nation und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In M. Rößler (Hrsg.), *Einigkeit und Recht und Freiheit: deutscher Patriotismus in Europa* (S. 38-52). Freiburg: Herder.
- Rossteutscher, S. (2010). Vertrauen - Eine Quelle von Lebenszufriedenheit und Glück? In M. Becker & R. Krätschmer-Hahn (Hrsg.), *Fundamente sozialen Zusammenhalts* (S. 244-258). Frankfurt/Main: Campus.
- Schäuble, W., & von der Leyen, U. (2009, January 6). Was die Gesellschaft zusammenhält. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Schiefer, D., Möllering, A. & Daniel, E. (2012). Cultural value fit of immigrant and minority adolescents: The role of acculturation orientations. *Manuskript im Druck (International Journal of Intercultural Relations)*.
- Schimank, U. (2000). Gesellschaftliche Integrationsprobleme im Spiegel soziologischer Gegenwartsdiagnosen. *Berliner Journal für Soziologie*, 10(4), 449-469.
- Schmidt-Denter, U. (2011). *Die Deutschen und ihre Migranten*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schnell, R., Hill, P. B. & Esser, E. (2008). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München: Oldenbourg.
- Schönpflug, U. (2001). Intergenerational transmission of values. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 32(2), 174-185.

- Schultze, R. O. (2002). Gemeinwohl. In D. Nohlen, & R. O. Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. Band 2. (S. 298-302). München: C. H. Beck.
- Schwartz, S. H. (1999). A theory of cultural values and some implications for work. *Applied Psychology: An International Review: Special Issue: Values and Work*, 48, 23-47.
- Schwartz, S. H. & Bilsky, W. (1987). Toward a universal psychological structure of human values. *Journal of personality and social psychology*, 53(3), 550-562.
- Schwartz, S. H. (1992). Universals in the content and structure of values: Theoretical advances and empirical tests in 20 countries. In M. P. Zanna (Hrsg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, 28 (S. 1-65). London: Academic Press.
- Schwartz, S. H. (1994). Are there universal aspects in the structure and contents of human values? *Journal of Social Issues*, 50(4), 19-45.
- Schwartz, S. H. (2006). A theory of cultural value orientations. *Comparative Sociology*, 5, 137-182.
- Schwartz, S. H. (2011). Values: cultural and individual. In S. M. Breugelmans, A. Chasiotis, A., & F.J. Van de Vijver. (Hrsg.), *Fundamental questions in cross-cultural psychology*. (S. 463-493). Cambridge: Cambridge University Press.
- Serageldin, I., & Dasupta, P. (2000). *Social Capital: A Multifaceted Perspective*. Washington, D.C.: The International Bank for Reconstruction and Development - The World Bank.
- Sniderman, P. M., Brody, R., A. & Tetlock, P. (1991). *Reasoning and choice: Explorations in political psychology*. New York: Cambridge University Press.
- Spoonley, P., Peace, R., Butcher, A. & O'Neill, D. (2005). Social cohesion: A policy and indicator framework for assessing immigrant and host outcomes. *Social Policy Journal of New Zealand*, 24, 85-110.
- Stanley, D. (2003). What do we know about social cohesion: The research perspective of the federal government's social cohesion research network. *Canadian Journal of Sociology/Cahiers canadiens de sociologie*, 28(1), 5-17.
- Sürig, I. & Wilmes, M. (2011). *Die Integration der zweiten Generation in Deutschland*. In Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Osnabrück: Steinbacher Druck.
- Tavares, C. & Thomas, G. (2007). Kriminalität und Strafverfolgung. Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen., 15/2007. Zugriff über http://www.bka.de/nn_224630/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/InternationaleStatistken/StatistikKurzGefasst/KriminalitaetUndStrafverfolgung__15__2007,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/KriminalitaetUndStrafverfolgung_15_2007.pdf.
- Tavares, C. & Thomas, G. (2010). Crime and Justice. Eurostat. Statistics in Focus. (European Commission), 6/2012. Zugriff über http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-058/EN/KS-SF-10-058-EN.PDF.
- Tavares, C. & Thomas, G. (2012). Crime and Justice, 2006-2009. Eurostat. Statistics in Focus. (European Commission), 6/2012. Zugriff über http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-12-006/EN/KS-SF-12-006-EN.PDF.
- Terwey, M. (2000). Ethnozentrismus in Deutschland: Seine weltanschaulichen Konnotationen im sozialen Kontext. In R. Alba, P. Schmidt & M. Wasmer (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 5. Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 295-331). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tönnies, F. (1887). *Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen*. Leipzig: Fues's Verlag.
- Toye, M. (2007). *Social Cohesion: The Canadian Urban Context* Canada: Parliamentary Information and Research Service. Zugriff über <http://www.parl.gc.ca/Content/LOP/researchpublications/prb0756-e.pdf>.
- Triandis, H. (1995). *Individualism and collectivism*. Boulder, CO: Westview Press.
- Upperman, K., & Gauthier, A. H. (1998). What makes a difference for children. Social capital and neighbourhood characteristics. *Policy Options*, 19/7, 24-27.
- van Dijk, J., Manchin, R., van Kesteren, J., Nevala, S. & Hideg, G. (2005). The burden of crime in the EU. Zugriff über

http://www.europeansafetyobservatory.eu/downloads/EUICS_The%20Burden%20of%20Crime%20in%20the%20EU.pdf.

Vester, M., Oertzen, P., Gieling, H., Hermann, T. & Müller, O. (2001). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.

Villarreal, A. & Silva, B. F. A. (2006). Social cohesion, criminal victimization and perceived risk of crime in Brazilian neighborhoods. *Social Forces*, 84(3), 1725-1753.

Vögele, D. (1992). Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt – Kohäsion. In F. H. Borkenhagen, C. Bruns-Klöss, G. Memminger & O. Stein (Hrsg.), *Die deutschen Länder in Europa: Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion* (S. 89-99). Baden-Baden: Nomos.

von Rosenblatt, B. (2002). Zur Messung des ehrenamtlichen Engagement in Deutschland - Konfusion oder Konsensbildung. In E. Kistler, H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 121-410). Berlin: Edition Sigma.

Wagner, U., Van Dick, R. & Zick, A. (2001). Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 32(2), 59-79.

Westle, B. (1995). Nationale Identität und Nationalismus. In U. Hoffmann-Lange (Hrsg.), *Jugend und Demokratie in Deutschland* (S. 195-243). Opladen: Leske + Budrich.

Westle, B. (1999). *Kollektive Identität im vereinten Deutschland*. Opladen: Leske-Budrich.

Whelan, C. T. & Maître, B. (2005). Economic vulnerability, multidimensional deprivation and social cohesion in an enlarged European community. *International Journal of Comparative Sociology*, 46(3), 215-239.

Wickham, J. (2002). *The end of the European social model: Before it began*. Dublin: Irish Congress of Trade Unions.

Williams, R. M. J. (1968). Values. In E. Sills (Hrsg.), *International encyclopedia of the social sciences*. New York: Macmillan.

Witte, L. (2004). Europäisches Sozialmodell und sozialer Zusammenhalt: welche Rolle spielt die EU? *Internationale Politikanalyse*. Zugriff über <http://library.fes.de/pdf-files/id/02602.pdf>.

Woolcock, M. & Narayan, D. (2000). Social capital: Implications for development theory, research, and policy. *The World Bank Research Observer*, 15(2), 225-249.

Zick, A. & Hövermann, A. (2010). Keine Rücksicht auf Fremde und Hilfeempfänger. Die Folgen der Krisenbedrohung für die Entsolidarisierung. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 9* (S. 106-119). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.

Zick, A. & Küpper, B. (2012). Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände Folge 10* (S. 152-176). Berlin: Suhrkamp.

Zick, A., Küpper, B. & Wolf, H. (2010). Wie feindselig ist Europa? Ausmaße gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in acht Ländern. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 9* (S. 39-60). Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp.

Zmerli, S. (2004). Politisches Vertrauen und Unterstützung. In J. van Deth (Hrsg.), *Deutschland in Europa* (S. 229-256). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zulehner, P. & Denz, H. (1994). *Wie Europa lebt und glaubt* (2nd ed.). Düsseldorf: Patmos.

Impressum

© 2012 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Stephan Vopel, Dr. Kai Unzicker

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Fotos

Titel: Digital Vision / Getty Images
Seite 6: Image Source
Seite 7: Arne Weyhardt, Hamburg
Seite 8: Amanda Rohde / iStockphoto
Seite 12: Uwe Malitz / Fotolia
Seite 16: franckreporter / iStockphoto
Seite 26: Steve Debenport / iStockphoto
Seite 27: Image Source, Mihai Simonia / Fotolia
Seite 46: blackicesg / Fotolia
Seite 54: Peter Maszlen / Fotolia
Seite 67: Gina Sanders / Fotolia
Seite 71: pressmaster / Fotolia

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999

Stephan Vopel
Director
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81397
Fax +49 5241 81-681131
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Kai Unzicker
Project Manager
Telefon +49 5241 81-81405
Fax +49 5241 81-681131
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de